

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Was heißt Konterrevolution?

Unlängst erhielten wir einen aufschlußreichen Brief. Sein Berliner Absender schrieb uns „im Auftrag eines Freundeskreises ehemaliger Mitglieder der SED und aufmerksamer Leser des RF“. Dieser Zirkel veranstaltete nach Erhalt der jeweils neuesten Ausgabe „in einem Hohenschönhausener Kellerklubraum die dazugehörige Diskussionsrunde“. Das geschehe, „nachdem alle Beteiligten im Umlaufverfahren das Blatt gelesen“ hätten. In einigen Artikeln sei der Begriff Konterrevolution im Zusammenhang mit dem Ende der DDR in den Jahren 1989/90 gefallen. „Handelte es sich um eine Konterrevolution von oben?“ Oder hielten die Autoren „das Volk für deren Träger?“, wurde gefragt.

Die Annexion der DDR durch die BRD und die damit verbundene Zerschlagung ihrer staatlichen Strukturen sowie die Rückverwandlung des gesellschaftlichen Eigentums in privatkapitalistisches Eigentum waren zweifellos Akte einer Konterrevolution. Sie stellte eine frühere Gesellschaftsformation wieder her und beseitigte ein fortgeschritteneres soziales und politisches System. Als hätten sie Lenins „Staat und Revolution“ gründlich studiert und nur konträr angewandt, zerstörten die Gegner des Sozialismus jede Verästelung des Machtapparats der DDR und jede Parzelle des gesellschaftlichen Eigentums. Zuallererst aber vernichteten sie die für den sozialistischen Weg „verantwortliche“ Partei der Arbeiterklasse – die SED.

Soweit der Sachverhalt. Dessen Bewertung liegt im Ermessensbereich. Es geht auch um den Zeitpunkt des Beginns der Konterrevolution, um deren innere und äußere, direkte und mittelbare Akteure.

Die Konterrevolution war kein einmaliges Ereignis, sondern ein langer und facettenreicher Prozeß. Im Falle der DDR setzte dieser schon am 7. Oktober 1949 ein. In der ersten Stunde der Existenz des zweiten deutschen Staates begann parallel zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen und dann der sozialistischen Ordnung ein gegenläufiger Prozeß, der auf die Abschaffung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet war. Er stützte sich auf innere reaktionäre Kräfte, vor allem aber auf das Potential des imperialistischen Lagers, besonders die USA und die BRD. 1989/90 und danach kulminierte die schleichende Gegenrevolution in der offenen Attacke zur Niederwerfung des Sozialismus, wobei die voranschreitende Erosion der DDR-Gesellschaft zum raschen Erfolg der Angreifer beitrug. Zuvor war mit den vom Westen ausgerichteten „ersten freien Wahlen“ die antikommunistische „DDR“-Regierung de Maizières/Krause ans Ruder gebracht worden. Noch vor deren Zustandekommen hatten einige

Funktionsträger der DDR schwerwiegende Entscheidungen getroffen. Dazu gehörte die unter westlichem Druck erfolgte Auflösung der Schutz- und Sicherheitsorgane des sozialistischen Staates. Fortan hieß die Marschrichtung: „Deutschland, einig Vaterland!“

Zum Bild der von Medien und Diensten des Gegners in die DDR hineingetragenen, aber auch durch große Teile ihrer eigenen Bevölkerung de facto unterstützten Konterrevolution gehörten Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen. Es wäre indes falsch, wollte man die Mehrheit der gegen echte oder angebliche Defizite der DDR Protestierenden mit jenen Konterrevolutionären gleichsetzen, die sich unter sie gemischt hatten. Die Masse bestand aus Unzufriedenen, die an Versprechungen glaubten. Sie ahnten nicht, was sie aufgaben und was sie sich dafür einhandelten. Denn die Sicht auf den realen Kapitalismus war unscharf geworden. Züge des Opportunismus in der Innen- und Außenpolitik der DDR trugen dazu bei. Das 1987 von SED und SPD vereinbarte gemeinsame Positionspapier war ein Erfolg der Bahr-Linie zur systematischen Aufweichung des Sozialismus. So kam es, daß sich am 4. November 1989 auch zahlreiche von ihren Parteileitungen „delegierte“ Genossen auf dem Berliner Alexanderplatz einfanden, um politisch naive, doppelzüngige oder provokatorische Reden zu hören.

Schon lange vor dem 3. Oktober 1990 waren die Tore zum Eindringen in die DDR weit geöffnet. Die Bourgeoisie der BRD sah ihr Ziel in greifbarer Nähe. Jetzt standen die juristische „Delegitimierung“ der DDR, die Stilllegung ihrer verbliebenen Wirtschaftskraft und die Verteilung der Beute auf dem Programm.

Spätestens mit den bei offener Grenze abgehaltenen Märzahlen 1990, die durch inzwischen vom Westen aus gesteuerte Parteien „gewonnen“ wurden, war der Weg für die Konterrevolution endgültig frei. Die dann im Juli erfolgte Einführung der D-Mark gab der DDR den Todesstoß. Zu ihrem Zusammenbruch trug die von den „modernen“ Bernsteinianern auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 forcierte Zersetzung der SED maßgeblich bei. Den Ausschlag aber gab der Wegfall des äußeren Schutzschildes durch die von der verräterischen Gorbatschow-Clique und dem verbrecherischen Jelzin-Clan vollzogene konterrevolutionäre Liquidierung der UdSSR, die auch das Aus der Staaten des Warschauer Vertrages bedeutete.

Mit der Sprachregelung, es habe sich 1989/90 lediglich um eine „Wende“ gehandelt, soll Verwirrung gestiftet und vom Klasseninhalt des Geschehens abgelenkt werden.

Klaus Steiniger



INHALT

Wie ein deutscher Arbeiterjunge die sowjetischen Befreier erlebte	S. 2
Armeegeneral Krjutschkow zur Tätigkeit der HVA	S. 3
Namhafte DDR-Pädagogen grüßen Margot Honecker	S. 3
Den ideologischen Nebel vertreiben!	S. 4
Vorwärts zur politischen Beliebigkeit!	S. 5
Sicht einer in Frankreich lebenden deutschen Schriftstellerin	S. 6
Der Verzicht auf Gewaltanwendung bewies die höhere Moral der DDR	S. 7
Denkmalssturm in Schwerin	S. 8
Aus welcher Wurzel die Neofaschisten der BRD gewachsen sind	S. 9
Konsequenter Antifaschismus war das Markenzeichen der DDR	S. 10
Schmähschrift wider die Historie	S. 10
Der Fall Burianek	S. 11
Für Wettstreit verschiedener Eigentumsformen im Sozialismus	S. 12
Bedarf Lenins Imperialismustheorie der Weiterführung?	S. 13
Eine abgeriegelte Festung	S. 14
Erinnerungen an Heiligendamm	S. 14
Dresdner Hexenjagden	S. 15
Wie eine Spitzenwissenschaftlerin doppelt „abgewickelt“ wurde	S. 16
■ Karl Mays Zuchtanstalt Waldheim im Wandel der Zeiten	RF-Extra I-IV
Wie die BRD-Fahnen nach Leipzig kamen	S. 17
Brief aus der „Heldenstadt“	S. 17
Warum mich die Bilder der Nazi-Wochenschau noch heute quälen	S. 18
„Asiaticus“ war vielen ein Rätsel	S. 19
Korrespondenz aus Melbourne	S. 20
Schmelztiegel Australien	S. 20
Der USA-Terrorjustiz in den Arm fallen!	S. 21
Über Partisanen und Banditen	S. 22
Irans Tudeh-Partei gegen jegliche Abenteuerpolitik	S. 23
Polen: Jagd auf „Dombrowskianer“	S. 24
Bukarest rehabilitierte Faschistenführer Antonescu	S. 24
Echte und falsche Begeisterung für Lateinamerika	S. 25
Potsdamer Erntetag	S. 26
Rudolf Sitte – ein Meister der baugebundenen Kunst der DDR	S. 27
Zum Lebenswerk Hedda Zinners	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Impressum / Anzeigen	S. 32

Wie ein deutscher Arbeiterjunge die sowjetischen Befreier erlebte

Unauslöschliche Freundschaft

Rotarmist bringt Zeitenwende!“ So begrüßten wir, damals 17jährige Dorfjungen, mit Flugblättern und Losungen am 1. Juli 1945 in Dörfern westlich der Elbe die erst jetzt bei uns einrückende Rote Armee. Sie richtete sofort Kommandanturen ein. Auch in Haldensleben. Dem Kreiskommandanten standen fähige Offiziere zur Seite. Sie waren für politische Arbeit, Wirtschaft, Landwirtschaft, Kultur und andere Bereiche zuständig. Bewährte Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern wurden von ihnen zu Bürgermeistern und Landräten ernannt.

Der erste, mit dem wir bekannt wurden, war Oberleutnant Ilja Kobrin. Über vier Jahre begegneten wir uns wieder und wieder. Zuletzt im August 1949, beim Auftritt des Staatlichen Georgischen Tanz-Ensembles in Magdeburg. Er war inzwischen Hauptmann und Mitarbeiter der Militärkommandantur der Elbestadt. Wir verloren ihn wie viele andere aus den Augen. Vergessen wurde er nie. Immer wieder wurde sein Name genannt. Nicht anders verhielt es sich mit unserem Landwirtschaftsoffizier Andrej Nepipa. Ich konnte mich mit der Trennung nicht abfinden. 1968 begann ich Kobrin, Nepipa und andere zu suchen.

Wir hatten inzwischen Bücher gelesen über die Arbeit sowjetischer Kreiskommandanturen, darunter „Das Haus am Platz“ von Emanuel Kasakewitsch und „Irgendwo in Deutschland“ von Wadim Sobko.

Ein Begriff war uns allen der Kulturoffizier Wladimir Gall. Wir wußten ihn in Moskau. Er war unser erster Anlaufpunkt. Im November 1968 standen wir vor seiner Tür.

Den 1. Mai 1969 erlebten wir in Kiew. Hier trafen wir mit dem Schriftsteller Wadim Sobko zusammen. Er hatte den größten Anteil am Erfolg unserer Suche. Ein anderer war der Journalist Michail Oseraner aus Jalta. Auf ihn stießen wir in der Redaktion der Zeitung „Sowjetski

Krim“. Von Oseraner führte unser Weg nach Simferopol. Im Juli 1973 machten wir drei Wochen Urlaub auf der Krim und hatten dort unvergeßliche Begegnungen mit Andrej und Nina Nepipa.

Als Kobrin von unserer Suche erfuhr, reagierte er, schrieb uns erste Briefe. Der Gedankenaustausch per Post riß bis 1989 nicht mehr ab. Die Briefe erinnerten an Orte, Ereignisse, Betriebe, vor allem aber an Menschen, die uns gemeinsam nahestanden. Es gab Besuche und Gegenbesuche. Im Mai 1970 schon kam Ilja zu uns, dann auch 1972 und 1975. Unser erster Aufenthalt bei den Kobrins in Sumgait fand 1975 statt. Ich erinnere mich schöner Wege am Strand des Kaspischen Meeres und auch daran, daß ich Gast einer Schulklasse war.

Kam Ilja in unsere Neubauersiedlung, dann brachte er oft Otti Heyer und unseren alten Landrat Willi Schaper mit. Und wo immer er auftauchte, gab es Umräumungen ohne Ende, Erfolgsgeschichten, fielen Namen von Mitkämpfern, lebenden und verstorbenen, erzählte man Episoden und Anekdoten oder warf Fragen auf.

Ein letztes Mal war Ilja unser Gast, als die DDR ihren 40. Geburtstag beging. Er nahm an der Festveranstaltung teil, wurde als Aktivist und mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichnet.

Rückerinnerung an 1946: „Was machen Sie am 8. März?“, erkundigte sich der sowjetische Offizier bei Gertrud Rennwanz und Otti Heyer. Er mußte den Frauen erst einmal erklären, was es mit diesem Tag auf sich hatte. Einmal holte er Otti aus dem Friseursalon: „Sie machen Frauenreferentin!“ „Was ist das?“, erwiderte sie. Otti fuhr als Delegierte zum Vereinigungsparteitag nach Berlin. Genosse Kobrin besah ihre Schuhe. „Die sind sehr schlecht!“, sagte er und verhalf ihr zu brauchbarem Schuhwerk. Einmal kam er in Uhrleben in Ottis Versammlung. „Darf ich Ihr Manuskript sehen?“, bat er, nahm es und meinte: „Sehr gut!“ Dann setzte er sich auf den Text und riet: „Sprechen Sie frei! Das ist viel besser!“ Welchen Zorn unsere Otti da auf ihn hatte!

Als Ilja von Haldensleben wegging, zählte der Kreis 80 383 Einwohner. Er hat ihn und die Menschen hier nie vergessen. 1987 schrieb er mir: „Auch in Haldensleben gab es Menschen, die ich Helden der ersten Nachkriegsjahre nennen würde. Die Jugend weiß viel zu wenig von ihnen. Ich bitte Dich, die Biographie Willi Schapers aufzuschreiben!“ Im gleichen Brief standen auch solche Sätze: „In der Umgebung Hundisburgs ist es sehr schön ... im Frühjahr die Hasen, die Rehbühner ... 1945 habe ich das alles nicht bemerkt. Erst später habe ich die Schönheiten des Kreises kennengelernt. Damals hatten wir keine Zeit. Wir mußten uns um die Kinder kümmern, die Flüchtlinge versorgen, die Arbeiter bestärken, die Demokratisierung

durchführen, die Schul- und Bodenreform voranbringen ...“

Ilja erinnerte sich an alles. Tausend Einzelheiten, alle Namen der Bürgermeister, die Wahlergebnisse. Er ließ es sich nicht nehmen, die Gräber verstorbener Genossen zu besuchen. Fuhr nach Halle zu dem von Louis Scheler.

In Rottmersleben dachte er daran, daß er hier 1945 bei der Ausgabe der ersten 26 Bodenreform-Besitzurkunden zugegen gewesen war. In Hundisburg hatte er mit potentiellen Neubauern bis weit in die Nacht diskutiert. Manch ängstliches Gemüt wußte er von der Unumkehrbarkeit der Bodenreform zu überzeugen.

Wie alle Offiziere der Kommandantur war Ilja an jedem 1. Mai ein willkommener Gast in den Dörfern, auch in Betrieben, bei Erntefesten. Er sprach mit allen, lachte mit allen. Im zweiten, dritten Jahr seines Hierseins verständigte er sich mit Landarbeitern, Bauern, Bürgermeistern auch schon mal auf Plattdeutsch.

Sein Hochdeutsch aber qualifizierte ihn allemal, hundert Vorträge zu halten, vor einfachen wie vor studierten Leuten, vor Lehrern, vor Schülern.

Allmählich nur rundete sich unser Wissen über Ilja Kobrin, Jahrgang 1917. In Moskau besuchte er eine Hochschule für Ökonomie, dann die Akademie für Politikmissare. Bei Kriegsende war er Oberleutnant wie seine Frau, die Truppenärztin Walja. Am 2. Juli 1947 wurde in Haldensleben ihr Sohn Wolodja geboren.

1945 hatten sich die Kobrins eines Mädchens angenommen, das zur Waise geworden war. Ilja berichtete uns damals: „Ich Sorge auch noch für zwei Jungen, denen der faschistische Krieg Vater und Mutter nahm. Ihr Vater war mein Bruder. Er lebte in einem Dorf Belorußlands. Deutsche haben ihn gehängt. Wochenlang mußten zwei kleine Jungen Tag für Tag zu ihrem toten Vater gehen und sich unter den Galgen stellen. Nun leben sie als Waisen. Ich schicke ihnen jeden Monat die Hälfte meines Gehalts.“

Es kam selten vor, daß Ilja zu seinen deutschen Freunden davon sprach, daß auch hinter ihm zweitausend Kilometer verbrannter Erde lagen. Bisweilen aber brachen Trauer, Zorn, Enttäuschungen sichtbar aus ihm hervor. Dann sagte er bitter: „Wir sorgen uns hier um Milch für alle Kinder. Aber wer fragt schon danach, ob auch die sowjetischen Kinder Milch, Brot und Kleidung haben?“

Bis 1957 blieb Ilja Kobrin Angehöriger der Sowjetarmee. Oft wechselten er und seine Familie die Standorte. Versetzt von Magdeburg nach Irkutsk, nach Omsk, nach Krasnodar, schließlich nach Turkmenien. Zuletzt war er Obergeringieur im aserbaidshianischen Rohrwalzwerk Sumgait.

Karl Schlimme, Haldensleben

Leningrad

Geblieden war uns die Nabelschnur Ladogasee doch bargen wir Peters – des Städtegründers – kupfernes Standbild hoffnungsvoll in unserer Erde

später begruben wir unsere Kinder und Mütter in ihr

– sechshunderttausend – mit ihnen viel Hoffnung auf diese Erde setzte kein Feind seinen Fuß

Matrosen der Baltischen Flotte, die die Blockade durchbrachen, tauten die gefrorene Erde mit Tränen auf die wir nicht mehr hatten

Peters Pferd trägt leicht seinen kühnen Reiter über unbehauenen Fels die Erde über den Toten zeigt keine Narbe

Christa Müller

General Krjutschkow zur Tätigkeit der DDR-Aufklärer Anerkennung für „hohe Professionalität“

In Moskau wurde jüngst die russische Ausgabe des Buches „Bonn im Blick“ von Werner Großmann, Generaloberst a. D., ehemaliger Leiter der Auslandsaufklärung der DDR im MfS, vorgestellt. Das Vorwort zu dieser sehr anspruchsvoll aufgemachten Schrift verfaßte der langjährige Leiter der Auslandsaufklärung im KGB der UdSSR, Armeegeneral a.D. Wladimir Krjutschkow. Er betont, daß er diese Gelegenheit nutzen möchte, um „über mein Verhältnis zum Autor des Buches und allen meinen Gleichgesinnten, den Aufklärern im MfS der DDR, und deren Arbeit und Kampf in solch einem verantwortungsvollen und komplizierten Bereich wie der Verteidigung der Interessen des ersten Staates der Werktätigen in Deutschland zu sprechen“. Krjutschkow erwartet von der Herausgabe der Schrift in Russisch, „daß sie es einem breiten Publikum hierzulande ermöglicht, sich von der Arbeit unserer deutschen Genossen bei der Verteidigung der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik, von ihrer hohen Professionalität und vom tragischen Geschick des ersten sozialisti-

schen Staates in der Geschichte Deutschlands eine Vorstellung zu machen.“ Das Buch werde zweifellos auf großes Interesse nicht nur bei ehemaligen und aktiven Mitarbeitern der Geheimdienste stoßen, sondern bei jenen Teilen der russischen Öffentlichkeit, denen das Schicksal der DDR nicht gleichgültig ist. „Schließlich geht es hier um ein der Sowjetunion freundschaftlich verbundenes Land, um unseren treuen Verbündeten, um die allseitige Zusammenarbeit und die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern. Diese Zusammenarbeit währte 40 Jahre, und für ihre Zerstörung tragen in erster Linie Gorbatschow und Co. die Verantwortung, die nicht nur die Interessen der Sowjetunion verraten haben, sondern auch die der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.“ Krjutschkow unterstreicht, daß er sich in der Zusammenarbeit der Aufklärung der UdSSR und der DDR von den Leistungen der deutschen Genossen bei der Lösung kompliziertester Aufgaben in der Zeit des kalten Krieges habe überzeugen können. Er erinnert daran, „daß sich die Aufklärer wie unzählige andere Bürger der DDR als

wahre Freunde der Sowjetunion erwiesen, Patrioten ihrer Heimat waren und an eine sozialistische Zukunft Deutschlands glaubten“. Nach dem Anschluß der DDR an die BRD seien die deutschen Freunde in eine komplizierte Situation geraten. „Es begann die Verfolgung der Mitarbeiter der Nachrichtendienste und anderer Staatsorgane der DDR ausschließlich deshalb, weil sie als Bürger eines souveränen Staates nach dessen Gesetzen handelten.“ Die DDR sei nicht nur Mitglied der UNO, sondern auch ein allgemein anerkannter Teil der internationalen Gemeinschaft gewesen. Es wäre sehr zu wünschen, daß das Buch des Leiters der HVA in Rußland zahlreiche Leser findet. Werner Großmann konnte anlässlich der Vorstellung des Werkes in Moskau konstatieren, daß die Aufmerksamkeit für die Präsentation wie das Erscheinen der russischen Ausgabe zeigen, daß „wir und unsere Arbeit nicht vergessen sind“.

Bernd Fischer, Oberst a. D. der HVA

Werner Großmann: „Bonn im Blick“ („W polje srenija Bonn“), Moskau, Nowy Logos, 2007, 408 S., russ.



Kubas Castro und Venezuelas Chávez gehören zu den Hoffnungsträgern Lateinamerikas und der ganzen fortschrittlichen Menschheit.



Ein Milliardenvolk hält an der sozialistischen Idee fest. Chinesische Studenten am Grab von Karl Marx auf dem Londoner Highgate-Friedhof.

Namhafte DDR-Pädagogen grüßen Margot Honecker

Das Bildungswesen gehörte zweifellos zu den bedeutendsten auch international anerkannten – Leistungen der Deutschen Demokratischen Republik. Millionen junge Menschen erwarben eine hohe Bildung, auf die sie sich auch heute unter grundlegend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen stützen können. Erziehung im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft, des Antifaschismus und der Solidarität waren vornehmste Anliegen der pädagogischen Arbeit in den Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. All das ist mit dem Namen von Margot Honecker aufs engste verbunden. Am 17. April 2007 beging sie ihren 80. Geburtstag. Mehr als 25 Jahre war sie Ministerin für Volksbildung der DDR. Ihr Engagement galt immer den Kindern, ihr Wirken der Zukunft der jungen Menschen, ihre Achtung den Lehrerinnen und Leh-

tern, den Erzieherinnen und Erziehern. Die pädagogischen Wissenschaften forderte und förderte sie.

Wierhemaligen Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR gratulieren ihr und wünschen ihr für die kommenden Lebensjahre alles Gute!

- Doz. Dr. Horst Adam
- Prof. Dr. Horst Becker
- Doz. Dr. Hans Dahlke
- Prof. Dr. Hans-Georg Hofmann
- Dr. Edelgard Klaholz
- Prof. Dr. Horst Kühn
- Prof. Dr. Wolfgang Lobeda

- Prof. Dr. Eberhard Rossa
- Dr. Ulrich Schrock
- Doz. Dr. Gisela Weiß
- Prof. Dr. Horst Weiß
- Prof. Dr. Bodo Wenzel
- Dr. Otto Wermter
- Prof. Dr. Günter Wilms

Warum „linke“ Zeitgeistjünger von einem „demokratischen Sozialismus“ schwärmen Den ideologischen Nebel vertreiben!

Manche sprechen heute mit Vorliebe vom sogenannten Zeitgeist. Der diffuse und irreführende Begriff wird als Summe der jeweils „modernen“ Auffassungen, Gedanken und Lebensformen definiert. Unser „Zeitgeist“ ist kapitalistisch, von der bestehenden Gesellschaftsordnung geprägt.

Wie alles, was ein besonderes Interesse findet, ist auch der „demokratische Sozialismus“ ein Thema für den „Zeitgeist“, besonders jetzt, da er, parallel zu entsprechenden Parolen der SPD, Programm einer sich gerade formierenden Partei werden soll. Das Zeitgeistsprachrohr Brockhaus (15 Bände von 1997) stellt den „freiheitlichen oder demokratischen Sozialismus“ als „Richtung innerhalb des Sozialismus“ vor, dem als Ganzes zuerkannt wird, im Kapitalismus „bestehende gesellschaftliche Verhältnisse mit dem Ziel sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit verändern“ zu wollen. „Die freiheitlich-demokratische Richtung aber betont unter Abkehr von marxistischen Grundvorstellungen (u. a. Klassenkampf, proletarische Revolution, Diktatur des Proletariats) den demokratischen Weg zum Sozialismus und dessen freiheitliche Ausgestaltung. Kommunismus und Totalitarismus werden zugunsten der parlamentarischen Demokratie abgelehnt.“ Und weiter zum gleichen Stichwort: „Die Hoffnung auf die Möglichkeit einer friedlichen, schrittweisen Gesellschaftsveränderung auf dem Wege über demokratische Reformen, gewerkschaftliche Arbeit und wachsende Einsicht (auch der Besitzenden) ... hat ... Parteien bewogen, ihr Ziel der Überwindung des Kapitalismus aufzugeben und lediglich bestimmte Nachteile der ungleichen Eigentums- und Einkommensentwicklung aufzuheben.“

So sieht Brockhaus – ein bürgerlicher Ideologieträger – den „demokratischen Sozialismus“.. Von ihm droht der herrschenden Klasse also keinerlei Gefahr! Gegen diese Auslegung ihrer Position haben die Zeitgeistsozialisten niemals wirklich protestiert. Im Gegenteil: Sie bekundeten eher Zustimmung. Für die gleichfalls zeitgeistkonforme SPD ist das ganz normal. Für sie stellt der „demokratische Sozialismus“ seit Bad Godesberg das Programmziel dar. Aber die anderen? Sie verkünden doch, den „Zeitgeist“ brechen und den Kapitalismus überwinden

zu wollen. Da gibt es nun offenbar zwei Heerscharen unter einer Fahne. Das irritiert und weckt Zweifel.

Die oben angeführten Brockhaus-Zitate können uns zur Klarheit verhelfen. Dort werden immerhin wichtige Kriterien für die Beurteilung einer linken Partei genannt. Sie sind gerade jetzt, da es um die Vereinigung von PDS und WASG geht, von höchster Aktualität und fordern auch „RotFuchs“-Lesern eine Entscheidung in dieser Sache ab.

Erstens erleben wir täglich, wie der Klassenkampf durch die Herrschenden verschärft wird. Er existiert also. Es gibt einzelne Wortführer der demokratischen Sozialisten, die bisweilen von Klassen sprechen, sogar von Klassenkampf, sich andererseits aber auf das Erbe von Willy Brandt berufen. Dabei lassen sie offen, wie sie sich die soziale Auseinandersetzung vorstellen und welche Rolle sie selbst dabei übernehmen wollen. Ungeklärt bleibt überdies, ob sie überhaupt die von Lenin in seiner Abhandlung „Die große Initiative“ definierten Klassen meinen. Der „Zeitgeist“ kennt auch ähnlich lautende Begriffe, die mit dem Wesen der Sache nichts zu tun haben, bis hin zur heute auch von Lothar Bisky bemühten „politischen Klasse“. Zweitens wird die Revolution der Ausgebeuteten nur für den überflüssig, der auf die Überwindung des Kapitalismus verzichten will. Sicher muß nicht jede gesellschaftliche Umwälzung auf den Barrikaden beginnen. Doch auch bei parlamentarisch errungenen Mehrheiten gegen die Bourgeoisie wird diese Klasse kaum Einsicht zeigen und sich ohne Widerstand zurückdrängen oder ausschalten lassen. Statt dessen dürfte sie alle Mittel einsetzen, um Macht und Eigentum zu verteidigen. Schließlich geht es um Maximalprofite, die auch unter Einsatz von Gewalt und bewaffnetem Terror behauptet werden.

Deshalb muß – drittens – die bisher machtausübende Klasse in geeigneter

Weise niedergehalten werden. Dazu bedarf es der politischen Herrschaft – von Marx und Engels als Diktatur bezeichnet – derer, die Nutznießer der revolutionären Veränderungen sind. Wenn unsere Zeitgeistsozialisten darauf verzichten, das auch nur ins Kalkül zu ziehen, wird ihr parlamentarischer Weg zu einer „über den Kapitalismus hinausweisenden Lösung“ erfolglos bleiben.

Noch ein Wort zu den „Sozialisten“ jener Art, die den Antikommunismus auf ihre Fahnen geschrieben haben. Sie passen am besten in die „freiheitlich-demokratische“ Grundordnung der BRD. Übrigens hat Bernd Ihme – er gehört zu der Gruppe, die die Programmatischen Eckpunkte für die neue Partei aufbereitete –, im November 2006 in Neubrandenburg folgendes eingeräumt: Die berühmten drei Pole des „strategischen Dreiecks“ aus Protest, Mitregieren und Zukunftsvision seien eigentlich nichts anderes als Benennungen für drei unterschiedliche und miteinander nicht zu vereinbarende Strömungen. „Vision“ ist demnach nicht mehr als ein Nebelvorhang.

Statt Sozialismus bleibt dann ein mildgemäßes Sozialempfinden, das einem Ritt gegen Windmühlenflügel ähnelt. Don Quijote hätte daran seine reine Freude! Doch Sozialisten sind aus anderem Holz geschnitzt. Vor der zeitweiligen Rückkehr des Kapitalismus setzte man in der DDR übrigens wirkliche, konsequente Sozialisten mit Kommunisten gleich. Grundbedingung dafür war, als bewußter Verfechter des Marxismus-Leninismus für den Sturz der Macht des Kapitals und die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft einzutreten. Bei dieser Anforderung sollten wir bleiben. Friedrich Engels sprach als erster von „demokratischen Sozialisten“ und beschrieb sie schon 1847 in „Grundsätze des Kommunismus“: Sie seien „entweder Proletarier, die über die Bedingungen der Befreiung ihrer Klasse noch nicht hinreichend aufgeklärt sind, oder Repräsentanten der Kleinbürger ... Die Kommunisten werden ... sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Klasse treten und die Kommunisten angreifen.“

Wie man sieht ist der „demokratische Sozialismus“ weit mehr als eine selbstkritische Reaktion auf echte oder erdachte Demokratiedefizite in der DDR, wie mancher irrtümlich annahm, als dieser Begriff auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 durch Gregor Gysi in unsere Parteienlandschaft eingeschleppt wurde. Er dient nur einem Zweck: den wirklichen Sozialismus theoretisch zu entsorgen.

Wolfgang Mäder

Achtung Teilnehmer am UZ-Pressfest

im Dortmunder
Revierpark Wischlingen
22. bis 24. Juni

Besucht den schon traditionellen „RotFuchs“-Stand in der Eislaufhalle!

Wie uns mitgeteilt wurde, können im preisgünstigen Bus der Berliner DKP noch Plätze bestellt werden.

Anmeldungen bei Rainer Perschewski,
Jonasstraße 29, 12053 Berlin
Telefon 030/62 60 94 14

Am **11. Mai** um **15.30 Uhr** findet in **Wismar**, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Hanno-Günther-Str. 6b, das **1. Lesertreffen der Region** statt. RF-Autor **Bernd Fischer**, Oberst a. D. der HVA, spricht zur

**Lage im
Nahen Osten**

PDS-Entschuldigungsspezialist Roland Claus rät zu „behutsamem Imagewechsel“ Vorwärts zur politischen Beliebigkeit!

Wir haben schon immer hinter dem Autor Klaus Steiniger die Umriss des Dr. Faustus vermutet – im RF Nr. 107 gab er sein wahres Gesicht preis und enthüllte uns „des Pudels Kern“. Bei Goethe zeigt sich dieser „Kern“ noch zwiespältig, als „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“. Bei unserem Leitartikler wird diese nebulöse Verschwommenheit aufgehoben, werden klare Konturen sichtbar. Er treibt einen ergiebigen Stollen voran, dem wir folgen sollten.

Den herrschenden „Eliten“ ging es tatsächlich immer nur um das Eigentum, und wie wir jetzt wissen, um „Rückertstatung“. Die „Tätigkeit“ der Treuhänder ist in mehreren Ausgaben des RF schon dargestellt worden. Was die verlogenen Beteuerungen, man wolle den „Brüdern und Schwestern im Osten“ die Segnungen der westlichen „Demokratie“ zuteil werden lassen, betrifft, so kann man das Ergebnis bei uns in Potsdam sehr anschaulich betrachten. Es genügt ein kurzer Spaziergang vom S-Bahnhof Griebnitzsee in das traditionsreiche Villenviertel von Babelsberg, ganz speziell in die Virchowstraße, und man vergißt die Leipziger Montagsdemos mit ihrem „Wir sind das Volk“-Gebrüll und die Flüchtlinge von Budapest und Prag. Die exzellent hergerichteten Luxusvillen und einige Neuschöpfungen sprechen Bände – nur die Bezeichnungen haben gewechselt. Was früher Kindergärten, Krippen und Erholungsstätten waren, ist heute mit Konzernanwälten, Nobelfirmen und Millionären bestückt. In ihrer kollektiven Habgier griffen die „Sieger der Geschichte“ sogar nach dem asphaltierten öffentlichen Uferweg am Griebnitzsee. Sie bestellten kurzerhand ein Räumkommando, das ihn über Nacht einfach abtrug. Dasselbe gilt natürlich auch im internationalen Maßstab: Bei dem aufwendigen ideologischen Feldzug gegen die Sowjetunion, gegen „Stalinismus“ und Gulag ging es nur vordergründig um „Presse-

freiheit“, „Religionsfreiheit“, „Demonstrationsfreiheit“, „Reisefreiheit“, ja um „Menschenrechte“. Der aus Bayern stammende frühere USA-Außenminister Henry Kissinger erklärte diese ausdrücklich zur „Waffe im Kampf gegen den Kommunismus“. Doch in Wahrheit zielte man auf „freien Kapitalverkehr“, „Zugang zu den Bodenschätzen“, Militärstützpunkte. Wenn man so will, betrachteten die imperialistischen „Eliten“ die Oktoberrevolution von 1917 lediglich als eine „Panne“ auf dem Weg zur Vereinnahmung des Planeten durch die Weltbanken, denn die erst in der Gegenwart entdeckte „Globalisierung“ war spätestens mit dem Ersten Weltkrieg – und Lenins Arbeit über den Imperialismus reflektierte das – auf den Weg gebracht worden.

Wer sich die Mühe macht, in den Annalen der Arbeiterbewegung zu blättern, den wird die gegenwärtige Entwicklung der Linken zur Beliebigkeit nicht verwundern. Das alles gab es vor 100 Jahren schon einmal. Der frühere PDS-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Roland Claus, sprach vom „behutsamen Imagewechsel“. Er wurde Stück für Stück vollzogen. Wieweit dieser dann in der Praxis ging, demonstrierte uns derselbe Roland Claus beim Besuch von George W. Bush im Plenum des Hohen Hauses, als er sich für die mutige Protestaktion einiger seiner Fraktionskollegen bei Mr. President vor laufender Kamera in mäßigem Schulenglisch entschuldigte. Das war eine Schande erster Klasse, die aber kein Nachspiel hatte. Im Gegenteil: Der blamable Auftritt des Hallensers wurde sogar mit einem neuerlichen Bundestagsmandat honoriert. So etwas spricht sich rum. Andrea Schuhmann sagte deshalb auch auf der Luxemburg-Konferenz der jungen Welt: „Wir gehen als Antifaschistische Linke Berlin immer sehr breite Bündnisse ein, auch mit reformistischen Kräften wie der Linkspartei.PDS“ (!)

So mußten im Rahmen des „Imagewechsels“ in den Programmatischen Eckpunkten unabdingbare Grundsätze „ausgespart“ werden, weil die vermeintliche „Vision“ jetzt „gerechte Verteilung im Sozialstaat“ und nicht die Ablösung der Macht des Kapitals ist. Wirklich neu an den – vorerst letzten – „Eckpunkten“ bleibt die als Nachbemerkungen bezeichnete – fünfte Ecke, bei der es sich in Wirklichkeit um einen Fragenkatalog handelt, der an Unverfrorenheit kaum noch zu übertreffen ist. Nach jahrelanger Beschäftigung mit sich selbst, endlosem Tauziehen, unzähligen Beratungen von Wahlkampfleitern, Historikern und Theoretikern stellt sich heraus, daß die entsprechenden Gremien der Linkspartei ihre Schulaufgaben nicht gemacht haben. Man erinnere sich, daß die KPD in einer Neujahrsnacht 1918/19 eine Partei und ein Programm aus der

Taufe gehoben hat. Was in der Form von Antworten in ein Programm gehört hätte, setzt man nun den verdutzten Mitgliedern als Fragen für eine demokratisch verbrämte Pseudodiskussion vor. Da lesen wir doch: „Welche Bedeutung hat der Bezug auf Klasseninteressen und -kämpfe für unsere Partei?“ Genau das wollten die Mitstreiter, die Wähler aus den „Eckpunkten“ erfahren. Weiter (etwas gekürzt): „Wie verhalten wir uns zu internationalen Militäreinsätzen?“ Bah! Dazu ist doch ein Programm da, um zu solchen entscheidenden Fragen Standpunkte zu vermitteln, und nicht – nachdem der Marschbefehl längst erteilt wurde – große Scheingefechte zu inszenieren. Ganz dick weiter: „Welche Möglichkeiten (...) einer Demokratisierung der Wirtschaft (...) unter sozialen Kriterien gibt es?“ Da ist guter Rat in der Tat teuer, bliebe nur, bei Marx oder gar bei Wladimir Iljitsch nachzulesen.

Als Krönung fragen die „Eckpunkte“ ihre Mitstreiter in Sportpalastintonation: „Wollt ihr die totale Beschäftigung?“ Darf man als guter Sozialist mit neuem Image so etwas überhaupt noch wollen? Für eine Diskussion um linke Faustregeln wie Machtfragen oder Privateigentum bleibt da kaum Platz; lediglich Oskar Lafontaine gewährt einen kleinen Hoffnungsschimmer. Bis jetzt jedenfalls haben die Vordenker der Linken in ihren programmatischen Visionen nicht einmal erwähnt, was in der DDR Alltag war.

Im Beitrag (RF Dezember 2006) „Zur verordneten Negativsicht auf die DDR“ wird gerügt, daß sich die Linkspartei nicht zu den „Vorzügen der DDR“ – die dann auch recht ausführlich angeführt werden – bekennt. Das ist nach meiner Ansicht zu kurz gegriffen. Wenn wir das mal mit einem Gebäude vergleichen, so tritt natürlich zunächst das Bild des Bauwerks über der Erde in Erscheinung. Das Fundament, welches man einfach nicht sehen kann, bleibt unbemerkt. Ob Wolkenkratzer, gigantische Hängebrücken, Sporthallen oder Schlösser (wie neuerdings in Potsdam) – ohne solides Fundament sind sie undenkbar. Das – leider wenig zur Kenntnis genommene – solide Fundament der DDR waren die Nationalisierung von Grund und Boden; es gab keine privaten Banken, Industrie-, Handels- und Versicherungskonzerne, Eisenbahnen, Autobahnen, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser. Heute unvorstellbar: Das Versicherungswesen der DDR-Bürger lag in den Händen der Gewerkschaft – nicht der Aktienbesitzer an der New Yorker Börse oder einer „Allianz“-Gesellschaft. Das war das wenig beachtete Fundament, auf dem alles ruhte. In den bisherigen „Eckpunkten“ wurde es stillschweigend „ausgespart“. Das sollten wir im Auge behalten.

Walter Ruge

Kommt am 6. Mai um 10 Uhr
mit einer Blume auf den

**Soldatenfriedhof zum
sowjetischen Ehrenmal
in Woltersdorf** Thälmannplatz!

Regionale Initiative
zur Wahrung des Andenkens
der im Kampf gegen
den Hitlerfaschismus
gefallenen Sowjetsoldaten

Sicht einer in Frankreich lebenden deutschen Schriftstellerin

Ich war Zeugin eines Bewußtseinseinbruchs

Mit ganz besonderem Interesse lese ich die „RotFuchs“-Beiträge der Debatte „Über unser eigenes Versagen“. Schließlich hat es den Untergang der DDR beschleunigt. Die Diskussion ist von höchster Bedeutung, denn sie gibt einen Anstoß dazu, wie man künftig aus begangenen Fehlern lernen kann. Das ist wichtig für alle, die mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf anderen Kontinenten befaßt sind oder die auf eine Chance zu deren künftiger Wiedererrichtung in Europa hoffen.

Mir, die ich die DDR seit 1975 jährlich bereiste, wird nun manches deutlicher, z. B., warum westliche Besucher dort ein so unglaubliches Ansehen genossen, warum überhaupt alles, was einen westlichen Anstrich hatte, dieses Prestige bekam. Mir wurde zunehmend klar, daß das nur die Folge eines immer weiter zurückgehenden Selbstbewußtseins meiner östlichen Gesprächspartner war. So stimmten etliche von ihnen dann einem Gorbatschow zu, ohne überhaupt dessen politisches Programm zu kennen, nur weil sein Auftreten westlichen Zuschnitt hatte. Dabei hätte die Tatsache, daß man ihm im Westen jubelte, jeden sozialistischen Beobachter mißtrauisch machen sollen. Andererseits wurde ein so hervorragender Politiker wie Walter Ulbricht von vielen hochmütig belächelt, ohne daß sie überhaupt eine Meinung zu seinen politischen Mitteln und Zielen gehabt hätten.

Ein solches Stehenbleiben bei vordergründigen Erscheinungen zeugt von einem mangelnden politischen Bewußtsein. Wie das mehr und mehr abhanden kam, konnte ich bei jedem meiner Besuche feststellen. So erstaunte mich, wie abfällig viele DDR-Bürger über die an Schulen und Universitäten obligatorische Unterweisung in Marxismus-Leninismus urteilten. Daraus schloß ich, daß dieser für den Aufbau und die Erhaltung eines sozialistischen Staates so lebenswichtige Unterricht offenbar zunehmend schlechter, d. h. mit weniger Überzeugung erteilt wurde. Den Lehrern der Anfangsphase fehlte zwar oft die nötige Ausbildung, dafür aber hatten sie die Überzeugung, ohne die ein sozialistisches Land weder aufzubauen noch zu erhalten ist – vor allem, wenn es sich an einem Nachbarn messen mußte, der so zahlreiche Mittel zu einer aggressiven Verführung einsetzte. Ich bekam den Eindruck, als würden in der DDR weniger Anstrengungen auf eine tieferwirkende ideologische Schulung verwandt. Eine westliche Gesellschaft kommt ohne sie aus, weil sie eher an die menschlichen Schwächen appelliert. Die Erhaltung einer sozialistischen Gesellschaft aber erfordert ein ständig neues, erfinderisches Denken, das nicht ohne Unterweisung und Anstrengung zu haben ist. Sie geht von der Erziehungsmöglich-

keit und -pflicht des Menschen aus, davon, daß er eine wahrhaft menschliche Natur erreichen kann, die ihn von der Tierwelt unterscheidet.

Statt dessen wurde mir bei meinen Besuchen ein immer kurzfristiger angelegtes Zufriedenstellen der Bevölkerung mit Gebrauchsgütern offensichtlich, wie ich es vom Westen her nur allzu gut kannte. Diese Güter forderten aber zunehmend den Vergleich mit dem westlichen Angebot heraus. Wie sollte eine ideologisch nicht mehr oder nur unzureichend geschulte Bevölkerung dem auf Dauer widerstehen, wie sollten die immer höher geschraubten Ansprüche aus einer Produktion befriedigt werden, deren einziges kurzfristiges Ziel es war, die Bevölkerung zum Stillhalten zu bewegen.

Aus diesem Teufelskreis gab es schließlich kein Entrinnen mehr. Güter aber, bei denen keine Vergleichsmöglichkeiten mit dem Westen bestanden, wurden im Osten als selbstverständlich empfunden. Niemand machte sich dort z. B. klar, wie ich es genoß, auch bei Dunkelheit ohne besondere Vorsicht allein in der Stadt spazierenzugehen, ja sogar noch spät abends die S- oder U-Bahn benutzen zu können. Sobald ich die Grenze zur DDR überschritten hatte, hängte ich meine Tasche einfach über die Schulter statt absichernd quer über die Brust ...

Da war aber einst unter Ulbrichts weitschauender Politik Raum für eine große Hoffnung gewesen. Einige Teilnehmer an der „Wende“-Diskussion tun sehr recht daran, den beginnenden Niedergang ihres sozialistischen Landes weit zurückzuverfolgen, nämlich bis zu der mit Moskauer Hilfe erreichten Absetzung Ulbrichts durch Honecker. So endet ein Beitrag mit dem scharfsichtigen Satz: „Unsere eigenen Möglichkeiten sind wohl schon mit der Preisgabe des Neuen Ökonomischen Systems zu Grabe getragen worden.“

Mir wurde das Glück zuteil, bei meinem ersten DDR-Besuch 1975 einen Dichter kennengelernt zu haben, der eben diese Erkenntnis seinem späteren Werk als inständige Warnung zugrunde legte, nämlich Peter Hacks. Seit Beginn unserer

Bekanntschaft machte er mich voll Sorge auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Fehlentwicklungen in seinem Land aufmerksam. Mir war gleich deutlich, daß es ihm dabei, anders als etlichen seiner Kollegen, um die Stärkung einer sozialistischen Gesinnung in der DDR ging. Sein kritisches Werk war von tiefer Sorge um deren Fortbestand getragen und legt Zeugnis von der Treue zu seinem Land ab. Diese Treue währte bis zu Hacks' Tod im Jahr 2003. Er war es auch, der mich auf den „RotFuchs“ aufmerksam machte.

Heidi Urbahn de Jauregui, Montpellier

Titelseite der „Westfälischen Rundschau“ vom 8. März 2007

Die WR – Teil des Riesenzeitungskonzerns der SPD, von dem auch sämtliche Gazetten der CDU in der Region hergestellt werden – ließ sich ausnahmsweise zur Objektivität verleiten.



Der Verzicht auf Gewaltanwendung bewies die höhere Moral der DDR

Gut, daß nicht geschossen wurde

Der interessante Beitrag des Genossen Helmut Timm zu einigen Ursachen des Sieges der Konterrevolution in der DDR sorgte für weitere bemerkenswerte Artikel im März-RF. Ihr Untersuchungsgegenstand: Wie konnte dieser Einbruch in unsere Phalanx geschehen? Ziel der Debatte ist es, Denkanstöße zu geben und neue Erkenntnisse zusammenzutragen. Es ist an der Zeit, tiefgründiger und ernsthafter als bisher die Ursachen des Verlusts der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR zu ermitteln und aus marxistischer Sicht bloßzulegen. Die Reaktionen auf Timms Ansatz sind emotionell stark ausgeprägt. Es besteht also dringender Diskussionsbedarf. Dabei sind unnötige Schärfe in der Polemik oder politische Besserwissererei nicht hilfreich. Insbesondere in den Beiträgen von H. Franzkowiak und Dr. Dr. E. Albrecht habe ich mich in nahezu jedem Argument und jeder These wiedergefunden. Die Ausführungen insgesamt beweisen, daß der häufig erhobene Vorwurf, wir hielten starrköpfig an Dogmen fest und seien zu keiner besseren Einsicht fähig, völlig unzutreffend ist. Mit manchen politischen Gegnern lohnt sich allerdings ein Meinungsstreit kaum, weil sie unsere Argumente in antikommunistischer Verblendung weder hören noch prüfen wollen.

Dem von verschiedenen Autoren unterstrichenen seinerzeitigen Verzicht auf den Einsatz von Waffengewalt seitens staatlicher Machtorgane (NVA, VP, MfS) gegen oppositionelle Kräfte schließe ich mich uneingeschränkt an. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Anwendung militärischer Mittel gegen überwiegend irregeleitete Teile der DDR-Bevölkerung nicht zu vertreten gewesen wäre. Natürlich wissen wir (und bekommen es täglich vorgeführt), daß die Bourgeoisie nicht einen Augenblick zögert, jede Gefahr für ihre Gesellschaftsordnung und jeden ernsthaften Widerstand dieser gegenüber auch gewaltsam zu unterbinden. Aber erscheint es denn überhaupt vorstellbar, daß angesichts der gesellschaftlichen Erosion der Sowjetunion und des Auseinanderfallens der KPdSU sowie ähnlicher Prozesse in den osteuropäischen sozialistischen Ländern ein isoliertes Überleben der DDR möglich gewesen wäre? Inzwischen wissen wir doch, wie die USA und die NATO mit mißliebigen Staaten wie Jugoslawien, Irak und Afghanistan umzuspringen belieben.

Welchem vernichtenden Urteil anderer und welchen eigenen Vorwürfen sähen wir uns heute ausgesetzt, wenn 1989 von unserer Seite aus geschossen worden wäre. Es ist gut, daß die DDR auch unter diesen Umständen ihren zivilisierten Status bewahrte. Wie wäre mit den Angehörigen ihrer staatlichen Machtorgane verfahren worden! Man bedenke, daß sie der Gegner

selbst 17 Jahre nach der sogenannten Wende mit Haß und Hetze überschüttet, obwohl ihnen niemand Gewaltbereitschaft vorzuwerfen hat.

Eigentlich ist ja die Bourgeoisie durchaus für „Volksaufstände“ und Vandalismus aller Art zu haben, wenn sie sich gegen ihre Klassenfeinde richten. Der 17. Juni 1953 sowie die konterrevolutionären Umsturzversuche in Polen, Ungarn und der ČSSR haben das bewiesen. Sie liebt geradezu den Widerstand gegen die Volksmacht. Sogar Gedenktage, Gedenktafeln und anderweitige Erinnerungsrituale werden von ihr aus solchen Anlässen verordnet. „Gewaltbereiten Randalierern aus der linken Szene“, wie es in ihrem Jargon heißt, werden indes keine Lorbeerkränze gewunden.

Bei der Benennung der Ursachen des Untergangs der DDR bleibt die seit 1949 erfolgte äußere Einflußnahme mit dem Ziel der offen proklamierten Beseitigung ihrer Gesellschaftsordnung in gewisser Weise unterbelichtet oder ausgespart. Teilnehmer an der RF-Debatte verweisen wohl kurz darauf, daß die BRD und deren imperialistische Paktpartner keinen Zweifel gelassen haben, die DDR beseitigen zu wollen. Daran wurde über 40 Jahre lang auf jede nur vorstellbare Weise gearbeitet. Dafür standen ihnen umfangreiche Strukturen und riesige Etats zur Verfügung. Ideologische Haupttriebkraft bei all dem war der Antikommunismus. Personen und intakte Apparate wurden direkt aus dem faschistischen Deutschland übernommen. Der Kampf zur Liquidierung der DDR erfolgte auf legale und illegale Weise. Dabei spielten Medien und Geheimdienste eine exponierte Rolle. Die Spaltung Deutschlands war vor allem das Werk Adenauers. Er brüstete sich damit, alle Vorschläge der „Pankoffer“-Regierung ungelesen in den Papierkorb zu werfen. Der BRD-Kanzler setzte nicht auf Wiedervereinigung, sondern sprach von der Befreiung der „Soffjetzone“.

Besonders erbittert wurde der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet geführt. Embargo und Boykott, aber auch bewußt angelegte Sabotage und gezielte Schädigung, z. B. der Patentinteressen der DDR sowie die systematische Abwerbung ihrer Fachleute standen im Mittelpunkt. Skrupellos wurden Staaten erpreßt, die Bereitschaft zeigten, mit der DDR Handelskontakte oder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Hinzu kamen gezielte Falschinformationen und dreiste Verleumdungen der DDR und ihrer Bürger. Bekannt ist der Fall des Doppelmörders Werner Weinhold, der zu einer jahrelangen Propaganda-schlacht gegen die DDR mißbraucht wurde. Dieser Deserteur hatte zwei Angehörige der Grenztruppen der NVA hinterrücks erschossen. In 1. Instanz wurde er freigesprochen. Die „Frankfur-

ter Rundschau“ schrieb am 3. Dezember 1976: „Die Richter haben Weinhold ein Notwehrrecht eingeräumt.“

Im Kampf gegen die DDR war der BRD jedes Mittel recht. Aus einer Position wirtschaftlicher Überlegenheit wurden massive Angriffe auf sie geführt. Organisationen und Dienste erhielten uneingeschränkte Wirkungsmöglichkeiten in Westberlin und der BRD, wenn sie gegen die DDR operierten. Hingegen zogen friedliche Kontakte („Deutsche an einen Tisch“, Sportleraustausch, gewerkschaftliche Verbindungen, Kinderferienlager usw.) Strafverfahren und Berufsverbote nach sich.

Die Spionageabwehr des MfS hat in den 40 Jahren ihrer Existenz über 5000 Spione und Agenten westlicher Geheimdienste enttarnt, dingfest gemacht und der Justiz übergeben. Bei Einstellung ihrer Tätigkeit, die Anfang 1990 erzwungen wurde, bearbeitete dieses Organ noch die Fälle von 258 spionageverdächtigen Personen. Auch der Terror westlicher Diversanten und Agenten sowie die willkürliche und überraschende Auflösung der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR zählten zu den Gründen des leichten Sieges der Konterrevolution.

Wenn wir aber von der mangelnden Wirtschaftskraft unseres Landes als einem wesentlichen Faktor für die Niederlage des Sozialismus in der DDR sprechen, sollten wir die Tatsache nicht übersehen, daß viele dem Kapitalismus zur Verfügung stehende Mittel und Methoden nicht Instrumentarien eines sozialistischen Staates sein können. Rabiante Profitjagd, gnadenlose Ausbeutung der Werktätigen, die dauerhafte Existenz eines als Druckmittel dienenden Arbeitslosenheeres, die systematische Produktionsverlagerung in „Billiglohnländer“, das Plündern der Ressourcen der Dritten Welt und der den Konzernen Milliarden Gewinne einbringende Waffenexport in Spannungsgebiete – all das gehört allein zum Repertoire der besitzenden Klassen. **Manfred Liebscher**

Die **Regionalgruppe Magdeburg** lädt für den **24. Mai um 14 Uhr** in den Versammlungsraum des Vereins „Solidus“ (Gelände der Autowerkstatt Opitz), Kühleweinstr., ein.
RF-Chefredakteur
Dr. Klaus Steiniger spricht über das Thema

Wie steht es um die revolutionäre Weltbewegung?

Gäste sind herzlich willkommen.

Die „Ergänzungstafel“ am Lenin-Monument strotzt von faustdicken Lügen

Denkmalssturm in Schwerin

Wenn nach Revolutionären benannte Straßen umbenannt und Standbilder gestürzt werden, so handeln die Reaktionen entweder im Siegesrausch, oder sie spüren, daß für sie etwas falsch läuft. In Schwerin gibt es ein Lenin-Denkmal, um das seit einem Jahr ein Streit entbrannt ist. Diesmal scheint es sich jedoch nicht um Siegestaumel zu handeln. Im März 2006 hat der FDP-Stadtverordnete Priesemann gefordert, es zu schleifen, da es „einen der schlimmsten Tyrannen des 20. Jahrhunderts“ darstelle. Der Kulturausschuß der Stadt will das aber mehrheitlich nicht. Bemerkenswert ist die Stellungnahme des SPD-Mannes Meslien: Die Beseitigung würde „den Menschen das Gefühl geben, daß man ihnen ein Stück ihres Lebens nimmt“.

Da es Brauch wird, Gedenkstätten durch „Ergänzungstafeln“ zu diffamieren, hat man sich auf einen schmierigen „Kompromiß“ verständigt. Lenin dürfe bleiben, solle aber durch folgenden Text „entlarvt“ werden: „Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), Führer der Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917 und Gründer der Sowjetunion. Mit dem ‚Dekret über den Frieden‘ beendete er den 1. Weltkrieg für Rußland. Er führte einen Bürgerkrieg gegen große Teile des eigenen Volkes, um seine Macht zu festigen. Unzählige starben auf seinen Befehl. Er enteignete Kulaken und Bauern und verteilte den Boden an Besitzlose. Lenin zerschlug die demokratischen Parteien und die Kirche in Rußland fast vollständig. Sein theoretisches Werk bildete die geistige Grundlage für kommunistische Regimes in der ganzen Welt. Lenins Diktatur bereitete den Weg für den kommunistischen Terror des 20. Jahrhunderts, der (!) Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Das Denkmal des estnischen Bildhauers Jaak Soans wurde 1985 im Rahmen der 825-Jahr-Feier Schwerins und als Erinnerung an die Bodenreform eingeweiht.“

Die Lebensdaten sind korrekt und die Angaben über Bildhauer und Einweihung ebenfalls. Unstreitig ist, daß Lenins Werk Grundlage des Entstehens der sozialistischen Staaten war. Alles andere hält einer sachlichen Prüfung nicht stand: Das Dekret über den Frieden zielte keineswegs allein auf eine Beendigung des Krieges für Rußland, sondern auf ein Ende dieses Völkermords, der 10 Millionen Tote und doppelt so viele Verstümmelte kostete, an sämtlichen Fronten. Allen Völkern und Regierungen wurde der Vorschlag unterbreitet, unverzüglich in offene Verhandlungen über den Abschluß eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen einzutreten. Die Sowjetregierung betonte, diese Bedingungen seien kein Ultimatum. Keine der kriegführenden imperialistischen Mächte war dazu bereit. Erst im Frühjahr 1918 gelang es, um den

Preis des unerträglichen Friedens von Brest-Litowsk mit Deutschland, dem erschöpften Rußland wenigstens eine kurze Atempause zu verschaffen. Deutschland unterließ diesen Vertrag und okkupierte die Ukraine, die Krim, den Kaukasus und das Baltikum.

Der Unhold Lenin habe aber doch „einen Bürgerkrieg gegen große Teile des eigenen Volkes“ geführt! Haben nicht ab März 1918 die Briten, Franzosen und die USA das Murmansk-Gebiet und Archangelsk, die Japaner und die USA den Fernen Osten und in der Folge die Briten den Kaukasus sowie gemeinsam mit Frankreich die Krim und das Terrain nördlich der Schwarzmeerküste besetzt; haben sie nicht tschechoslowakische Kriegsgefangene für einen Aufstand regelrecht gekauft? Haben sie nicht Koltschak, Denikin und Judenitsch bezahlt und ausgerüstet? Stimmt es nicht, daß Winston Churchill den Interventionsfeldzug von vierzehn kapitalistischen Staaten gegen Sowjetrußland proklamierte, um „den Bolschewismus in der Wiege zu erdrosseln“? Wurden nicht Dutzende Führer der Sowjetmacht und Tausende ihrer Anhänger im Sommer 1918 von der Konterrevolution viehisch umgebracht? Verübte nicht Fanja Kaplan, eine Vertreterin der „demokratischen Parteien“, das Revolverattentat auf Lenin? Gab es den weißen Terror nicht, den die Sowjetmacht in fast hoffnungsloser militärischer Lage mit dem roten Terror beantwortete? Lenin schrieb: „Die englischen Bourgeois haben ihr 1649, die Franzosen ihr 1793 vergessen. ... Der Terror war gerecht und berechtigt, als er angewandt wurde, um die eine ausbeutende Minderheit durch eine andere ausbeutende Minderheit zu ersetzen. Der Terror wurde ungeheuerlich und verbrecherisch, als man daranging, ihn dazu anzuwenden, jede ausbeutende Minderheit zu stürzen“ (LW, 28/57 f.) Lenin betonte, die erzwungenen Maßnahmen des „Kriegskommunismus“ entsprächen keineswegs dem Wesen des Sozialismus. Nach dem Sieg über Denikin Anfang 1920 hat er den Gesetzgeber zur Abschaffung der Todesstrafe aufgefordert. (LW, 30/317) Die Antwort der Entente war der Angriff Polens auf Sowjetrußland und eine neue Welle des weißen Terrors.

Aber Lenin habe doch „Kulaken und Bauern enteignet“! Dümmer geht's nimmer! Dem Dekret über den Boden und seiner Nationalisierung lag eben nicht das Agrarprogramm der Bolschewiki, sondern das der „demokratischen“ Sozialrevolutionäre zugrunde. Lenin hat das klargestellt. (LW 26/252) Nach dem Bürgerkrieg war es, der die „Naturalsteuer“ und die „Neue Ökonomische Politik“ begründete. Für die Modalitäten der Kollektivierung und der „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ Anfang der dreißiger Jahre kann er nicht

in Haftung genommen werden, denn da war er bereits seit sechs Jahren tot.

Wer den Charakter Lenins zu studieren wünscht, dem kann nur empfohlen werden, seinen in der „Prawda“ am 20. Dezember 1918 veröffentlichten warmherzigen Nachruf „Gen. Proschjan zum Gedenken“ zu lesen. Proschjans Partei der „Linken Sozialrevolutionäre“, die nach dem Oktober 1917 eine Koalitionsregierung mit den Bolschewiki bildete, war zum bewaffneten Kampf gegen die Bolschewiki übergegangen; nun würdigte Lenin deren früheren Volkskommissar: „Proschjan (hat) bis zum Juli 1918 mehr für die Festigung der Sowjetmacht getan als nach dem Juli 1918 für deren Untergrabung.“ (LW 36/488) Als 1921 der Vordenker der russischen Anarchisten, Fürst Pjotr Kropotkin starb, war es Lenin, der veranlaßte, die inzwischen inhaftierten Führer der „Linken Sozialrevolutionäre“



Das künstlerisch wertvolle Schweriner Lenin-Standbild wird von den politischen Schmeißfliegen der Bourgeoisie umschwärmt.

Grafik: Karlheinz Effenberger

auf ihr Ehrenwort freizulassen, damit sie an der Beisetzung teilnehmen konnten. Zur Ehre dieser Leute wiederum wollen wir festhalten, daß sie sich danach wieder am Gefängnistor meldeten.

Zurück nach Schwerin: Auch André Brie hat sich für den Erhalt des Standbilds ausgesprochen. Die erste enthauptete Lenin-Statue, die ich mit eigenen Augen sehen mußte, lag im Frühjahr 1990 auf dem Hof meiner früheren Arbeitsstätte. Der damals Verantwortliche im Partei-

vorstand der PDS für unsere Einrichtung war André Brie. Ich halte ihn deshalb – mit sehr großer Zurückhaltung ausgedrückt – als Befürworter von Lenin-Denkmalern für nicht geeignet.

Da der Vorreiter des Abrisses in der Stadtvertretung aus der FDP kommt, die ja angeblich in den großen Schuhen des deutschen Freisinns von 1848 steht, empfehle ich, er sollte bei Wilhelm Zimmermann, einem dieser Großen, über den deutschen Bauernkrieg nachlesen, wie Liberale sich

einst zu revolutionären Führern wie Thomas Müntzer verhielten. Was in Schwerin aufgeführt wird, ist eine Schande, aber wenn die Sonne der Wahrheit nur noch knapp über dem Horizont steht, werfen auch Zwerge lange Schatten. Doch wie auch immer schließlich befunden wird, eines ist sicher: Wenn die Kleingeister längst spurlos im Orkus verschwunden sind, wird man Lenin noch ehren und ihm Denkmäler errichten.

Prof. Dr. Götz Dieckmann

Aus welcher Wurzel kommen die Neofaschisten der BRD? Nicht vom Himmel gefallen

Mit großer Sorge verfolgen Millionen BRD-Bürger die zunehmenden Aktivitäten brauner Zusammenschlüsse in ganz Deutschland. Der Neonazismus ist allerdings nicht vom Himmel gefallen, sondern nach 1945 unter aktivem Einsatz aus dem „Dritten Reich“ überkommener Faschisten aufgebaut worden.

Um nicht in allgemeinen Unterstellungen zu verharren, möchte ich im folgenden einige typische Fälle schildern.

Josef Magnus Wehner war seit 1934 Mitglied der NSDAP, schrieb und arbeitete für faschistische Verlage. Mitglied der NS-Reichsschrifttumskammer, galt er einst als einer der prominentesten Vertreter des Nazi-„Literaturschaffens“. Bis zuletzt war Wehner für die NS-Reichspressestelle (Goebbels), das Hauptkulturamt, den Reichsrundfunk, die Zeitschrift „Kunst im Kriege“ u. a. tätig. Er war frühes Mitglied von Münchener Hakenkreuzzirkeln. Schließlich wurde er zum „Ehrenbeamten“ der „Hauptstadt der Bewegung“ ernannt. Wehner verfaßte zahlreiche Romane, in denen der Krieg verherrlicht und fremde Völker und Rassen geschmäht werden. In seinen Büchern über Hindenburg und den Nazi-Freischärler Schlageter glorifizierte er Hitlers „historische Größe“.

Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus ließ er sich flugs „entnazifizieren“. Mit nunmehr „weißer“ Weste konnte er seine Karriere fortsetzen. Es ist bezeichnend, daß Schulen in der BRD noch heute den Namen dieses „herausragenden Literaten“ der NS-Zeit tragen.

Auch Heinrich Bütefisch war ein tiefbrauner Faschist, dessen „große Verdienste“ die BRD zu würdigen mußte. Im März 1964 wurde dem Vorstandsmitglied der IG Farben wegen seiner Meriten um den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft vom damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke der Große Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Das geschah ungeachtet der Tatsache, daß Bütefisch im Nürnberger IG-Farben-Prozeß mit anderen Direktoren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor einem alliierten Gericht gestanden hatte. Wegen brutalster Ausbeutung von Auschwitz-Häftlingen wurde er zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Hans Filbinger, der unlängst verstarb, war aus dem gleichen Holz geschnitzt. Er diente 12 Jahre lang als Ministerprä-

sident des Landes Baden-Württemberg. Als am 7. August 1978 sein Rücktritt bekanntgegeben wurde, war das Motiv der Demission allgemein bekannt. Der Dramatiker Rolf Hochhuth hatte in der Wochenzeitung „Die Zeit“ nachgewiesen, daß Filbinger an zahlreichen Todesurteilen bei Kriegsgerichtsverfahren mitgewirkt hatte. In seinem Prozeß erklärte dieser kaltschnäuzig: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Diese Aussage wurde vom Gericht akzeptiert. Filbinger war unter Hitler Marinerichter gewesen und hatte an Schnellverfahren gegen Deserteure teilgenommen, die mit der Todesstrafe endeten. Wie er selbst bekannte, war er bei der Vollstreckung von Urteilen anwesend. Doch die Landes-CDU stand und steht unverdrossen zu dem „verdienstvollen Juristen“, wie die faschistischen Ausfälle Öttingers bei der Trauerfeier für Filbinger offenbarten. Seit 1979 und bis zuletzt war er Ehrenvorsitzender der Christdemokraten in Baden-Württemberg. Zur Bestimmung des neuen Bundespräsidenten am 23. Mai 2004 wurde Filbinger von der Bundes-CDU als Wahlmann auserkoren. So votierte Hitlers Blutrichter für Horst Köhler als neuen Präsidenten der BRD.

In einer Dokumentation, die Prof. Albert Norden am 2. Juli 1965 der Weltpresse vorstellte, wurden 1621 hochdotierte Verantwortungsträger aus der Rüstungsindustrie, ehemalige SS-Mörder und Naziführer, frühere Verantwortliche der Gestapo und des SD als hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, leitende Diplomaten des Auswärtigen Dienstes, der Botschaften und Konsulate, hohe Offiziere der Polizei und des Verfassungsschutzes sowie Generäle und Admirale der Bundeswehr aufgelistet. Es sind die „Vorbilder“, denen die braune Szenerie seit dem Untergang des „Dritten Reiches“ nacheifert. In der BRD kamen sie wieder zu Rang und Ansehen. Der gesamte Staatsapparat war mit ihnen auf hoher und höchster Ebene durchsetzt.

Aus dieser Wurzel ist die heutige Organisationsstruktur der Neofaschisten in Deutschland gewachsen. Inzwischen ist ein Netz aufgebaut worden, das sich aus Vereinigungen unter verschiedenen Bezeichnungen rekrutiert: Kameradschaften, Freie Aktivisten, Freier Widerstand,

Nationales Jugendbündnis Dresden, Schlesische Jungs Niesky, SSS = Skinheads Sächsische Schweiz (sie wurden 2001 pro forma verboten), Schwarze Division Germania, Kampfbund Deutscher Sozialisten sind nur einige Namen.

In allen Bundesländern gibt es bereits Koordinierungszentren. Es sind gewissermaßen die Stäbe der Faschisten. Im Juli 2004 bestanden insgesamt 166 regionale Organisationen, von denen rechtsextremistische Aktionen gesteuert werden. Initiatoren und Geldgeber kommen fast ausschließlich aus den alten Bundesländern, auch wenn sie gelegentlich in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder Sachsen logieren.

Auch ein Teil der Intelligenz der BRD folgt dieser „Traditionslinie“ und übt Einfluß auf die „demokratische“ Meinungsbildung aus. Als Beispiel sei der Direktor des Bonner Hauses der Geschichte, Prof. Hermann Schäfer, angeführt. Mit seinem Grußwort zum Eröffnungskonzert des Weimarer Kunstfestes „Gedächtnis Buchenwald“ erinnerte er allein an jene Deutschen, die 1945 und später ihre Heimat im Osten verlassen mußten. Die Opfer der Nazis, darunter 56000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, Antifaschisten aus allen Ländern Europas, die in Buchenwald von den Faschisten ermordet wurden, ließ Herr Schäfer unerwähnt.

Welche Lehren zieht die Regierung der BRD aus der deutschen Vergangenheit? Wann erfolgt endlich eine Offenlegung der Tatsachen aus der Zeit zwischen Mai 1945 und Oktober 1990, in der sich der westdeutsche Staat beim Aufbau seiner Strukturen uneingeschränkt auf Hitlers und Himmlers „Führungskader“ gestützt hat? An Dokumenten aus jenen Jahren mangelt es nicht. Da aber fast alle Unterlagen nach wie vor unter Verschluss sind, muß man die alte BRD der wissentlichen Vertuschung ihrer politischen Ursprünge anklagen.

Die systematische Leugnung des tiefen Antifaschismus der DDR, der als „verordnet“ abgetan wird, leitet Wasser auf die Mühlen der neonazistischen Kräfte im Osten, deren Gros sich erst nach dem Anschluß der DDR und im Geiste brauner Traditionen der alten BRD formiert hat.

Christian Zapf

Prof. Detlef Joseph weist nach: Konsequenter Antifaschismus war das Markenzeichen der DDR

Selten hat mich ein Buch so aufgewühlt. Ein Freund und „RotFuchs“-Bezieher lieh mir unlängst mit der Bemerkung, daß man manches mehrmals lesen müsse, die kritische Untersuchung „Hammer, Zirkel, Hakenkreuz/Wie antifaschistisch war die DDR?“ von Prof. Dr. Detlef Joseph. Eigentlich würde der Titel „Haltet den Dieb!“ besser zum Inhalt passen, weil der Zusammenhang von Hammer, Zirkel und Hakenkreuz eine antikommunistische Erfindung der bürgerlichen BRD-Delegitimierungsoffensive gegen die DDR ist und in die Irre führt.

Aber offensichtlich ist hier das zu zerstörende Lügegebäude gemeint. Erschreckend, welcher Schmutz von fragwürdigen Wissenschaftlern zuerst erfunden und dann als vermeintliche Realität in die Welt gesetzt wurde und wird. Genährt durch die geschichtsferne These von den „zwei deutschen Diktaturen“, entblöden sich gewisse Historiker im Rechtsnachfolgestaat Hitler-Deutschlands offensichtlich nicht, ausgerechnet die DDR als Hort der Nazis, als Fortsetzerin des faschistischen Ungeistes zu diffamieren. Es raubte mir wahrlich den Atem, welche Verdrehungen, Ungeheuerlichkeiten und Lügen die wahre Geschichte der DDR ersetzen sollen.

Der Autor stellt sich gekonnt und fakten-gestützt den Angriffen auf das antifaschistische Wesen der DDR entgegen. In mir (Jahrgang 1946), der ich in und mit der DDR antifaschistisch aufgewachsen bin, wechselten bei der Lektüre Gefühle wie Wut, Staunen, Ohnmacht, Verzweiflung und auch aufkeimende Aggressivität einander ab. Mein Freund hatte mich zu Recht gewarnt: Obwohl ich ein schneller und geübter Leser bin, mußte ich ganze Abschnitte regelrecht durcharbeiten, um die Perfidität der Anschuldigungen gegen meinen verlorenen Staat überhaupt zu erfassen. Es ist Detlef Joseph zu danken, daß und wie er mit Objektivität Vergangenes aufarbeitet, Zusammenhänge und geschichtliche Fakten darstellt und damit Mut macht, das antifaschistische Erbe der DDR zu verteidigen. Die Lügner werden als solche entlarvt, und ihre eigene (von Faschisten geprägte) Geschichte wird zum Vergleich herangezogen. Bemerkenswert an dem Buch ist, daß nichts ausgelassen wird. Die DDR entstand auf einem Teilgebiet des vormals faschistischen Dritten Reiches. Natürlich konnte ein neuer Staat nur mit den dort lebenden Menschen gebildet werden. Und die meisten derer, die den Krieg überlebt hatten, waren den Faschisten mehr oder weniger aktiv gefolgt. Aber im Unter-

schied zur BRD wollte man mit jenen, die nachweislich Verbrechen begangen hatten, nichts zu tun haben. Sie wurden, wenn sie sich nicht in den für sie sicheren Westen abgesetzt hatten, ermittelt und zur Rechenschaft gezogen. Hintermänner und Geldgeber der faschistischen Diktatur nannte man beim wahren Namen. Das nehmen die Herren der Banken und Konzerne uns Antifaschisten noch heute so übel, daß sie uns mit dem Dreck bewerfen, den sie selbst am Stecken haben.

Doch: Bei Joseph werden Fehler der DDR als Fehler, Ungereimtheiten als Ungereimtheiten und ideologische Beschränktheit als borniert benannt. Dennoch: Der faktenreich gestützte Satz auf dem hinteren Einbanddeckel hat seine volle Berechtigung: „Wenn nichts bliebe von dieser DDR als ihr konsequenter Antifaschismus, dann wäre sie vor der Geschichte tiefer und dauerhafter legitimiert als je ein deutscher Staat vor ihr.“

Das Buch von Detlef Joseph ist eine unverzichtbare und hervorragende Sammlung von Wahrheiten und Argumenten.

Richard Georg Richter

Detlef Joseph: Hammer, Zirkel, Hakenkreuz/Wie antifaschistisch war die DDR?, 288 S., edition ost, 14,90 Euro, ISBN-10: 3 360 01081-7

„Ein in der Forschungsliteratur zur DDR einmaliges Standardwerk“ Schmähschrift wider die Historie

Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen. Lothar Mertens, Jahrgang 1959 und Autor des „Lexikons der DDR-Historiker“, hat darauf allerdings keine Rücksicht genommen. Der studierte Theologe schlug das Gebot, nicht falsches Zeugnis abzulegen, in den Wind. Das Einordnungsprinzip zur Aufnahme von DDR-Geschichtswissenschaftlern in sein „Lexikon“ formulierte er so: „Hütet euch vor den falschen Historikern ... an ihren Schriften werdet ihr sie erkennen ...“ Dabei ist die Dürftigkeit des Buches so frappierend, daß er an der Leipziger Karl-Marx-Universität außerstande gewesen wäre, es auch nur im zweiten Studienjahr als Jahresarbeit vorzulegen. Wenn der Weltbild-Verlag (wessen Weltbild verbreitet er eigentlich?) dennoch von einem „Standardwerk“ spricht, dann vermittelt das eine ungefähre Vorstellung vom tri-

sten Niveau der historischen und Sozialwissenschaften in der zeitgenössischen BRD. Für den Herausgeber des Lexikons ist dieses „in der Forschungsliteratur zur DDR einmalig“. Das trifft in gewisser Weise tatsächlich zu: ein einmaliger Flop! Zum Glück gibt es in meinem Bekanntenkreis auch westdeutsche Historiker von hohem fachlichem Können, die sich für derartiges nicht mißbrauchen lassen. Worin besteht nun die Funktion solcher Elaborate?

Auch hier geht es wohl allein um die „Delegitimierung“ der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft. Mertens reiht sich mit seiner Schrift und weiteren Veröffentlichungen in die Front der Baring, Töpfchen-Pfeiffer und Co. ein. Damit praktiziert er aber gerade das, was er und seinesgleichen den DDR-Gesellschaftswissenschaftlern stets vorgeworfen haben: die Unterordnung ihres Metiers unter die Vorgaben der Politik.

Nun muß man zugeben, daß Herr Mertens die staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen der DDR-Historiker sowie deren Parteiämter gewissenhaft aufgelistet hat. Das sei ihm geschenkt. Denn die Absicht der politischen Diffamierung ist allzu offensichtlich. Um den Sachverhalt objektiv zu vermitteln, hätte er die Benutzer seines Lexikons umfassend und lückenlos über die wissenschaftliche Leistung des jeweiligen Historikers und dessen Ar-

beitsergebnisse informieren müssen. Das aber unterschlägt er des öfteren ganz bewußt. Ein berühmter Franzose meinte einmal: Man ist nicht nur für das verantwortlich, was man sagt, sondern auch für das, was man nicht sagt.

Übrigens stieß Herr Mertens bei Untersuchungen zum derzeitigen Wirken der BRD-Historikergilde auf eine wahre Fundgrube. Immerhin sind etliche von ihnen gerade emsig dabei, im Bunde mit entsprechenden Medien den Zweiten Weltkrieg nachträglich zu gewinnen, den Aggressor sowie dessen Helfer und Mitläufer als Opfer darzustellen und Hitler als Lustspiel-Kasper zu verharmlosen. Vergessen wir nicht Konrad Adenauer – den „größten Deutschen aller Zeiten“: Seine Ehrenerklärung vor dem Bundestag im Dezember 1952 für „alle Waffenträger des deutschen Volkes“ schloß auch die Waffen-SS ein und gab so den Startschuß zur Relativierung der faschistischen Verbrechen.

Mein Resümee: Das Lexikon des Herrn Mertens – es kostet immerhin stolze 180 Euro – ist wissenschaftlich völlig wertlos. Neben den genannten Defiziten weist es auch noch weitere Schlampereien auf, die es sogar für Hobby-Sammler ohne Reiz erscheinen lassen.

Den betroffenen DDR-Historikern kann ich nur empfehlen, sich kräftig zur Wehr zu setzen. **Harry Pursche, Leipzig**

**Am 5. Mai um 15 Uhr
treffen sich die Harzer
„RotFüchse“ zur
traditionellen Ehrung
am Karl-Marx-Denkmal
in Wernigerode.**

Wie sich die Berliner Gerichtsbarkeit um die „Rehabilitierung“ eines Terroristen bemühte

Der Fall Burianek

Im Schatten solcher Justizskandale wie der Urteile in Sachen Ackermann und Hartz verschwinden andere nahezu völlig aus dem Blickfeld. Dazu gehört die „Delegitimierung“ der DDR mit Hilfe der „unabhängigen“ Justiz der BRD.

Sie hat auch Bedeutung für die verordnete Erinnerungspolitik in Gedenkstätten.

Uns beschäftigt nach wie vor der Fall Johann Burianek. Dieser Terrorist wurde am 24. Mai 1952 vom Obersten Gericht der DDR zum Tode verurteilt und in Dresden am Münchner Platz hingerichtet. Anfang Oktober 2005 verlautete aus Presseinformationen, daß Burianek vom Berliner Landgericht rehabilitiert worden sei. Das veranlaßte mich, am 14. Oktober 2005 vom zuständigen Oberstaatsanwalt, der 1990 die Akten bearbeitet hatte, die Begründung für die Entscheidung zu erbitten.

Er teilte mir mit, daß diese nicht veröffentlicht worden sei, und verwies mich an das Berliner Landgericht. Unter dem Datum des 22. 11. 2005 erhielt ich von dort folgende Antwort: „Zu Ihrer an das Landgericht Berlin – Strafgerichtsbarkeit – gerichteten Eingabe vom 9. November 2005, die zuständigkeithalber an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin abgegeben worden ist, teile ich Ihnen mit, daß der einschlägige Vorgang zur Zeit versandt ist. Er liegt als Beiakte mit anderen Akten der Rehabilitationskammer vor und ist dort unentbehrlich.“

Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Antwort geben zu können.“

Natürlich hatte ich nicht um die Originalakte gebeten, sondern um die Kopie der Begründung für die Rehabilitierung.

Den Antrag hatte die Witwe von Rainer Hildebrandt, des früheren Vorsitzenden der berüchtigten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, gestellt. Die Rehabilitierung erfolgte am 2. September 2005. Sie stützte sich nicht auf neue Fakten und Beweise im Fall Burianek, sondern auf Artikel 3 des Einigungsvertrages und daraus abgeleitete Rechtsvorschriften. Inzwischen habe ich auf anderem Wege das Urteil der drei Richter erhalten. Es lautet:

1. Auf Antrag der Antragstellerin wird das Urteil des Obersten Gerichts der DDR vom 25. Mai 1952 für rechtswidrig erklärt und aufgehoben, soweit es sich gegen den Betroffenen Johann Burianek richtet.
2. Der Betroffene hat in der Zeit vom 5. März 1952 bis zu seiner Hinrichtung am 2. August 1952 zu Unrecht Freiheitsentzug erlitten.
3. Der Betroffene hat einen Anspruch auf Erstattung von gezahlten Kosten des Strafverfahrens und gezahlten notwendigen Auslagen.
4. Kosten des Rehabilitierungsverfahrens werden nicht erhoben. Die notwendigen Auslagen hat die Landeskasse zu tragen.“

Die Richter erklären nicht, warum das Verfahren von 1952 „rechtsstaatswidrig“ gewesen sein soll.

Was ist zunächst festzustellen? Was ist zu folgern?

Die Justiz der BRD rehabilitierte 2005 einen Top-Terroristen, der Anfang der 50er Jahre in der DDR sein Unwesen trieb und den Frieden und die Sicherheit nicht nur von DDR-Bürgern in verbrecherischer Weise aufs Spiel setzte.

Geständnis, Zeugenaussagen und Beweismittel unterstrichen, daß Burianeks Handlungen „die Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zum Inhalt hatten“. Im Gerichtsprozeß wurde konkret nachgewiesen, daß die USA Sabotage- und Terrorhandlungen im Weltmaßstab organisieren und finanzieren; daß Hildebrandts „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (!) Terror, Sabotage und Spionage verübte; daß Johann Burianek und seine Bande besonders gefährlich waren.

Aus der Urteilsbegründung: „Er hat die Störaktionen der Bande zu den Weltfestspielen geleitet und sich unmittelbar durch Werfen von Stinkbomben, Ausstreuen von Reifentörtern und Anlegen von Brandsätzen daran beteiligt. Er hat den Strukturplan zur Organisierung einer umfassenden Untergrundbewegung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufgestellt und an die Hildebrandtgruppe übergeben. Ihm fällt die Vorbereitung einer Reihe von Sabotageakten zur Last. Hierzu gehört die Besorgung von Flaschen zum Abfüllen und zum Transport der von der KgU hergestellten Säure für die Stilllegung großer Maschinen, die Übermittlung der Lage der Starkstromanschlüsse im VEB Secura an die Hildebrandtgruppe und die vorbereitenden Maßnahmen, die er mit Hilfe des Ingenieurs Feldkamp zur Störung der Sendungen des Berliner Rundfunks unternommen hat.“

Er hat schließlich schwerste Terrorakte begangen, indem er die beiden Überfallversuche auf den Volkspolizei-posten in Dreilinden leitete, die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Erkner bis in alle Einzelheiten vorbereitete und dann, nachdem der Anschlag aus Gründen, die nicht in seinem Willen lagen, nicht zur Ausführung kam, an der versuchten Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Spindlersfeld durch die Bande der ‚3 Bastiane‘ mitwirkte.“

Das Urteil gegen Burianek und seine Komplizen erhielt seine besondere Bedeutung für die Rechtsgeschichte dadurch, daß zum ersten Mal in der DDR der Begriff „Terrorhandlung“ verwendet und der „Terrorismus als besondere Methode der Kriegsvorbereitung“ verurteilt wurde. Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ wurde im Urteil als „skrupellos und mit den gemeinsten Mitteln zum Krieg und

zum gewaltsamen Umsturz in der Deutschen Demokratischen Republik hetzende Zentrale zur Anleitung von Brandstiftern, Räubern und Mördern, zur Organisierung von Eisenbahnkatastrophen und Sprengstoffattentaten“ bezeichnet.

Wie sich die DDR auch juristisch gegen Verbrechen wehrte, die vom Boden der BRD aus geplant und organisiert wurden, oblag ihrer souveränen Entscheidung. Die urteilenden Richter waren sich dessen bewußt, welche Bedeutung die erstmalige Verhängung der Todesstrafe in der DDR hatte. In der Begründung heißt es: „Noch niemals hat ... vor dem Obersten Gericht ein so skrupelloser und gefährlicher Verbrecher zur Aburteilung gestanden ... (Er ist) von einem kaum faßbaren Hang nach Zerstörung und Vernichtung beseelt gewesen Nichts von den reichlichen Mitteln, die ihm zur Bestätigung dieses Drangs von seinen Auftraggebern zur Verfügung gestellt wurden, war ihm genügend ... kaum hatte sich der eine Sprengstoffanschlag als undurchführbar herausgestellt, leitete er schon den nächsten in die Wege ... Eiskalt war er bereit, Hunderte von Menschenleben für die Durchsetzung seiner Ziele zu opfern.“ Burianek habe „in der Hauptverhandlung seine Verbrechen mit völliger Unberührtheit und ohne eine Spur von Reue“ geschildert.

Aus dem Urteil gegen ihn kann nicht gefolgert werden, daß er unschuldig von einem „Unrechtsstaat“ verurteilt wurde. Wenn die später in der DDR abgeschaffte Todesstrafe als Kriterium für Diktatur und Justizunrecht gelten würde, träfe das nicht nur auf sie zu.

Die Rehabilitierung Burianeks im Jahr 2005 ist natürlich auch in ihrem politischen, historischen, juristischen und moralischen Zusammenhang zu werten. Ich wähle die Frageform: Wird im Kampf gegen die DDR („SED-Diktatur“) nachträglich jedes Mittel geheiligt, auch das des Terrors? Wird das Prinzip „Keine Strafe ohne Gesetz“ jetzt für die DDR in die Behauptung umgewandelt, jede Strafe in der DDR sei Justizunrecht gewesen? Wird der Terrorist Burianek etwa zum Märtyrer ernannt und in Dresden einen Gedenkstein erhalten, sogar noch vor den Opfern des Faschismus? **Prof. Dr. Horst Schneider**

Herzlich gratulieren Redaktion und Verein dem Genossen

Dr. Hartwig Strohschein

der am **4. Mai** seinen **75.** Geburtstag begeht. Er war Gründungsmitglied des RF-Fördervereins und bekleidete Funktionen in mehreren linken Parteien. Heute zeichnet er für den „Berliner Anstoß“ (DKP) verantwortlich.

Die voreilige Verwandlung halbstaatlicher DDR-Betriebe in VEBs war ein ernster Fehler Für Wettstreit verschiedener Eigentumsformen im Sozialismus

Es gehört inzwischen zur Grundausrüstung aller bürgerlichen Manipulationsmedien der BRD, pausenlos vermeintliche Analysen und tendenziöse Berichte über die DDR zu verbreiten.

Zieht man die gesellschaftliche Standortbestimmung der derzeit Herrschenden in Betracht, ist das nichts Ungewöhnliches. Wer Kriegseinsätze als friedensfördernde Maßnahmen ausgibt und Sozialabbau als Reformen verkauft, muß zwangsläufig die DDR schlechtreden, ihre Errungenschaften in Abrede stellen und die Niederlage des Sozialismus als dessen historisches Ende interpretieren.

Wenn aber Gysi in Biskys ND über einen „modernen“ Sozialismus spricht und im Hinblick auf die DDR nur von bitteren Erfahrungen des „gescheiterten Staatssozialismus“ schreibt, dann sollte bei allen wirklich Linken die rote Lampe angehen. In den jüngsten Ausgaben des RF werden Ursachen unserer Niederlage unumwunden dargelegt, was natürlich Herz und Verstand jedes Marxisten strapaziert, muß doch rückblickend auch das eigene Versagen in bestimmten Situationen eingestanden werden. Doch: „Auch aus einer Niederlage kann man Kraft für künftige Siege schöpfen!“, titelt unsere Zeitschrift. Denn das Denken und Handeln für kommende stabile sozialistische Alternativen wird sowohl die enormen Vorzüge als auch gravierende Mängel im Gefüge der DDR und anderer sozialistischer Staaten zu berücksichtigen haben. Die Aufdeckung von Ursachen der Niederlage der Pariser Kommune, die durch Marx und Engels so leidenschaftlich unterstützt worden war, ist dabei nach wie vor der Maßstab konstruktiven Handelns.

Aus der Sicht der politischen Ökonomie des Sozialismus, die ich an der Parteihochschule der SED zu vertreten hatte, sind in diesem Zusammenhang einige Fragen zu benennen. „Bei der Analyse der ökonomischen Formen können (...) weder das Mikroskop dienen noch chemische Reaktionen. Die Abstraktionskraft muß beide ersetzen“, schrieb Marx. (Das Kapital, MEW 29, 12)

Deshalb ist es irreführend, bei der Charakterisierung des Unterfangens DDR bisweilen vom „Versuch“ zu sprechen. Menschen als Versuchsobjekte zu betrachten, ist bei der kapitalistischen Jagd nach Maximalprofiten zwar üblich, aber für Sozialisten absolut unzulässig.

Hier sind meine Fragen:

Erstens: Wie war es von Parteitag zu Parteitag um die objektive Einschätzung unseres gesellschaftlichen Voranschreitens bestellt? Zunächst erschien es verständlich, in einem bestimmten Rhythmus immer wieder epochale Fortschritte

festzustellen. Da waren Grundlagen des Sozialismus gelegt worden, konnte dessen umfassender Aufbau in Angriff genommen werden, wurde vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse gesprochen, ging es um das gesellschaftliche System des Sozialismus und die Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Zusammenfassend wurden schließlich unsere Anstrengungen als real existierender Sozialismus charakterisiert. Befanden wir uns aber nicht immer noch inmitten des sozialistischen Aufbaus? Damit wird m. E. der historischen Größe einer allseitigen revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Beendigung einer ausbeutungintensiven Vorgeschichte der Menschheit durch die Anbahnung umfassender Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit durchaus entsprochen. Der Aufbau des Sozialismus ist eben das Werk mehrerer Generationen, folglich ein langfristiger geschichtlicher Prozeß. Zugleich sind in bestimmten Zeitabständen gesellschaftliche Kriterien auszuarbeiten und zur Geltung zu bringen. Dabei muß man die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse als Bewegungsformen gesellschaftlicher Produktivkräfte, das errungene Niveau der materiell-technischen Basis und den realen Entwicklungsstand politischer Erkenntnisse und Motivationen analysieren. Es gilt, Fortschritte weder kleinzureden noch zu übertreiben.

Zweitens: Ernst Albrecht ist zuzustimmen, wenn er im RF-Extra schreibt: „Es ist uns nicht gelungen, das Volkseigentum ... als gesellschaftliches Verhältnis im Marxschen Sinne herauszubilden.“ Zugleich macht er darauf aufmerksam, daß wir das notwendige Zusammenwirken ideeller und materieller Faktoren unterschätzt haben.

Meines Erachtens ist für den künftigen Aufbau sozialistischer Gesellschaften der Schluß zu ziehen: Das Volkseigentum hat sich immer im Wettbewerb verschiedener Eigentumsformen zu bewähren und das sozialistische Leistungsprinzip ist eine der wirksamsten Gestaltungsmöglichkeiten, um den Erfolg ideeller und materieller Faktoren miteinander zu verbinden. Deshalb war es gerade aus marxistischer Sicht national und international strategisch nicht richtig, Betriebe mit staatlicher Beteiligung, die vorwiegend Konsumgüter produzierten, in den siebziger Jahren ganz in Volkseigentum zu überführen.

Entsprechend der Leninschen Lehre von den „ökonomischen Kommandohöhen“ waren das Finanzsystem in Staatshand, die Schlüsselindustrien volkseigen und der Außenhandel Bestandteil differenzierter

Planung. Das Volkseigentum darf jedoch im Sozialismus keineswegs vom Vergleich aller Eigentumsformen ausgeschlossen werden. Geraten beim ökonomischen Wettbewerb zwischen Volkseigentum, Genossenschaften der Landwirtschaft und des Handwerks, Firmen mit staatlicher Beteiligung und privaten Unternehmen volkseigene Betriebe auf den Gebieten der Bedarfsdeckung, der Produktivität und der Ökologie ins Hintertreffen, dann ist das nicht dem Volkseigentum anzukreiden, sondern unzulänglichen zentralen und dezentralen Leitungsmethoden, überzogener Bürokratie und anderen Ursachen zuzuschreiben. Für alle Eigentumsformen im Sozialismus ist jedoch ökonomischer Wettstreit ein wesentlicher Effektivitätsfaktor. Monopolisierung erweist sich da als keineswegs förderlich.

Auch die Identifizierung aller Werktätigen mit dem Volkseigentum, die Verbindung materieller und ideeller Faktoren hängt weitgehend von der differenzierten Anwendung des Leistungsprinzips ab. In der DDR gab es gleiche Bildungschancen und eine soziale Grundsicherung, ohne daß sie für alle Schichten schon optimal waren. Aber das Leistungsprinzip beruhte nicht immer auf objektiven Kriterien und wurde bei weitem nicht in allen Bereichen konsequent angewandt. Hinzu kam, daß finanzielle Vergütungen häufig nicht sofort nach Bedarf konsumtiv umgesetzt werden konnten.

Hängt jedoch das persönliche Wohlergehen von der eigenen Leistung ab, sind die Arbeitenden unmittelbar am Ertrag des Betriebes beteiligt und bei Betriebsverlusten auch entsprechend benachteiligt, dann spüren sie konkret die Vorteile und Sorgen sozialistischer Eigentümer. Reale Leistungsvergleiche bereiten den Boden für fundierte Kritik und Selbstkritik, trennen die Spreu vom Weizen und sind Bestandteil effektiven Arbeitskräfteeinsatzes. Lenin gab sozialistischen Leitern den Rat, sich nicht mit Jasagern zu umgeben, sondern mit sachkundigen Kritikern. Für jede Variante des Denkens und Handelns gibt es oftmals Alternativen. Sie durch Volksbeteiligung, einen Wettstreit der Ideen und kritische Hinterfragung zu erkunden und umzusetzen, stärkt die sozialistische Demokratie. In Forschungskollektiven werden leidenschaftliche Enthusiasten ebenso gebraucht wie scheinbar hartnäckige Bremser, die sich oft als gute Organisatoren, Systematiker und kühle Rechner erweisen. Der Sozialismus muß Raum dafür bieten, jeden nach seinen Fähigkeiten und seinem Leistungsvermögen in der Gesellschaft mitwirken zu lassen.

Prof. Dr. Harry Milke

Bedarf Lenins Imperialismus-Theorie der Weiterführung? Über „Fenster“ in die Zukunft

Die heutige Welt zu betrachten und wie RF-Autor Klaus Baunack – zu dem Schluß zu kommen, die Leninsche Imperialismustheorie gelte noch immer, es bleibe trotz Neuem alles beim alten, hilft uns nur bedingt weiter. Wir sollten uns vielmehr fragen: Wie sieht der Kapitalismus jetzt aus, wo steht er, und welche Möglichkeiten des Kampfes gegen ihn eröffnen sich weltweit?

Daß wir die Potenzen des Kapitalismus früher teilweise falsch eingeschätzt haben, besonders seinen historischen Stand, seine Lern- und Anpassungsfähigkeit, dürfte inzwischen unbestritten sein.

Lenins Theorie erfaßte die Vorgänge, die sich in der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in der internationalen Arena ereigneten. Neben den alten Kolonialmächten begannen damals neue kapitalistische Länder auf den Plan zu treten und danach zu streben, ebenfalls Weltreiche (Imperien) zu schaffen. Diese Erscheinung erhielt allgemein den Namen Imperialismus. Es zeichnete sich ab, daß sich die Staaten – weil die Welt aufgeteilt war – dabei ins Gehege kommen würden.

Lenin gelangte bei der Analyse dieses Geschehens zu dem Schluß, daß ihm Veränderungen in der Ökonomie der entwickelten kapitalistischen Länder zugrunde lagen. In ihnen hatte die Kapitalkonzentration einen solchen Grad erreicht, daß sie an Monopole heranreichte, die – mit den jeweiligen Nationalstaaten verbunden und sie ausnutzend – darauf drängten, ihren Ländern immer mehr Rohstoffquellen und Absatzmärkte anzugliedern, Konkurrenten zu verdrängen und Imperien zu bilden, in deren Grenzen sie die ausländische Konkurrenz weitgehend ausschalten konnten, in denen also das nationale Kapital eine Art Monopolstellung einnahm.

Lenins Imperialismustheorie ist verknüpft mit den Thesen von der unter die kapitalistischen Großmächte verteilten Welt, der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, den imperialistischen Kriegen als Mittel des Kampfes um die Neuaufteilung der Interessenssphären und daher der Möglichkeit des Sieges der Revolution zunächst in einem Land, dem „schwächsten Kettenglied“. Das war damals Rußland. Die russische Revolution hätte (damit rechnete Lenin) als Zündfunke für nachfolgende Revolutionen in entwickelteren Ländern dienen können, besonders in Deutschland, wo günstigere Bedingungen für einen sozialistischen Aufbau bestanden hätten.

Das war neu gegenüber dem früher von Marx und Engels vertretenen Standpunkt, daß der Sozialismus nur in allen entwickelten Ländern zugleich siegen könne. Aber es entsprach der veränderten Situation, die besonders mit dem Ersten Weltkrieg entstanden war. Die

russischen Revolutionen, vor allem die Oktoberrevolution, bestätigten Lenins Voraussicht. Daß die Weltrevolution ausblieb, besonders aber daß die Revolution in Deutschland nicht siegte, konnte Lenin zum Zeitpunkt seiner Imperialismusanalyse nicht ahnen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden zunehmend neue Verhältnisse im kapitalistischen Teil der Welt (auch als ein Nebenprodukt des Befreiungskampfes der Völker), die eine freiere Kapitalbewegung ermöglichten: Die Entkolonialisierung schritt voran, und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) trat 1947 in Kraft. Es ging in die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO) ein.

Sicher: Die Senkung der Zölle und der Abbau anderer Hindernisse gegen den freien Kapitalverkehr erlaubten es dem stärksten Kapitalismus, dem der USA, in ihm vorher durch staatliche Grenzen versperrte Räume einzudringen, also eine Umverteilung der Welt zu seinen Gunsten voranzutreiben.

Und sicher ist auch: Die vom Kolonialjoch befreiten Länder blieben in vieler Hinsicht an frühere „Mutterländer“ gebunden und werden weiter neokolonialistisch ausgebeutet. Insofern könnte man sagen: Alles beim alten.

Aber die staatliche Unabhängigkeit früherer Kolonien und die Möglichkeiten des freieren Kapitalverkehrs brachten es mit sich, daß die Welt heute nicht mehr staatlich unter die kapitalistischen Hauptmächte verteilt, und vor allem, daß eine fortlaufende Veränderung der Einflusssphären ohne zwischenimperialistische Weltkriege möglich ist. Kriege (unter Ägide der USA) sind jetzt angesagt und werden geführt gegen die Regierungen rohstoffreicher Länder, die sich dem „freien“ Kapitalverkehr aus irgendeinem Grund in den Weg stellen. Aber die Tatsache, daß die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zwischen kapitalistischen Hauptmächten vorerst eher gering ist, muß als äußerst wichtig betrachtet werden. Waren doch bisher imperialistische Weltkriege die Auslöser revolutionärer Situationen und damit Ausgangspunkt für die Möglichkeit des Sieges der Revolution. Demzufolge ist künftig kaum zu erwarten, daß eine einzelne kapitalistische Hauptmacht aus der Kette des Weltkapitalismus herausgebrochen werden kann. Eine neue Chance für den Sieg einer sozialistischen Revolution

in einem der kapitalistischen Hauptländer gibt es demzufolge gegenwärtig und in absehbarer Zukunft nicht.

Hinzu kommt, daß im Zuge der Globalisierung eine gewisse Deindustrialisierung in den alten kapitalistischen Ländern vor sich geht und eine Tendenz der weltweiten Nivellierung der sozialen Standards breiter Massen auftritt. Sie zeigt sich bei uns vor allem im Sozialabbau. Der lenkt die Aktivitäten der Gegenkräfte zunehmend auf die Verteidigung des früher Erreichten. Die Aussichten auf ein „offenes Fenster“ für sozialistische Umwälzungen stehen also dort auf absehbare Zeit nicht gut.

Aufmerksamkeit, Sympathie und Unterstützung verdienen heute vor allem die durch Kubas Beispiel inspirierten Veränderungen der politischen Lage zugunsten linker Kräfte in einigen Staaten Lateinamerikas. Wenn sie auch Brasilien und Argentinien stärker erfassen würden, könnte das zu einem kontinentalen anti-imperialistischen Block führen, der dazu imstande wäre, ernsthafte Schritte zur Einschränkung der Macht der Monopole zu unternehmen.

Von großer Bedeutung für die Zukunft der Menschheit ist der weitere Aufstieg der Volksrepublik China. Wenn es dort gelänge, die auf eine Entwicklung zum Sozialismus orientierende Staatsmacht zu wahren und dabei auch kapitalistische Triebkräfte für den wirtschaftlichen Aufbau zu nutzen, ohne sie das Übergewicht erlangen zu lassen, könnte dem Land bei Aufrechterhaltung der führenden Rolle der KP und einer klugen Sozialpolitik im Laufe der nächsten Jahrzehnte der Marsch an die Weltspitze gelingen. Der Übergang Chinas zum Sozialismus wäre ein Ausgangspunkt für die internationale Arbeiterbewegung.

Das sind z. Z. wohl die am weitesten geöffneten „Fenster“ in dieser Blickrichtung, soweit man das aus der Ferne festzustellen vermag. Was sich aus den politischen Kämpfen der Gegenwart sonst noch ergeben könnte – in welchem Maße der USA-Weltherrschaftsdrang zurückgewiesen und die chinesisch-russische Orientierung auf eine multipolare Welt Erfolg haben wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Ein strategisches oder auch nur taktisches Zusammengehen von Rußland und China sowie vertiefte Beziehungen dieser Großmächte zu afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten könnten zu einer völlig neuen Konstellation führen. Hinzu kommen zweifellos auch die Potenzen kommunistischer Parteien in Ländern wie Griechenland, Portugal und Indien – um nur drei Beispiele dafür zu nennen, wo die revolutionäre Linke besondere Stärke besitzt.

Unser Leser **Guntram König**,
am Mühlfeld 2, 01744 Paulsdorf,
bereitet ein

Buch über die GST vor.

Er interessiert sich für Materialien
zu dieser Thematik ab 1950.

Prof. Dr. Heinz Wachowitz

Heiligendamm wurde als erstes deutsches Seebad 1793 vom mecklenburgischen Fürsten Friedrich Franz gegründet. Das prunkvolle Kurhaus im klassizistischen Stil und die hellen Sommervillen der „Weißen Stadt am Meer“ dienten vor 1945 der „Erholung“ begüterter Nichtstuer. Zu DDR-Zeiten betrieb der FDGB hier Hotels und Pensionen, in denen Werktätige zu niedrigen Preisen ihren Urlaub verleben konnten. Das hatte mit dem Untergang des Sozialismus sein Ende. Lange tat sich nichts in Heiligendamm. Etliche Häuser verfielen. Die Villen standen zum Verkauf. Das Kurhaus und Gebäude in seiner Nachbarschaft putzten sich unter neuen Eigentümern zum Kempinski-Nobel-Hotel heraus. Zwei Tage wohnte dort im Vorjahr USA-Präsident George W. Bush.

Anfang Juni findet in Heiligendamm der nächste G-8-Gipfel statt. Seit Monaten beschäftigt dieses Ereignis nicht nur die Menschen im Gebiet um Bad Doberan. Der Ärger über die Begleitumstände des Spitzentreffens der sieben führenden imperialistischen Mächte und Rußlands schwillt weiter an.

Zuerst richtete sich der Protest gegen die kolossalen Kosten. Nur tröpfchenweise deutete man an, welches gewaltige Maß der Aufwand zur Absicherung der Zusammenkunft annehmen werde. Dann gaben Diplomaten teilnehmender Länder bei Vorabinspektionen Heiligendamm „gute Noten“. In der Bevölkerung aber löste die hermetische Abriegelung der Tagungsstätte durch 2,50 Meter hohe, in Beton befestigte Zäune aus 4600 jeweils 75 kg schweren Stahlgittern, 2,45 m breit und

Deutschlands ältestes Seebad wurde zu einer abgeriegelten Festung Die „Weiße Stadt am Meer“ im Würgegriff von Gipfelpolitikern

mit unüberwindlichem Stacheldraht darüber, großen Unmut aus.

Doch damit nicht genug. Die polizeilich-geheimdienstlichen Maßnahmen zur Abschirmung des kapitalistischen Weltwirtschaftsgipfels haben Folgen. So sind der Badestrand und die Ostsee für Privatboote auf einem 20 Kilometer langen Abschnitt zwischen Kühlungsborn und Elmenhorst gesperrt. Rund um Kempinski ist ein fünf bis zehn Kilometer breiter „Maßnahmeraum“ geschaffen worden. In dieser Zone sind während des Treffens keinerlei Willensbekundungen gestattet. Selbst der beliebte „Molli“, die Kleinbahn von Doberan nach Kühlungsborn, muß den Verkehr für zehn Tage einstellen.

All das aber kann nicht verhindern, daß zahlreiche empörte Bürger nach Mecklenburg-Vorpommern strömen. Eine internationale Großdemonstration von 40 verschiedenen Aufrufern wird in Rostock stattfinden. Unterschiedliche linke und antiimperialistische Kräfte wollen daran teilnehmen.

Am 5. Juni soll ein „Alternativ-Gipfel“ eröffnet werden. Etwa 100 Workshops sind allein in Rostock vorgesehen. Auf einem Konzert will u. a. Herbert Grönemeyer

auftreten. Politiker, Wissenschaftler, Künstler und andere prominente G-8-Kritiker aus 22 Ländern von vier Kontinenten haben eine Protesterklärung unterzeichnet. Ein Tag gehört dem Widerstand gegen Militarismus und Krieg, wobei eine Blockade des Militärflughafens Rostock-Laage geplant ist. Dort war USA-Präsident Bush zur Visite bei seiner europäischen Lieblingspolitikerin Angela Merkel gelandet.

Mindestens 250000 Demonstranten werden von den Organisatoren erwartet. Die Medien schüren unterdessen die Abneigung der Einwohner gegen angeblich drohende „linke Krawalle“. 16000 „Ordnungshüter“ wollen mit Schallkanonen und Wasserwerfern gegen „Randalierer“ vorgehen. Krankenhäuser erklärten, sie seien für die Massenaufnahme Verletzter nicht gerüstet. Die Haftanstalt Bützow soll für die Einlieferung festgenommener Prostituer geräumt worden sein. Allein Touristikfirmen zeigen sich erfreut. Das Heiligendammer Großereignis werde der Hotellerie in M-V einen wahren Boom bescheren. Arbeiter und Erwerbslose dürften davon kaum etwas haben.

Dr. Helga Ewert, Rostock

Erinnerungen an Heiligendamm

Bevor bei uns die großen Gewerkschaftsheimen für Hunderttausende Urlauber entstanden, haben wir in zwei Sommern mit dem Kulturbund Ferien gemacht: einmal in sehr individuell vergebenen Zimmern des Gerhart-Hauptmann-Hauses auf Hiddensee (mein Vater hatte dort 1946 mit Johannes R. Becher und vier anderen Männern den Sarg des Dichters zum Grab getragen), das zweite Mal in Heiligendamm. Von Beginn an war Peter Alfons Steiniger für den Kulturbund und seine damals sehr populäre Zeitschrift „Aufbau“ tätig gewesen. In der Gründungsstunde der DDR gehörte er mit Viktor Klemperer und anderen zur KB-Fraktion der Provisorischen Volkskammer. So ergab es sich, daß er und seine Familie für Ende Juni 1953 zu einem Erholungsaufenthalt auf eigene Kosten in das Heiligendammer Kulturbundheim eingeladen wurden. Die wenigen Mitgäste im kleinen Haus an der Strandpromenade waren überschaubar: DT-Intendant Wolfgang Langhoff und Frau Renata mit den Söhnen Thomas und Matthias, der Maler Prof. Otto Nagel und dessen Frau Wally, der Chemiker Prof. Erich Correns, Präsident des Nationalrats der Nationalen Front, mit Familie. Die Gäste genossen die See, debattierten bis in die Nächte und spielten gelegentlich auch Tischtennis.

Eines Tages wurde mein Vater aus Bad Doberan, zu dem Heiligendamm als Ortsteil gehört, dringend „angefordert“. Warum? Kurz nach dem 17. Juni war man in Westberlin darauf verfallen, an „hungernde Ostler“ bei Vorlage des Personalausweises eine Kilodose Schmalz auszugeben. Unsere Transportpolizei machte deshalb in den aus Berlin kommenden Zügen Gepäckkontrollen. Dabei hatte sie in der Tasche einer Doberaner Schrankenwärterin die gesuchte Büchse gefunden. Obwohl sie selbst zwei Schweine mästete, war die Frau zur Entgegennahme der „Spende“ eigens in den Westen gereist. Von einer Bestrafung wurde abgesehen. Dafür dröhnte es aus einem Lautsprecherwagen, Prof. Steiniger aus Berlin wolle Frau Soundso am ... um ... dort und dort sprechen.

Am Tag der ungewöhnlichen Versammlung war die halbe Stadt auf den Beinen. Erich Correns hatte uns mit seinem privaten F 8 nach Doberan gebracht. Frau Soundso war mit ihrer gesamten Familie erschienen. Sie zitterte vor Aufregung. Doch im öffentlich geführten Gespräch zählten nur Argumente. Die Büchsen-Abholerin wurde nicht fertiggemacht. In jener Zeit rang man um jeden einzelnen. Am Ende der stürmischen Debatte war das Vertrauen in die DDR-Politik gewach-

sen. Auch Frau Soundso, die ihren Fehler zugab, hatte einiges hinzugelernet.

Übrigens: Am Abschiedsabend im Kulturbundheim von Heiligendamm ging es hoch her. Zu vorgerückter Stunde schüttete ich den Inhalt eines Glases, der einen der Langhoff-Söhne treffen sollte, auf Wally Nagels cognacfarbenes Kostüm. Meine Entschuldigung nahm sie nicht an. Beim Ins-Bett-Gehen stellte ich ein neues Malheur fest: Unter Anleitung von Erika Correns hatten die jungen Leute die Knopflöcher und Hosenbeine meines Schlafanzugs zugenäht. Später entdeckte ich auch noch, daß mein Rasierpinsel gestutzt worden war.

Seit diesem Klamauk sind 54 Jahre vergangen. Die alten Langhoffs, die Nagels sowie Erich und Erika Correns und mein Vater sind lange tot. Aus den Langhoff-Söhnen wurden berühmte Theaterleute. Ich würde die kleine Geschichte hier nicht erzählen, wenn besagte Villa, die in jenen Tagen dem Kulturbund zur Verfügung stand, heute nicht zum stacheldrahtbewehrten Kempinski-Komplex superreicher Tagediebe gehörte, in dem sich Anfang Juni die obersten Repräsentanten der sieben großen Weltverderber und Rußlands einlogieren.

Klaus Steiniger

Von den Schwarzen Listen des Ministers Meyer zur Kampagne gegen Volker Külow Dresdner Hexenjagden

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde brachte im vergangenen Jahr das Doppelheft 3 und 4/2006 ihrer hervorragenden Zeitschrift „Icarus“ heraus. In dessen Mittelpunkt stand eine Würdigung der Opfer der Konterrevolution 1989/1990.

Pfarrer Dr. Dieter Frielinghaus schrieb im einleitenden Artikel: „Zu den vielen in unserem Lande seit dem Herbst 1989 von eigener Hand vollzogenen Toden möchte ich aus Ehrfurcht nicht ‚Selbstmord‘ sagen. Doch ein Freitod war es auch nicht, diese Menschen waren entehrt, gejagt, gequält, in die Aussichtslosigkeit getrieben.“ „Icarus“-Chefredakteur Dr. Peter Michel berichtet in seinem Beitrag, eine Anfrage bei der Gauck/Birchler-Behörde nach der Zahl der so um Leben Gekommenen sei mit der Antwort beschieden worden: „Darüber führen wir keine Statistik.“ Dabei sind doch viel mehr Opfer der Konterrevolution zu beklagen, als es Tote an der „Mauer“ gegeben hat.

Eine Spur der Schande

- Etwa 30 Millionen (!) Bücher aus DDR-Verlagen wurden auf Müllkippen „entsorgt“, ein Vorgang, den man mit der Bücherverbrennung der Faschisten vergleichen kann, wenn er sie auch quantitativ um ein Vielfaches übertraf.
 - Von den einst etwa 19 000 Büchereien in der DDR wurden mittlerweile 16 500 geschlossen. DDR-Literatur ist in den meisten noch existierenden Bibliotheken nicht mehr vorhanden.
 - Die Leiter der 152 Theater in der DDR, der 135 Solistengruppen, 42 Theaterchöre, 41 Theaterballette, von 1053 Klubbäusern, 636 Museen und 102 Zoologischen und Heimattiergärten wurden zu einem großen Teil gemeinsam mit ihren Einrichtungen „abgewickelt“.
 - Die zahlreichen kleinen Galerien des Kulturbundes sind – bis auf wenige Ausnahmen in neuer Trägerschaft – verschwunden.
 - Beim Abriß des DDR-Außenministeriums wurden vier Wandbilder Walter Womackas unwiederbringlich vernichtet. Der Maler hielt sie für seine besten baugebundenen Werke. Es fehlte – trotz vorhandener technischer Möglichkeiten – der politische Wille, sie vor dem Abriß zu bergen.
 - Willi Sittes Gemälde im Haus am Köllnischen Park Berlin wurde von der PDS entfernt, weil es angeblich die geplante Neugestaltung des Foyers störte, und an einen Gewinn witternden Gebäudemakler aus Frankfurt am Main veräußert, der es zum Zweck des Weiterverkaufs in 16 Einzelteile zerlegte.
- Dr. Peter Michel in „Icarus“, Nr. 1/2007

Zu den Opfern des reaktionären Umsturzes zählen auch die Tausende, die nach der Richtlinie Kinkels, „die DDR zu delegitimieren“, von der Siegerjustiz inhaftiert oder verurteilt wurden. RA Dr. Friedrich Wolff berichtet von 225000 betroffenen Antifaschisten, denen 98042 nach 1945 zeitweilig beschuldigte Nazis gegenüberstehen.

Zu den Todesopfern der Konterrevolution zählt der Schöpfer des antifaschistischen Museums, Prof. W. Schüller. Es existierte bis 1996 in der Dresdner Mahn- und Gedenkstätte am Münchner Platz; danach wurde es beseitigt.

W. Welkerling schreibt im genannten „Icarus“, daß sich die jetzt Herrschenden bis auf den heutigen Tag als unfähig erwiesen haben ... „nach eigenem Credo eine neue, geschweige denn gleichwertige Dauerausstellung folgen zu lassen“.

Prof. Schüller sah 1989/90 in der BRD keine Zukunft für sich. Er ahnte voraus, was dann mit der Annexion der DDR durch die BRD eintrat. Die Schwarzen Listen des Sächsischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst bestätigten diese Entwicklung auf besonders infame Weise.

Auch die Debatte zu ihnen im Sächsischen Landtag warf ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis dieses Parlaments.

Hat sich daran inzwischen irgend etwas geändert?

Die Schwarzen Listen des CDU-Ministers Meyer wirken bis in unsere Tage.

Am 9. Februar brachte die „Sächsische Zeitung“ unter der Schlagzeile „Stasi-Akte belastet PDS-Landtagsabgeordneten“ eine Spitzenmeldung auf Seite 1 über Volker Külow, der sich zum Schrecken des Konzernblattes angesichts der üblichen MfS-Bezeichnungen als „engagierter DDR-Bürger“ bezeichnete und erklärte, er stehe zu seiner politischen Vergangenheit.

Zu den Schwarzen Listen konnte man 1992 in der Presse lesen: „Minister Meyer verhängt Berufsverbote.“ Die SZ teilte damals

mit, der Sächsische Datenschutzbeauftragte überprüfe „gravierende Vorwürfe“. Am 9. Februar zitierte die SZ Sachsens früheren Innenminister, den berüchtigten Scharfmacher Heinz Eggert (CDU): „Stimmen die Anschuldigungen, dann hat der Mann im Sächsischen Landtag nichts verloren, da er nicht vom Steuergeld seiner ehemaligen Opfer bezahlt werden darf.“

Seit Jahren sitzt Pfarrer Eggert im Landtag mit den Abgeordneten der neofaschistischen NPD unter einem Dach. Man hat von ihm noch kein Sterbenswörtchen gehört, daß er sich gegen deren Anwesenheit gewandt hätte oder dagegen, daß diese Braunen, die sich öffentlich zu Hitler und zum „Dritten Reich“ bekennen, nicht von unseren Steuergeldern bezahlt werden dürfen.

Külows Akten wurden aus zerrissenen Schnipseln von der Birchler-Behörde wieder zusammengesetzt. Das heißt, es wird nichts unversucht gelassen, um auch sechzehneinhalb Jahre nach dem Einmarsch der BRD in die DDR Menschen zu „entehren, zu jagen, zu quälen und in die Aussichtslosigkeit zu treiben“, nur weil sie den Staat, in dem sie lebten, als den ihren betrachteten und ihm bewußt dienten. Einem Staat, dessen Entwicklung große Männer wie Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger mit „tiefer Anteilnahme“ verfolgten.

Dr. Peter-Michael Diestel erinnerte im „Icarus“ an das Schicksal des PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Gerhard Riege, dessen Freitod Pfarrer Gauck „mit seinem Gewissen ausmachen“ müsse. Riege wurde im Bundestag „mit wüsten Beschimpfungen, ordinären Ausdrücken und dümmlichen Einwüfen“ bedacht. Er zerbrach daran und beging am 15. Februar 1992 Selbstmord.

Wie lange noch sollen Ehrabschneiderei, Berufsverbote und die Verfolgung Andersdenkender Bestandteil der „Demokratie“ in der BRD sein?

Gerhard Lehmann, Dresden

Verleihung einer Ehrenbürgermedaille

„Hinterm Rücken baut er doch nur Mist.“
„Dafür leckt er weiter unten um so besser.“

Karikatur:
A. Merinow



Am 1. Oktober 1990 traf mich ein doppelter gesellschaftlich bedingter Schicksalsschlag. Meine erzwungene Emeritierung mit dem Abbruch aller bisherigen wissenschaftlichen Kommunikationsstränge war ausgesprochen und meine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit als Vertreterin der DDR in der UNO-Kommission „Zum Rechtsstatus der Frau“ beendet. Eine doppelte „Abwicklung“ hatte stattgefunden.

1990 war ich eine national und international geachtete Forscherin und Hochschullehrerin auf dem Gebiet der Ethik und der Frauenforschung, ausgewiesen durch Einladungen zu Vorträgen aus dem In- und Ausland, Vorlesungen, Betreuung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Leitung von Forschungsgruppen, Vertretung der Ethik und Frauenforschung in wichtigen nationalen Gremien und entsprechenden Publikationen. 1968 veröffentlichte ich mein Buch „Frau als Persönlichkeit“, das kurz danach in zweiter Auflage erschien und ins Japanische übersetzt wurde. Als erste Arbeit zur Problematik in der DDR lehnten manche männlichen Kollegen sie als philosophisch nicht relevant ab, doch war die Resonanz groß. Ich erhielt den Ruf als Hochschuldozentin für Ethik. Die Fülle der Aufgaben forderte mich heraus, meine Fähigkeiten zu entwickeln. An der Humboldt-Universität gründete ich den Forschungsbereich Ethik an der Sektion Philosophie, wo ich nach erfolgter Habilitation 1974 zur ordentlichen Professorin für Ethik berufen wurde.

Am 27. 7. 1935 in Danzig als zweite Tochter der Hausfrau Maria und des Kranfahrsers Paul Ivertowski geboren, erfuhr ich nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Heimatstadt, was es bedeutet, Deutscher 2. Klasse zu sein. (Schmerzlich war die Wiederholung 1990 als nun ehemalige DDR-Bürgerin.) Als der gegen die Sowjetunion geführte Angriffskrieg zurückkehrte und nur verbrannte Erde übrigblieben sollte, waren wir als Einwohner „unnötiger Ballast“. Ich begrub als Neunjährige Leichen. Mein Vater wurde 1938 verhaftet und vom Freisler-Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Alliierten befreiten ihn aus dem Todeslager. Lebenserfahrungen prägten so meine antifaschistische Überzeugung.

Als stellvertretendes Ratsmitglied der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation) und seit 1975 als Expertin in der UNO waren meine Forschungen zu Ethik und Frauenfragen Grundlage meiner Tätigkeit. So war ich wesentlich an der Ausarbeitung der Konvention „Zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ beteiligt und brachte dann die Deklaration „Über die stärkere Einbeziehung der Frauen in den Friedenskampf“ ein. Sie wurde 1983 durch die UNO-Vollversammlung angenommen. An den Nairobi-Strategien arbeitete ich mit. Mehrmals wurde ich als Präsidentin und Vizepräsidentin von Tagungen der Kommission „Zum Rechtsstatus der Frau“. 1980 war ich 1. Vizepräsidentin für Koor-

dinierung der 2. UNO-Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen.

Kraft für meine umfangreiche Tätigkeit schöpfte ich aus meiner Familie. Mein Mann, selbst Wissenschaftler, versorgte oft die drei Kinder. Familienpflichten teilten wir nach Absprache auf. Das Betreuungssystem für Kinder in der DDR, kostengünstig und qualifiziert, half uns. Angst vor Arbeitsplatzverlust, etwa wegen der Kinderbetreuung, kannten wir nicht. „Abwicklung“ richtete die neue westdeutsch dominierte Obrigkeit darauf aus, bisher leitendes Personal in Forschung und Lehre durch unterschiedliche Formen der Ausgliederung schöpferischer Potenzen ins Abseits zu stellen: Kündigungen wegen angeblich fehlenden Bedarfs oder persönlicher Nichteignung. Manches davon hielt vor Gericht nicht stand. Es gab persönliche Diffamierungen, die bis zum Suizid führ-



Illusion. Alles, was den Stempel DDR trug, verfiel der Verurteilung.

Ich verkraftete die doppelte „Abwicklung“ mit Konsequenzen für meine wissenschaftliche Arbeit, für das persönliche Leben, für meinen Ruf in der Gesellschaft und für meine Schülerinnen und Schüler, denen ich nur noch bedingt helfen konnte. Dafür suchte ich mir neue ehrenamtliche Wirkungsfelder außerhalb der Universität. Ich benenne in drei Punkten summarisch die Konsequenzen der Abwicklung, wobei die damit geschlagenen Wunden für die

Persönlichkeit außer Betracht bleiben:

Erstens: Ich wurde zur Unperson an der Universität, der ich seit 1953, mit Unterbrechungen, angehörte. Während in der DDR die Emeriti weiter in das Hochschulleben einbezogen waren, gab es für mich keine Einladungen der Universität, Betreuungsarbeiten waren nicht möglich,

Wie eine Spitzenwissenschaftlerin doppelt „abgewickelt“ wurde Der Verlust von Uni und UNO

ten. Es fehlte nicht an Empfehlungen zu Rückstufungen gegenüber den Berufungen in der DDR. Hinzu kam der „Tip“, mit 55 Jahren in den Vorruhestand zu gehen. Nach Beratungen in der Familie nahm ich an: Gesundheitliche Blessuren durch die Überbeanspruchung meiner Kräfte waren zu berücksichtigen. Eine Phase der beginnenden Nichtanerkennung, von Verdächtigungen und Denunziationen stand uns bevor. Mein Mann, der wichtige Aufgaben an der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Rettung der Gelehrtensozietät übernahm, war diesem Druck ebenfalls ausgesetzt. Entgegen unserer Auffassung von der Gleichstellung der Frau auch in der Familie bissen wir in den sauren Apfel und entschieden, daß ich das Familienhinterland aufrecht erhielt, mit der Sorge um erwachsene Kinder, deren Partner und die Enkel (inzwischen sind es sieben).

Die UNO-Kommission wählte mich am 26. 2. 1990 (für zwei Jahre) in Wien zur Präsidentin der Tagung mit dem Charakter einer Weltfrauenkonferenz. Amtsinhaberinnen der UNO wie die stellvertretende Generalsekretärin für den Sozialbereich, die Direktorin für Frauenfragen und zahlreiche Delegationen lobten die Arbeit der Präsidentin wegen hoher Sachkenntnis, einfühlsamer Tagungsleitung und dem Streben nach Ausgewogenheit. Persönlichkeiten drückten mir gegenüber den Wunsch aus, mit der erwarteten deutschen Vereinigung die Errungenschaften für die Frauen in der DDR in den neuen Staat hinüberzueretten. Das war bei unserer Ohnmacht nach der „Abwicklung“

Vorlesungen und Vorträge wollte man nicht. Es war so, als ob ich dort nicht gelehrt, geforscht und publiziert hätte. Das 1989 in 2. Auflage publizierte Ethik-Hochschullehrbuch, unter Leitung von U. Wilke und mir mit den Ethikern der DDR erarbeitet, bis dahin Grundlage der Lehre, spielte keine Rolle mehr. In der Frauenforschung ignorierten manche Ergebnisse und Erfahrungen unserer vorherigen Arbeit. Das Rad wurde neu erfunden.

Zweitens: Meine UNO-Tätigkeit endete ebenfalls abrupt. Da 1991 die DDR nicht mehr existierte, wollte ich, wie in UNO-Regeln vorgesehen, die neu zu wählende Präsidentin 1991 einführen, doch das Auswärtige Amt der BRD teilte mir auf Anfrage mit, ich könne ja privat fahren, was ich ablehnte. Auf Konferenzen redeten manche BRD-Vertreter, Ausnahmen bestätigen die Regel, die UNO-Aktivitäten der DDR, nicht nur zu Frauenfragen, klein. Proteste halfen nichts. Die Zusage, eine verfälschende Darstellung im publizierten Material zu korrigieren, hielt man nicht ein.

Drittens: Auf Grund einer falschen Einschätzung des damaligen Bundesministeriums über die schnelle Angleichung der Lebensbedingungen und Renten in Ost und West muß ich nun mit einem Bruchteil der mir eigentlich zustehenden Rente leben. Da wir Bescheidenheit gelernt haben, kommen wir damit zurecht. Doch die Lebensleistung wird herabgewürdigt.

Prof. Dr. Helga Hörz
Mit Genehmigung von WIR FRAUEN
(www.wirfrauen.de)

Wie die BRD-Fahnen nach Leipzig kamen Beobachtungen an der A 4

An einem Montag im Herbst 1989 befanden wir, meine Frau und ich, uns im Trabant auf dem Weg von Meerane nach Glauchau. Auf der hohen Straße, unweit der Autobahnausfahrt Meerane der A 4, hielten sechs PKWs vom Typ Trabant, alle mit jungen Männern besetzt. Es schien uns, als warteten sie auf irgend etwas. Wir stellten uns an den gegenüberliegenden Straßenrand, um das Geschehen zu beobachten. Es dauerte nur einige Minuten, dann kam ein großer Wagen mir damals unbekannter Marke. Ihm entstieg ein kräftiger Mann in mittleren Jahren. Er begab sich direkten Weges zu den Trabantbesetzungen. Sie waren sich offenbar einig, denn er ging zu seinem Fahrzeug zurück und holte nach und nach ganze Arme voller Tragefahnen der BRD. Es gab noch einige Hinweise sowie ein kleines Päckchen Geldscheine, dann machte sich

die Truppe auf den Weg zur Demonstration in Leipzig. Ich war sehr aufgebracht, aber meine Frau hielt mich von einer Einmischung in dieses Spiel ab. So beschränkte ich mich darauf, das Ereignis bei uns im Kreis sofort mitzuteilen. Als wir am Abend dieses Tages dann im Fernsehen die Bilder von der DDR-Botschaft in Prag sahen, wo ganze Familien, wie von Schäferhunden gehetzt, über den Zaun „gerettet“ wurden, während gleichzeitig die Demonstranten mit Tausenden BRD-Fahnen durch Leipzig zogen, wurde uns klar, daß sich bei dieser hochgepeitschten Hysterie auch Leipziger unter den „Wir sind ein Volk“-Rufenden befanden. Doch sie dürften wohl kaum die Mehrheit gebildet haben.

Heute wird oft vergessen, daß namhafte Persönlichkeiten der später zur „Heldenstadt“ hochstilisierten Messe-Metropole

den weltbekannten Leiter und Dirigenten des Gewandhausorchesters, Kurt Masur, in jenen Tagen befragten, ob er bereit wäre, das Amt des Staatsratsvorsitzenden zu übernehmen. Masur erklärte damals sein Einverständnis, stellte jedoch die Bedingung, daß die DDR als Staat erhalten bleibe.

Die im Hintergrund dieser Vorgänge agierenden Drahtzieher, die es verstanden, die niedrigsten Instinkte von Menschen wie Habsucht und das Bestreben, auf Kosten anderer zu leben, zu wecken, brachten damit den ersten Versuch, ein friedliches, antifaschistisches und damit demokratisches Deutschland zu schaffen, zu Fall. Leider werden wir alten Genossen nicht mehr erleben können, wenn eines Tages die Karten gänzlich aufgedeckt und Geldgeber wie Verräter beim Namen genannt werden.

Manfred Wulf

Brief aus der „Heldenstadt“ Den Parteien laufen die Mitglieder davon

Dem Leipziger SPD-Bundestagabgeordneten Weißgerber wird der von tiefer Resignation geprägte Satz zugeschrieben: „Die Deutschen sind kein Volk von Politikern.“ Zeitweilig sah es jedoch beinahe danach aus. Im Herbst 1989 jubelten 100000 Fans der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP, später SPD) und ihrem Chefredner Weißgerber auf dem Karl-Marx Platz frenetisch zu. Auf die große Euphorie folgte schon bald der Katzenjammer. Nur wenige traten ein und etliche nach ein paar Jahren wieder aus. Der SPD-Mitgliederstand liegt in Leipzig bei etwa 1000 Unentwegten, die weiter durchhalten. Sie gehören ganz überwiegend zu den Besserverdienern. Viele der Karrieristen von früher sind jetzt die Karrieristen der Nachfolger. Sachsen kommt auf nicht mehr als 4680 eingeschriebene Sozialdemokraten – für die SPD ein Desaster. Vor allem Arbeiter und Arbeitslose sind durch Schröders nur die Reichen begünstigende Politik der „Mitte“, das Versagen der Parteispitze im vorgetäuschten Kampf gegen die Erwerbslosigkeit und den Abschwung des „Aufschwungs Ost“ ernüchert, inzwischen ausgeschieden. Auch das Gehabe der sächsischen Beifallklatscher beider Berliner Koalitionsregierungen hat sie unzufrieden und wütend gemacht. Bei der hiesigen SPD handelt es sich also um eine „Volkspartei“ ohne Volk – eine bizarre Situation.

Vom Schrumpfungsprozeß sind übrigens die anderen „großen“ Politikverkäufer

nicht minder befallen. Die Sachsen-CDU zählt 14 150 Mitglieder. Das ist ein Drittel weniger als 1995. Immerhin ist sie die „tragende Regierungspartei“ des Freistaates – nach eigener Etikettierung. Das begreift keiner. Da stimmt doch etwas nicht. Auch die PDS mußte erheblich Federn lassen. Deren Rückgang beträgt sogar 50 Prozent auf nunmehr 14220 Genossen. Die Partei ist stark überaltert.

Was die Grünen und die Freidemokraten betrifft, so dümpeln beide in Leipzig bei unter 300 Leuten. Kleingartenvereinsgröße. Wie überall, wo keine Lorbeeren zu ernten sind, gibt es weder eine öffentliche Debatte noch Auseinandersetzungen über die Ursachen und Hintergründe dieser hochgradigen Politikverdrossenheit. Wenn sich die Parteien als „Säulen der Demokratie“ empfinden, sollten sie wenigstens eine Antwort auf die Frage suchen, warum sie in Wahrheit wie Kartenhäuser zusammengefallen sind. Parallel zu diesem Schwächungsvorgang sind auch die Gewerkschaften Erschütterungen ausgesetzt. Die Mehrheit der Mitglieder von DGB-Verbänden hat die Handlungsfähigkeit ihrer im

Westen beheimateten Dachorganisationen bei der Interessenvertretung gegenüber den Globalisierungskapitalisten weit überschätzt und zieht daraus mit Massenausritten die falsche Konsequenz. Klar ist, wem das nützt. **Joachim Spitzner**



Ackermanns Siegerpose oder Wer hierzulande an den Strippen zieht. Collage: Karlheinz Effenberger

Die **Regionalgruppe Freiberg** lädt für den **9. Mai** um **18 Uhr** in das Gesellschaftszimmer des Restaurants „Zur Orgelpfeife“ (Karl-Kegel-Straße) ein. **Prof. Dr. Werner Roß**, Zwickau, spricht über das Thema **Die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung für das 21. Jahrhundert**

Mein Großvater gründete als mit Wilhelm Liebknecht bekannter Handwerksgehilfe in unserem Heimatort unweit Stettins im Jahre 1904 eine SPD-Gruppe. Sein Hauptanliegen war die Abwendung des großen Krieges, der alle bedrohte. Die kaiserlich-konservative Presse trommelte für eine bisher nicht dagewesene Aufrüstung; Panzerkreuzer sollten Gebietsansprüche von Afrika bis China garantieren. Aber auch Bodenschätze und Industrien bei europäischen Nachbarn wie in Ostfrankreich, Belgien und auf dem Balkan erweckten deutsche Begehrlichkeiten. Gewalt wurde nicht ausgeschlossen. „Jeder Schuß – ein Ruß! Jeder Stoß – ein Franzos! Jeder Tritt – ein Brit!“, hieß es damals. Großvater zeigte entsetzt die millionenfach versandten farbigen Postkarten. Er selbst erlebte den Ersten Weltkrieg nicht mehr. Das Wissen um 20 Millionen mit modernster Technik Gemordete blieb ihm erspart. In der eigenen Familie hatte der Krieg mehrere Schwerverwundete gefordert. Im meinem Gedächtnis hat sich aus den Erzählungen der Heimgekehrten das Bild von den Gastoten festgesetzt: Sie standen, hockten, lagen wie lebendige Menschen und waren doch längst erstarrt.

Gefehlt aber hat Großvater gewiß im Jahre 1918/19, als die neu erstandene Republik mit den Entartungen und Verbrechen des Kaiserreiches nur zaghaft und halbherzig abrechnete. „Der Kaiser ging, die Generäle blieben!“, wurde festgestellt.

Als der aus Nazideutschland geflohene Publizist Frank Arnaun zwanzig Jahre später – am 28. Mai 1939 – in Brasilien an Land ging, antwortete er einem Reporter auf die Frage nach den Beweggründen seiner Emigration: „Weil Anfang September der Zweite Weltkrieg beginnen wird.“ Dieser wurde tatsächlich am 1. September 1939 von deutscher Seite mit dem lapidaren Satz vom Zaun gebrochen: „Seit 4.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Gegen Polen! Diese Sondermeldung war eine erbärmliche Lüge, denn niemand hatte auf Deutsche geschossen. Die weiteren faschistischen Eroberungen nach Polen wie Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen und Dänemark waren ebensolche Aggressionen, trugen aber bereits Elemente des Holocaust in sich. Der im Juni 1941 erfolgte Überfall auf die Sowjetunion zeigte neue Züge der Hitlerschen Kriegführung: Zur territorialen Eroberung kam die grausamste Vernichtung aller aus „deutsch-arischer“ Sicht als „rassisch minderwertig oder untüchtig“ Bezeichneten hinzu. Gemeint waren vor allem Juden, Roma und Slawen. Nun ging es gegen den „jüdischen Bolschewismus“.

Bilder aus Nazi-Wochenschauen quälen mich bis heute. Infanteristen der Wehrmacht fackeln mit Flammenwerfern die vielen kleinen Landhäuschen längs der Dorfstraßen ab, die brennenden Strohdächer lodern hoch in den Himmel; Mensch, Tier, Hausrat, alles verkohlt in der Glut. Dann der Rückzug: Speziell konstruierte Dampflokomotiven zerreißen mit einem riesigen Hakenmeißel rückwärtsfahrend Bahnschwellen und Gleise. Nur Wüste

Warum mich die Bilder der Nazi-Wochenschau noch heute quälen Aussage eines Zeitzeugen

bleibt zurück. Und: Mehr als zwanzig Millionen tote Sowjetbürger!

Als Onkel Otto B., Kraftfahrer in einem Kfz-Regiment, im Oktober 1941 aus Weißrußland auf Urlaub kam, waren seine ersten Worte: „Leute, wenn das mal anders kommt, dann Gnade uns Gott!“ Er selbst versank einige Jahre später schwerverwundet mit einem Schiff in der Ostsee. Damit gehörte er zu den über 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges. Er blieb aber nicht der einzige aus der Familie. Denn außer den noch lebenden ehemaligen Weltkriegsteilnehmern waren inzwischen auch vier junge wehrfähige Männer herangewachsen: Werner K., Medizinstudent, verblutete 21jährig vor Smolensk; Werner S., den 19jährigen Holzfuhrmann, zerriß eine Mine im Partisanengebiet; Karl M., den 19jährigen Bauarbeiter, trafen die tödlichen Kugeln an Ostpreußens Grenzen. Von den vier Jüngeren der Familie überlebte nur ich, weil ich als Sechzehnjähriger die Einberufung zu einer Pioniereinheit in Templin zum 24. April 1945 einfach zerriß. Gleichaltrige kamen im Templiner Raum bei der Verteidigung der Panzersperren um. Unsere gesamte Verwandtschaft aber verlor als Folge dieses Krieges ihre Heimat, einschließlich aller Habe im Stettiner Gebiet und in der Neumark. Jedoch, einfach

nur überlebt zu haben, erwies sich als der höchste Gewinn.

Dann, Jahrzehnte später, befahl mich plötzlich wieder großes Entsetzen: Deutsche Flieger – jetzt im NATO-Verbund, jedoch außerhalb allen Völkerrechts – warfen Bomben auf Jugoslawien. Die ersten detonierten am Abend des 24. März 1999, und 35 000 „Luftschläge“ folgten innerhalb der nächsten neunundsiebzig Tage. Für die Ankündigung „Es wird zurückgeschossen“ fehlte diesmal jegliche Basis. Deshalb war schnell „eine dramatische Entwicklung der humanitären Lage im Kosovo“ als Begründung zur Hand. Zahlreiche Dokumente aber beweisen, daß diese „dramatische Entwicklung“ erst mit dem Beginn der pausenlosen Bombardements einsetzte. Der Krieg war von den Westmächten um jeden Preis gewollt. Mit modernster Kampftechnik wurden alle wichtigen Fabriken, Kraftwerke, die meisten Brücken und Hauptverkehrsstraßen zerstört oder beschädigt. Zwei Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet. Das ehemals blühende Land fiel auf das Nachkriegsniveau von 1945 zurück. Tief eingegraben in mein Gedächtnis haben sich die Bilder der verbrannten Mädchen an der Brücke von Varvarin.

Welch ein Wahnsinn!

Karlheinz Gleß

Redaktion und Verein grüßen die Jubilare

Herzlich gratulieren wir unseren Lesern

Kurt Loge (17. Mai) aus Rostock und
Karl-Fritz Zillmann (24. Mai) aus Freiberg,
die ihren **85.** Geburtstag begehen.

Unsere Glückwünsche gehen an die „neuen“ **80**jährigen:

Rudolf Haubner (2. Mai) aus Schwerin,
Hans Gehrt (11. Mai) aus Rostock,
Marianne Wuschko (11. Mai) aus Hoyerswerda,
Gerhard Pfeiffer (12. Mai) aus Berlin,
Ilona Kießling (16. Mai) aus Leipzig,
Heinz Gross (23. Mai) aus Magdeburg und
Dr. Heinz Müller (28. Mai) aus Freiberg.

Ihren **75.** Geburtstag feiern

Eleonore Petzold (1. Mai) aus Banzkow,
Waltraud Ellermann (8. Mai) aus Schwerin,
Harry Barth (19. Mai) aus Neubrandenburg,
Jutta Lübchow (21. Mai) aus Teterow und
Ingeborg Böttcher (30. Mai) aus Altlandsberg.

Wir beglückwünschen die **70**jährigen

Brigitte Butzke (3. Mai) aus Neubrandenburg,
Peter Teichmann (15. Mai) aus Dresden,
Helmut Burr (21. Mai) aus Neubrandenburg und
Ursula Marek (27. Mai) aus Schwerin.

Auch die **65**jährigen bekommen Verstärkung:

Manfred Hesse (7. Mai) aus Strasburg und
Wolfgang Schindlmeier (10. Mai) aus Harnepo

Alles Gute wünschen wir

Bruno Rixius (14. Mai) aus Berlin,
der seinen **60.** Geburtstag begeht

Ein deutscher Revolutionär, der für Chinas Befreiung fiel „Asiaticus“ war vielen ein Rätsel

Während des Volksbefreiungskrieges in China gab es einen Journalisten mit dem Pseudonym „Asiaticus“, der vielen ein Rätsel war. Mit seinen Artikeln über die antijapanischen Stützpunktgebiete der KP Chinas und ihren Kampf gegen Nippons Armee, die er in den New Yorker Zeitschriften „Pacific Affairs“ und „Amerasia“ (1936 bis 1941) veröffentlichte, hatte er die von der Guomindang verhängte Nachrichtensperre durchbrochen und dazu beigetragen, in den USA ein realistisches China-Bild zu verbreiten. In den unsäglichen Antikommunistenprozessen der McCarthy-Ära (1951 bis 1952) wurde Owen Lattimore, der Leiter des Instituts für Pazifische Beziehungen, eben wegen dieses „Asiaticus“ bezichtigt, Verbindungen zu Kommunisten unterhalten zu haben.

Wer aber war „Asiaticus“? Es handelte sich um einen Revolutionär, der in der Illegalität viele Namen getragen hatte. Aus seinem Leben ist etliches unbekannt. Es gibt einen Auszug aus dem Personenregister seiner Geburtsstadt, einen Fragebogen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), Archivmaterialien, Vorträge, zahlreiche Artikel und ein Buch „Von Kanton nach Shanghai“ sowie Erinnerungen von Genossen und Freunden.

„Asiaticus“ – eigentlich Mojzes Grzyb – wurde am 11. Juli 1896 im galizischen, damals zu Österreich gehörenden Tarnow geboren. Wer von dort kam und der jüdischen Nationalität angehörte, war in besonderer Weise von den sozialen und nationalen Widersprüchen berührt. Auch als uneheliches Kind hatte er schon früh so manche Ungerechtigkeit erfahren. Drei Jahre diente er in der k. u. k.-Armee, war dann als Kriegsgegner inhaftiert.

Heinz Möller, wie er sich nun nannte, hatte Philosophie und Nationalökonomie studiert. Er nahm – vieles deutet darauf hin – am Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918 teil. Wahrscheinlich war er einer jener vier Vertreter der Russischen Sowjetrepublik, die Wilhelm Pieck auf dem Parteitag begrüßte. Heinz Möller arbeitete illegal als Parteilehrer und Redakteur. 1922 gab er in Bremen das „Nordwestdeutsche Echo“ heraus. Wegen eines Leitartikels zum fünften Jahrestag der Oktoberrevolution wurde er verhaftet, aus Deutschland ausgewiesen und in Moskau beim Exekutivkomitee der Komintern Sekretär der KPD-Delegation. Er stand Paul Fröhlich, Paul Levi, Edwin Hoernle, Hugo Eberlein und Clara Zetkin, die eine breite Bündnispolitik anstrebten, besonders nahe. Im Herbst 1923 kam er nach Chemnitz und 1924 nach Berlin, wo er u. a. für die „Rote Fahne“ schrieb.

Im Zusammenhang mit der Verurteilung der Politik Brandlers, Thalheimers und Radeks erhielt Heinz Möller Anfang April 1925 eine strenge Rüge.

Er fuhr nach China „zur Bewährung“. Seine Lebensgefährtin Grete Futran, die Tochter des 1920 von der Reaktion ermordeten sozialdemokratischen Köpenicker Abgeordneten Alexander Futran, begleitete ihn. Möller erlebte den Beginn der nationalen Revolution am 30. Mai 1925 in Shanghai und nahm 1926/27 als Berichterstatter „Asiaticus“ am Nordfeldzug teil, arbeitete mit Michail Borodin für die „People's Tribune“ und gab zusammen mit Friedrich Lienhard die „Chinesische Korrespondenz der Nationalrevolutionären Armee“ in Englisch und Deutsch heraus. Die meisten seiner Artikel betrafen den Feldzug selbst, oftmals bemerkenswerte Einschätzungen über die Vorgänge in China.

Nach der Niederlage der Revolution arbeitete er als Redakteur der „Roten Fahne“. Seine Artikel aus den Jahren 1927/28 unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von Einschätzungen der Komintern. Eine direkte Kritik an deren Strategie, die so weit ging, in ihr eine der Ursachen für die Niederlage der chinesischen Revolution zu sehen, erfolgte von seiner Seite erst Ende 1929.

1928 war Heinz Möller Chefredakteur der Zeitung „Der Kämpfer“ in Chemnitz. Im Zusammenhang mit den strategischen Auseinandersetzungen, die damals in der KPD stattfanden, wurde er entlassen und

aus der KPD ausgeschlossen. Er trat daraufhin der „KPD-Opposition“ (KPO) bei, leitete Presseorgane dieser Gruppierung und publizierte Artikel über ökonomische Probleme Chinas, über Persönlichkeiten wie Sun Yatsen, über die Beziehungen zwischen China und der UdSSR sowie zwischen Deutschland und China. Auch für den in Hamburg erscheinenden „Wirtschaftsdienst“ und Ossietzky's „Weltbühne“ war er tätig. Mit dem 1931 erfolgenden Überfall Japans auf die Mandschurei wurde der Krieg im Fernen Osten sein Hauptthema.

Mitte 1932 ging Grzyb wieder nach Shanghai. Mit seiner Lebensgefährtin Trude Rosenberg vegetierte er in schwierigen ökonomischen Verhältnissen, arbeitete z. B. in einer kleinen Chemiefabrik. Er besaß nun einen Paß unter eigenem Namen, wodurch er in bestimmter Weise vor den diversen Geheimdiensten geschützt war, auch vor der in Shanghai agierenden Gestapo. Aufsehen erregte z. B. sein am 10. April 1937 in Shanghai erschienener Artikel über die Gefahr der Achse Berlin-Tokio für die Souveränität Chinas. Ribbentrops Botschafter Trautmann schätzte ihn als „deutschfeindlich“ ein, weil er „in unliebsamer Weise eine deutsch-japanische Zusammenarbeit in China“ unterstelle.

1934 und 1936 fuhr Grzyb nach Moskau. Er bat darum, in die KP Chinas aufgenommen zu werden. Die KPD gab dazu nicht ihre Einwilligung. Seine Artikel über die Lage im Fernen Osten, insbesondere über die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion, erschienen jetzt in der kommunistischen Presse Europas sowie in anderen progressiven Zeitungen. In Shanghai hielt er für ausländische und chinesische Sympathisanten marxistische Kurse ab.

Nach dem Beginn des japanisch-chinesischen Krieges am 7. Juli 1937 schloß sich Grzyb heißen Herzens der Bewegung zur Rettung Chinas an. Mit Hilfe eingewandelter jüdischer Antifaschisten unterstützte er dessen KP durch eine Funkverbindung der Shanghaier Leitung zur Neuen Vierten Armee. Mehrfach überquerte er japanische Linien mit dringend benötigten Medikamenten für die antijapanischen Stützpunktgebiete, z. B. mit Agnes Smedley, Jakob Rosenfeld oder seiner Lebensgefährtin.

Trotz der militärisch sehr schwierigen Lage begab er sich 1941 nach Shandong ins Yimeng-Gebirge zur Achten Marscharmee und blieb bei dieser. Sie sollte als letzte die japanische Umzingelung durchbrechen. „Asiaticus“ fiel am 30. November 1941, als die Truppe völlig aufgerieben wurde. Im Ehrenhain von Linyi hat China ihm ein Denkmal errichtet.



Foto: Rolf Berthold

Helga Scherner

Die „Heuschrecken“ fressen alles kahl

Laut FAZ vom 8. 12. 2006 vergleichen besorgte Ökonomen und Politiker die Operationsmethoden der sogenannten Beteiligungsfonds (Hedgefonds) mit Heuschreckenschwärmen, die ihre Investitionsobjekte abgrasen und mit Riesengewinnen weiterziehen. Der Anreiz kommt von der Masse des Kapitals, das auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten um den Globus schwärmt. Angeblich gibt es rund 6000 derartige Fonds, die schätzungsweise 1,3 Billionen Dollar Eigenkapital besitzen. Davon geht FAZ-Autor Daniel Schäfer aus. Er stellt die „rüden Methoden“ dieser Fonds zur Diskussion. In Deutschland haben solche Investoren bekannte Unternehmen wie Tank und Rast, Märklin und Rodenstock geschluckt, nicht zu reden von riesigen Immobilienpaketen. Sie besitzen Unternehmen, die 800 000 Mitarbeiter beschäftigen und 7 % des Bruttoinlandsprodukts der BRD erwirtschaften.

Doch darf man sich nicht der irrigen Annahme hingeben, hier ströme produktives Investitionskapital nach Deutschland. Absicht und Methode sind allein spekulativer Natur. Die sogenannten Private-Equity-Fonds (es handelt sich um die Eigenkapitalgeber) finanzieren wohl häufig den Kauf eines Geschäftsobjekts mit Eigenkapital, doch schon kurz danach wird ein beträchtlicher Teil von diesen wieder abgezogen und durch Kredite ersetzt. Der „Terminus technicus“ heißt hier Rekapitalisierung. Das erworbene Unternehmen wird nun mit der entstandenen Schuldenlast belegt. Nach hier zugänglichen Informationen haben Private-Equity-Fonds im Schnitt binnen 20 Monaten 77 % ihres Eigenkapitals aus den gekauften Unternehmen wieder herausgezogen.

Die Banken verdienen dabei blendend und finanzieren immer aggressiver derartige

Übernahmen. Nur so erklären sich z. B. die jährlichen Milliarden-Gewinne der Deutschen Bank.

Die Manager der übernommenen Firmen werden zu Höchstleistungen motiviert, um das Unternehmen nach etwa einem Jahr zu einem weit höheren Preis wieder loszuschlagen. Gewöhnlich geschieht das durch „Konsolidierung“, also das Abstoßen weniger einträglicher Zweige und entsprechende Massenentlassungen. Die Manager erwarten dafür eine phantastische Abfindung, wie der Fall Mannesmann in der BRD bewies. Die „Heuschrecken“ aber ziehen gesättigt weiter, solange die „Liquiditätsblase“ vorhält. Welche Lehren können Marxisten aus diesem Beispiel kapitalistischer Ausbeutung ziehen?

Vor allem sind derartige Exzesse nur möglich, weil der US-Dollar zur Deckung der In- und Auslandsdefizite mißbraucht wurde. Geniale Köpfe des Finanzkapitals wie Alan Greenspan, der langjährige Vorsitzende der Federal Reserve (einer Bankengruppe, von der die USA-Geldpolitik bestimmt wird), versuchte gar nicht erst, die Defizite der USA-Zahlungsbilanz unter Kontrolle zu bringen, sondern ließ frohen Mutes die notwendigen „grünen Scheine“ drucken. Um das Loch zu stopfen, wurde nicht eine erhöhte Wirtschaftsleistung angestrebt, sondern dazu reichte ein ganz gewöhnlicher Taschenspielertrick. Das Ganze erinnerte an das Vorgehen eines Gangsters, der mit ungedeckten Schecks operiert. Und diese nahezu unkontrollierbaren Geldsummen gerieten über das Banksystem zu niedrigsten Zinsen in den Weltumlauf. Um jedoch den Zusammenbruch des Dollarsystems zu verhindern, müssen diese wertlosen Papierfetzen schnellstens in reale Werte verwandelt werden. Sämtliche in Frage kommenden Regierungen machen da stillschweigend

mit, denn sie alle sitzen auf erheblichen Dollarreserven, die sie nicht entwertet sehen wollen. Daher dürfen die „Heuschrecken“ ungehindert weiterspekulieren.

Dieses Spiel bedeutet, daß die parlamentarischen „Demokratien“ einen ungeheuren Betrug an ihrer Bevölkerung begehen. Sie opfern ohne Skrupel Arbeitsplätze, entwerten Ersparnisse und Renten, verschleudern Produktionskapazitäten und Teile der Infrastruktur – alles aus einem einzigen Grund: Um die Heuschrecken des vagabundierenden Kapitals zu mästen.

Wie Adam Smith und Karl Marx nachwiesen, werden ökonomische Werte ausschließlich durch die menschliche Arbeitskraft geschaffen. Daher besitzt Papiergeld nur einen nominellen, aber keinen wirklichen Wert. Treffend werden Banknoten auch als „Vertrauensgeld“ bezeichnet, d. h., die Menschen setzen darauf, daß die Regierungen ihre Geldemission in den Grenzen eines angegebenen Standards halten. Wenn dieser mißachtet wird, büßt die Papiernote ihren Austauschwert ein. Das Ergebnis ist die Inflation. Das passiert heute nachvollziehbar mit dem Dollar. Die Heuschrecken wissen ganz genau, daß der Zusammenbruch dieses Währungssystems naht und wollen ihre Berge von Scheinen noch schnell in tatsächliche Werte verwandeln. Der Durchschnittsbürger hat von alledem keine Ahnung und vertraut der Redlichkeit des eigenen Staates und der Weltmacht USA. Das Erwachen wird schrecklich sein.

P. S. Im Band I des „Kapitals“ legt Karl Marx seine Geldtheorie dar, einschließlich der Rolle der Edelmetalle Gold und Silber. **Dr. Vera Butler, Melbourne**

Schmelztiegel Australien

Zwischen 1945 und 2000 sind fast 5,7 Mio. Menschen nach Australien eingewandert. In dieser Zeit wuchs die Bevölkerungszahl von etwa 7 Mio. auf 18,6 Mio. Gegenwärtig ist von mindestens 19 Millionen Australiern auszugehen. Die Massenimmigration wurde durch die Regierung gefördert, um die sich in der Nachkriegsära stürmisch entwickelnde australische Industrie mit den notwendigen Arbeitskräften zu versorgen. Die Einwanderer bildeten eine Quelle billiger unqualifizierter Handlanger für viele Wirtschaftszweige.

Derzeit leben in Australien Menschen aus 160 Ländern. Vier von 10 Australiern sind Immigranten oder deren Kinder. Einer von vier Landesbürgern wurde im Ausland geboren. 13,7 % der Bevölkerung kamen in Ländern zur Welt, wo nicht englisch gesprochen wird.

In der Vergangenheit wurden die Studien- und Berufsabschlüsse vieler Einwanderer nicht anerkannt. Deshalb mußten sie häufig als Ungelernte arbeiten. Das ist auch

heute noch ein Problem. Die im letzten Jahrzehnt eingetroffenen Zuwanderer aus nicht englisch sprechenden Ländern besitzen zu mehr als 50 % Oberschul- und Universitätsabschlüsse. Deshalb sind 34,8 % von ihnen für ihre derzeitige Tätigkeit überqualifiziert und unterbezahlt. Bei den in Australien Geborenen betrifft das nur 11,6 %.

Wer nicht englisch spricht, bleibt entweder arbeitslos oder muß schlecht vergütete Handarbeit leisten. Am meisten benachteiligt sind Frauen.

Im Jahr 1997 ergab eine Erhebung, daß 6,2 % der Australier in Großbritannien oder Irland, 6,8 % im übrigen Europa, 5,3 % in Asien, 2,3 % in Ozeanien und 1,2 % in Nahost und Nordafrika geboren wurden.

Rechtsradikale Gruppen wie die Eine-Nation-Partei erzeugen Haß gegen Einwanderer und bezichtigen diese, besonders an der hohen Arbeitslosigkeit schuld zu sein. Der Kampf für die Rechte der Immigranten ist deshalb ein wichtiger Aspekt des

Ringens um mehr Demokratie in Australien. Dabei spielt die zahlenmäßig kleine, aber zielklare und in Massenbewegungen präsen- te KP des Landes eine herausragende Rolle.

**R. F., gestützt auf eine
Faktenzusammenstellung der KPA**

Besonders herzliche Grüße
gehen an unsere langjährige
Leserin

Erika Urbanek

aus Ratingen, die am **12. Mai**
ihren **85. Geburtstag** begeht.

Sie und ihr Mann haben dem RF
von Anfang an mit Rat und Tat
zur Seite gestanden.

Lang ist die Liste jener, die im Klassenkampf Opfer der bürgerlichen Justiz wurden – in Deutschland und weltweit. Besonders eifrig hat sich die USA-Justiz des Henkers bedient, um politische Gegner auszuschalten und sie durch Terror einzuschüchtern. FBI-Direktor J. Edgar Hoover erklärte 1969: „Den jungen Negern und den Gemäßigten muß klargemacht werden, daß sie, wenn sie sich revolutionären Lehren verschreiben, tote Revolutionäre sein werden.“

Die Ausrufung des 1. Mai als Kampftag der Arbeiter war die Antwort auf einen Justizmord des 19. Jahrhunderts: Nach Streiks für den Achtstundentag warfen Chicagoer Polizeiaagenten eine Bombe in eine Kundgebung auf dem Haymarket der Stadt. Die Klassenjustiz aber brachte die Streikführer unverzüglich an den Galgen. 1915 wurde der Arbeitersänger Joe Hill in Salt Lake City (USA-Bundesstaat Utah) zum Tode verurteilt und erschossen, obwohl er das ihm zur Last gelegte Tötungsverbrechen nachweislich nicht begangen hatte.

Trotz damals beispielloser internationaler Proteste konnten die gleichfalls zum Tode verurteilten italo-amerikanischen Gewerkschafter und Anarchisten Sacco und Vanzetti 1927 nicht gerettet werden. Unmittelbar nach ihrer Hinrichtung wurden die Täter des Mordes, den man ihnen angelastet hatte, ermittelt.

In den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts brachte man Ethel und Julius Rosenberg in den USA als „Atomspione“ auf den elektrischen Stuhl: Kommunisten, Juden und mit der Sowjetunion solidarisch – das genügte, um sie kaltblütig zu ermorden.

Unvergessen ist die Kampagne zur Rettung von Angela Davis. Sie wollte man 1972 aufgrund einer fabrizierten Anklage in die Gaskammer des kalifornischen Hinrichtungszuchthauses San Quentin bringen: Schwarze, damals führende Kommunistin und dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggressoren zugetan – das brachte die Herrschenden ihres Landes in Rage. Weltweite Solidarität erzwang einen ordentlichen Prozeß, der mit einem Freispruch endete. Millionen Kinder aus der DDR haben Angela ihre Kartengrüße ins Gefängnis geschickt. Klaus Steiniger und Horst Schäfer berichteten monatelang aus dem Gerichtssaal.

Heute ist unsere Solidarität erneut gefordert. Es gilt, einen tapferen Kämpfer gegen den Rassen- und Klassenterror vor dem Henker zu retten. Mumia Abu-Jamal wuchs im Ghetto von Philadelphia auf. Er lernte von Kindheit an, was es in den USA heißt, arm und von dunkler Hautfarbe zu sein. Als junger Mann schloß sich Mumia der militanten Black Panther Party an. Das FBI zerschlug seine Organisation, wobei es den größten Teil ihrer Führung umbringen ließ. Mumia selbst überlebte und gab den Kampf nicht auf. Er arbeitete als Taxifahrer und Journalist für fortschrittliche Medien. So lenkte er den Haß der Ausbeuter auf sich und geriet in deren Visier. Dann war er plötzlich der falsche

Gestern retteten wir Angela Davis – heute geht es um Mumia Abu-Jamal Der USA-Terrorjustiz in den Arm fallen!

Mann am falschen Ort. Er kam hinzu, als ein Polizist gerade seinen Bruder mißhandelte. Bei der Annäherung an den Ort des Geschehens traf ihn eine Kugel. Als er wieder zu sich kam, war der Polizist tot. Mumia wurde als vermeintlicher Mörder unter Anklage gestellt.

Einen fairen Prozeß konnte er nicht erwarten. Aber seine Verhandlung bot alle Voraussetzungen für ein Justizverbrechen: Der 12köpfigen Geschworenenjury gehörten 11 Weiße an. Der Richter freute sich nach einer beeidigten Zeugenaussage darauf, „den Nigger zu braten“. Hinzu kamen verschwundene und manipulierte Beweismittel, „vergessene“ Routineuntersuchungen, erpresserischer Druck auf Zeugen und eine Hetzkampagne in den örtlichen Medien.

Seit 24 Jahren sitzt Mumia in der Todeszelle. Das hat ihn nicht zerbrochen. Im Gegenteil: Er ist als Revolutionär noch stärker geworden, seine politische Position noch klarer. Er schreibt jede Woche eine Kolumne in der linken BRD-Tageszeitung „junge Welt“. Seine Artikel sind stets lesenswert. Mumia prangert nicht nur Rassismus, Unterdrückung und Ausbeutung an, sondern weist auch nach, daß es sich dabei um im Kapitalismus wurzelnde Erscheinungen handelt.

Als 1995 die Hinrichtung drohte, gab es Aktionen zu seiner Rettung in aller Welt. Sie hatten zunächst Erfolg.

Seither sind die Vorgänge um den Polizistenmord von Philadelphia noch durchschaubarer geworden. Faulkner, der damals ums Leben gekommene Polizist, hatte Nachforschungen über Korruption

in den eigenen Reihen betrieben. Damit störte er die Geschäfte der „Cops“ und mußte beseitigt werden. Seit 1999 liegt die eidesstattliche Erklärung eines gewissen Roland Beverly vor, er habe die Tat als Auftragskiller begangen. Das Gericht weigert sich jedoch, diese Aussage auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Die Entscheidung über Mumias Hinrichtung wird jetzt akut, da eine letzte Anhörung erfolgen soll. Mit einer fairen Behandlung kann er auch diesmal nicht rechnen. Das einzige, was den Justizmord zu verhindern vermag, ist eine weltweite Mobilisierung wie 1995.

Derzeit kursiert in der BRD eine Unterschriftenliste des Komitees für soziale Verteidigung. Mit ihr soll die Forderung nach sofortiger Freilassung von Mumia Abu-Jamal wegen erwiesener Unschuld bekräftigt werden. Die RF-Leser sollten sich diesem Verlangen anschließen, in ihrem Umfeld über Mumias Fall informieren und für seine Befreiung eintreten. Unterschriften können an folgende Adresse gesandt werden:

KfsV c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin, E-Mail: kfsv@online.de

Fritz Dittmar



Die **Regionalgruppe Schwerin** ist am **12. Mai um 10 Uhr** in den Alt-Schweriner Schankstuben am Schlachtermarkt Gastgeber einer Veranstaltung zum Thema:

Die Schulden des Westens bei den Bürgern der DDR

Es spricht der Buchautor und ehemalige DDR-Staatssekretär **Dr. Klaus Blessing**

Über antifaschistischen Widerstand und faschistischen Untergrund Partisanen und Banditen

Eine besondere Stellung im antifaschistischen Widerstand nahm die Partisanenbewegung ein.

Dabei muß man zwischen den meist von Kommunisten geführten Freiheitskämpfern und bürgerlich-konservativen Kräften, die enge Interessen der Ausbeuterklassen bedienen, unterscheiden. Kommunisten standen in der Sowjetunion, in Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, der Slowakei und Spanien an der Spitze gesamtnationaler Erhebungen. Allein in Polen handelten der bürgerliche und der linke Widerstand getrennt. In Frankreich, Italien und Belgien trugen die kommunistischen Partisanenverbände die Hauptlast des Kampfes, ordneten sich aber aus antifaschistischen und patriotischen Erwägungen einer Einheitsfront und einer bürgerlichen Führung unter. Das traf in der letzten Phase der Erhebung auch für Griechenland zu. Die Vaterlandsliebe der Kommunisten wurde von General de Gaulle und anderen westeuropäischen Staatsmännern ausdrücklich gewürdigt. In den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark und Norwegen bildeten Kommunisten vom politischen Gewicht her eine aktive, geachtete, wenn auch nicht entscheidende Kraft im Widerstand. Sie konnten indes ihren politischen Einfluß und ihr Prestige durch ihre aktive Beteiligung am Kampf wesentlich stärken.

Der Partisanen-Widerstand ist die schwierigste Form der bewaffneten Auseinandersetzung. Seine Teilnehmer führten ein entbehrensreiches Leben: Zumeist unzureichend bewaffnet, schlecht ausgerüstet und gekleidet, oft Hunger leidend, nahezu schutzlos der Witterung, den Tücken der Jahreszeiten ausgesetzt, von grassierenden Krankheiten heimgesucht, aber ohne ausreichende medizinische Versorgung, ständig auf der Flucht vor dem übermächtigen Gegner, immer von Infiltration und Verrat bedroht, oft ohne sichere Rückzugsmöglichkeiten operierten sie hinter den faschistischen Linien buchstäblich an vorderster Front. Zudem unterlagen ihre Familienangehörigen einem selektiven Terror der Faschisten, die nach dem Prinzip der Sippenhaft vorgin-

gen. Eine „Partisanenromantik“, wie sie in manchen Filmen dargeboten wird, gab es wohl kaum. Dafür beseelte die Kämpfer aber ein enges kameradschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl.

Der Einfluß der Kommunisten in den Partisanenbewegungen war so stark, daß sie nach der Befreiung eine enorme gesellschaftliche Aufwertung erlebten. Bei den Männern und Frauen in den Wäldern und Gebirgen handelte es sich fast ausschließlich um Freiwillige. Sie bedurften einer festen politischen Überzeugung und persönlicher Standhaftigkeit, um die schweren Belastungen über Jahre hinweg auf sich zu nehmen. Mehr noch: Um den Faschisten immer wieder empfindliche Schläge zu versetzen.

Ganz anders verhielt es sich mit den bürgerlich-konterrevolutionären Untergrundkämpfern, die nach 1944 gegen die Volksmacht in Polen, im Baltikum und anderswo wüteten. Von den westlichen Medien werden sie aus Irreführungsgründen ebenfalls als „Partisanen“ bezeichnet. Sie waren unterschiedlicher Herkunft. Ein großer Teil von ihnen hatte während der faschistischen Besetzung ihrer Länder mit den deutschen Okkupanten zusammengearbeitet. Zu Recht galt daher ihre militärische Zerschlagung als Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen Nazideutschland. Eine gewisse Ausnahme bildet allerdings ein Teil der weißen Polen, die von der Londoner Exilregierung gesteuert wurden und die nicht mit den deutschen Faschisten kollaboriert haben. Andere – vor allem westukrainische Banden – waren deren Hilfstruppen gewesen. Im Gegensatz zu den roten Partisanen, die Verluste unter der Einwohnerschaft der Dörfer und Städte zu vermeiden suchten, waren die von den weißen Banditen Getöteten überwiegend unbewaffnete Zivilisten. Das verlieh ihren Aktionen oftmals einen terroristischen Charakter. Zudem – und das war ein weiterer wesentlicher Unterschied zu den Partisanen – konnten sie in schwindendem Maße auf Unterstützung aus der einheimischen Bevölkerung rechnen.

Ganz wesentlich hoben sich die Verbände beider Seiten in ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung voneinander ab. Bei den Partisanen handelte es sich vor allem um Arbeiter, Landarbeiter, Armbauern, linke Intellektuelle und im Falle der Sowjetunion um Werktätige oder Militärs. Sie waren an Entbehrungen gewöhnt, deshalb zäher und ausdauernder als die zumeist dem Kleinbürgertum oder der Bourgeoisie entstammenden Konterrevolutionäre, für die der irreguläre Kampf mit seinen Strapazen bald zu einer psychischen Zerreißprobe wurde, der viele nicht gewachsen waren. Selbst die ins Maßlose gesteigerte antikommunistische Verhetzung reichte als Motivation nicht aus, um den Schlä-

gen der Volksmacht auf Dauer trotzen zu können.

Die meisten von ihnen gaben daher irgendwann auf, stellten sich den Staatsorganen und machten von der durch diese angebotenen Amnestie Gebrauch. Nur der „harte Kern“ kapitulierte nicht. Für jene, die zu ihm gehörten, kam ein Leben unter den gewandelten sozialen Bedingungen nicht in Frage. Außerdem hatten die meisten von ihnen so viel Schuld auf sich geladen, daß sie nicht mit Gnade rechnen konnten. Inzwischen stark dezimiert, waren sie zu keinen größeren militärischen Aktionen mehr fähig. Diese verloren bald ihre „politische Färbung“ und nahmen – auch angesichts ausbleibender Resonanz bei der Bevölkerung – offen kriminellen Charakter an. Die weißen Banden wurden systematisch aufgerieben, ihre Mitglieder festgenommen, soweit sie nicht in den Westen entkommen konnten. Die besonders in Polen und den baltischen Republiken heute verbreiteten Legenden von einem landesweit geführten „Freischärlerkampf gegen die Kommunisten“ in den 50er Jahren sind entweder weit übertrieben oder gegenstandslos.

Abschließend kann man feststellen: Die antifaschistische Partisanenbewegung entstand erst, als hierfür die Bedingungen herangereift waren. Sie wurde nach der Befreiung des jeweiligen Landes von den Hitlerokkupanten und deren Kollaborateuren schrittweise aufgelöst oder in die regulären Volksarmeen und anderen Sicherheitsorgane eingegliedert.

In Spanien, wo sich nach der Niederlage von 1939 Partisanenkräfte gegen Franco formiert hatten, wählten die Antifaschisten seit 1947 andere Kampfformen. In den meisten Ländern, wo es bewaffneten Widerstand gegeben hatte, stellten die Kommunisten in der Folgezeit ihre Fähigkeit unter Beweis, Millionen Menschen für einen gesellschaftlichen Neuaufbau zu gewinnen.

Zum Ruhme der roten Partisanen muß gesagt werden, daß nicht wenige ihrer Führer – Arbeiter, Bauern und linke Intellektuelle – militärische Talente offenbarten, die das Können vieler Absolventen bürgerlicher Militärakademien in den Schatten stellten.

Heute wird die europäische Partisanenbewegung von den Medien der Bourgeoisie totgeschwiegen oder heruntergespielt, während man andererseits die Rolle bürgerlicher Kräfte im Widerstand unzulässig aufwertet und den antikommunistischen weißen Terror in den Rang des Heldentums erhebt. Deshalb ist es von großer Bedeutung, auch in dieser Frage für Klarheit zu sorgen, die Erinnerung an die wahren Helden wachzuhalten und falsche Denkmäler – zumindest im übertragenen Sinne – zu demontieren.

Dr. Bernhard Majorow

19 Prozent für Álvaro Cunhal

Bei einer Umfrage des öffentlichen Lissabonner Fernsehsenders RTP – es ging um die Ermittlung des „bedeutendsten Portugiesen aller Zeiten“ – kam der langjährige Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), Álvaro Cunhal, mit einem Anteil von 19 Prozent auf Platz zwei. ■

Irans Tudeh-Partei gegen jegliche Abenteuererpolitik Die drohende Aggression abwenden!

Während die Vereinigten Staaten und deren Verbündete in der Weltöffentlichkeit gegen Iran Stimmung machen und weiter Vorbereitungen für eine Aggression treffen, setzen der von der iranischen Reaktion gestellte Präsident Ahmadinejad und dessen Anhänger ihre verantwortungslosen und prahlerischen Äußerungen fort. Anscheinend haben sie aus den schmerzhaften Erfahrungen in Afghanistan und Irak nichts gelernt. In jedem Falle unterschätzen sie die drohende Gefahr. Denn Washington und die NATO sind zu allem fähig.

Die Tudeh-Partei Irans hat in den letzten Monaten häufig davor gewarnt, daß abenteuerliche Handlungen eine Eskalation der Krise rasch herbeiführen könnten. Es gilt, die Katastrophe abzuwenden. Eine Zersplitterung der oppositionellen und fortschrittlichen Kräfte Irans nützt zweifellos allein der inländischen Reaktion sowie den Kriegsbefürwortern in Übersee und anderswo.

Es gibt indes auch jene in Iran, die sich – die aktuelle Situation vorschiebend – hinter den inhaltslosen Phrasen Ahmadinejads sammeln und versuchen, aus dem Präsidenten einen „antiimperialistischen Kämpfer“ zu machen. In einigen Ländern bestehen diesbezüglich Illusionen.

Man sollte auch nicht verkennen, daß – außer den Monarchisten – bestimmte Kreise Irans mit der CIA und dem Pentagon in der Hoffnung Kontakt aufgenommen haben, beim „Sieg über Teheran“ etwas von der Beute abzubekommen.

Aufgrund der Provokationen der Vereinigten Staaten (Druckausübung zur Durchsetzung weiterer Sanktionen gegen Iran im UN-Sicherheitsrat, Verschleppung fünf iranischer Regimeangehöriger in Erbil, Äußerungen Bushs über eine angebliche Festnahme oder Vernichtung iranischer Agenten in Irak) und im Zusammenhang mit der Aufbringung von 15 britischen Marinesoldaten in Grenzgewässern hatten sich die Spannungen in letzter Zeit sehr verschärft. Die aus welchen Gründen auch immer erfolgte Freilassung der gefangenen Briten war ein richtiger Schritt Teherans.

Doch die Führer des iranischen Regimes setzen ungeachtet des Ernstes der Lage ihre abenteuerliche Politik fort, wie triumphale Erfolgsmeldungen über die eigene Urananreicherung im Lande zeigten. Präsident Ahmadinejad erklärte unlängst, Iran stehe am Vorabend seiner Verwandlung in eine „Supermacht“. Niemand sei dazu imstande, das Land daran zu hindern. Offensichtlich sind die Teheraner Machthaber der Meinung, daß die Kräfte der USA in Afghanistan und in Irak derart gebunden seien, daß sie Iran militärisch nicht anzugreifen wagten. Eine solche Einschätzung ist naiv und gleicht einem Spiel mit dem Feuer.

In diesem Zusammenhang gab ein Interview des französischen Präsidenten

Jacques Chirac vom 29. Januar wichtige Aufschlüsse. Es sei „nicht sehr gefährlich, wenn Iran eine oder zwei Atombomben besitzt. Gefährlicher ist die Produktion und Vervielfältigung der Atombomben. ... Wo aber will Iran die Bombe werfen? In Israel? Teheran würde dem Erdboden gleichgemacht, noch bevor sie 200 Meter vom Boden entfernt wäre“, erklärte Chirac drohend.

Obwohl diese Aussage später relativiert wurde, ist sie Anlaß zum Nachdenken. Sie könnte nämlich als Offenbarung der Führer imperialistischer Staaten über ihre Pläne in Bezug auf Iran betrachtet werden. Und sie enthüllt gleichzeitig, wie der Westen die Dimensionen des Problems einschätzt. Offensichtlich zieht er die Anwendung von Massenvernichtungswaffen gegen Iran bereits in Erwägung.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die gesamte Region auf einem Pulverfaß sitzt und nur ein kleiner Funke ausreichen würde, um eine verheerende Explosion auszulösen.

Nach Einschätzung politischer Beobachter, die sich mit der inneriranischen Entwicklung befassen, wäre Ahmadinejad ein israelischer oder amerikanischer Luftangriff auf Atomanlagen Irans durchaus willkommen, um das Kräfteverhältnis im Lande zugunsten seines Flügels zu verändern.

Angesichts der enormen Gefahren, die Iran und die ganze Region überschatten, vertritt die Tudeh-Partei im Einklang mit anderen fortschrittlichen Kräften den Standpunkt, daß eine militärische Auseinandersetzung unbedingt verhin-

dert werden muß. Die Partei hat in der Erklärung ihres Zentralkomitees vom 11. Januar erneut betont, daß sie jede Art des Abenteuerertums ablehnt. Sie bekräftigte, jegliche Verschärfung der politisch-militärischen Konfrontation müsse als Aktion gegen die Interessen des iranischen Volkes, des Nahen Ostens und des Weltfriedens betrachtet werden.

Unterdessen haben 26 kommunistische und Arbeiterparteien Europas zu der Frage Position bezogen. In ihrer Erklärung vom 18. März heißt es u. a.: „Wir lehnen entschieden und bedingungslos jede Art militärischer Einmischung oder eines Angriffs gegen Iran durch die USA, die EU oder Israel ab ... und unterstützen jede Initiative, die tatsächlich beabsichtigt, den jetzigen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Iran friedlich und auf politischem Wege beizulegen.“

Ghassem Niknafs

Neue „Legion Condor“?

Dieser Tage rief ein Leser aus Dresden in der RF-Redaktion an. Er sagte: „Gestern waren es die Kampfmaschinen des von der Bundesluftwaffe vergötterten Werner Mölders in Spanien – heute sind es die Tornados des BRD-Kriegsministers Jung in Afghanistan. Folgt ihnen 70 Jahre nach dem Inferno von Gernika (Guernica) eine neue ‚Legion Condor‘?“

Kommentar überflüssig.



Komisch, wohin wir auch kommen: Keiner mag uns. Aus: „Proletären“, Göteborg

Polens Kaczynski-Zwerge wollen Riesen der Interbrigaden kleinreden Jagd auf „Dombrowskianer“

Die Attacke auf Tausende polnische Freiwillige, die ihr Land und ihre Familien zurückließen, um gegen den Faschismus in Spanien zu kämpfen, wird heute von Staatspräsident Lech Kaczynski und dem Warschauer Institut zum Nationalen Gedenken (IPN), dem Vorreiter einer antikommunistischen „Säuberung“ des Landes, angeführt.

In Vorbereitung ist ein Gesetzesprojekt, das die Zusatzrenten der Veteranen des Zweiten Weltkrieges und der Kämpfer gegen den Faschismus streicht. Das betrifft sowohl die früheren Polizei- und Sicherheitsbeamten als auch ehemalige Angehörige der Streitkräfte sowie die polnischen Interbrigadisten, die in den 30er Jahren nach Spanien gegangen waren.

Außerdem forderte das IPN die Abschaffung aller kommunistischen Benennungen und Symbole in Warschau, unter ihnen die der „Dombrowskianer“ (Angehörige des gleichnamigen polnischen Bataillons).

Für das IPN waren die Brigadisten „Verräter“, weil sie in Spanien kämpften, um „dort den Kommunismus aufzubauen“. Es hält sie für diejenigen, die zur Festigung des „totalitären Regimes“ in Polen besonders beitrugen, weil sie innerhalb der Partei eine einflussreiche Gruppe bildeten. Premierminister Jaroslaw Kaczynski ist ebenfalls einer der Haupteinpeitscher der Kampagne zur antikommunistischen „Säuberung“. Er bezeichnete den polnischen Sozialismus als ein „Regime des Packs für das Pack“.

**Spaniens legendäre
Kommunistin
Dolores Ibárruri
und General
„Walter“ bei
einem Appell der
Interbrigaden**



Die Kampagne zielt darauf ab, in Warschau das Gedenken an die „Dombrowskianer“ und ihre Heldentaten in Spanien auszulöschen. Sie sollen auch die nach ihnen bis heute benannte Straße und die gleichnamige Schule verlieren. Schon vorher verschwanden die „Dombrowskianer“ von den Säulen am Grab des Unbekannten Soldaten, auf denen alle polnischen Schlachten unter dem Gesamtmotto „Für eure und unsere Freiheit“ verzeichnet waren, darunter auch die Kämpfe am Ebro,

um Belchite und am Jarama. Aufgrund der Schwäche der Linken im Warschauer Stadtrat ist es wahrscheinlich, daß die noch verbliebenen Namen von Brigadisten und ihre Schlachten in Spanien ebenfalls nicht gerettet werden können. Konservative und Rechtsliberale – sie besitzen die Mehrheit – sind genauso vom Gedanken einer Geschichtsrevision besessen, gilt doch das Argument nicht mehr, daß dem berühmtesten „Dombrowskianer“ – General Karol Swierczewski (Walter) – Ehre und Hochachtung gebühren. Er befehligte Kernverbände der Interbrigaden, die die Spanische Republik jahrelang verteidigten. Als der nationalrevolutionäre Krieg verloren war, kehrte er nach Polen zurück. Nach dessen Besetzung durch die deutschen Faschisten ging General „Walter“ in die Sowjetunion. Er nahm die Waffen wieder auf, als Hitler die UdSSR überfiel. Am Ende des Zweiten Weltkriegs stand er an der Spitze der 2. Polnischen Armee, die an der Befreiung der Tschechoslowakei teilnahm. Karol Swierczewski geriet, nun Vizeverteidigungsminister im Nachkriegspolen, in einen Hinterhalt ukrainischer Faschisten und fiel.

Wenige Monate nach der Niederlage des „Kommunismus“ in Polen tilgten die neuen Machthaber seinen Namen, der einer der größten Warschauer Alleen zuerkannt worden war. Heute heißt sie Solidarnosc-Allee.

Von den polnischen Interbrigadisten, die nach Spanien eilten, fanden fast fünftausend den Tod. Viele andere wurden später von den Nazis ermordet oder gaben ihr Leben an den Fronten des Zweiten Weltkriegs.

Nach einer Internet-Veröffentlichung

Übersetzung: Isolda Bohler

Bukarest rehabilitierte Faschistenführer Antonescu

Die in Rumänien an der Macht befindlichen „Rechtskonservativen“ haben Ende Februar die demokratische Tarnung abgeworfen und ihr wahres Gesicht gezeigt: Sie rehabilitierten den Hitlerfreund und faschistischen Diktator (1940–1944), General Ion Antonescu. Dieser hatte an der Spitze der sogenannten Eisernen Garde – einer Faschistenmiliz – gestanden und nicht nur Hunderttausende rumänische Soldaten an der Seite der Wehrmacht gegen die Truppen der Roten Armee eingesetzt, sondern auch die Verantwortung für die Ermordung von 300000 Juden seines Landes getragen. 1946 verurteilte ein rumänisches Volksgericht den faschistischen Kriegsverbrecher zum Tode. Die Strafe wurde vollstreckt.

Bezeichnend für die politisch-moralische Verfassung der heute in Bukarest Regierenden ist die Tatsache, daß – fast parallel zur Weißwaschung Antonescus – am 18. Dezember 2006 dieselbe rumänische

Regierung jedes Bekenntnis zum Kommunismus zu einem strafwürdigen Verbrechen erklärt hat.

**R. F., gestützt auf
„The Guardian“, Sydney**



Antonescu mit Hitler

Sozialismus des 20. und des 21. Jahrhunderts gehören zusammen

Echte und falsche Begeisterung für Lateinamerika

Zu Jahresbeginn fand in San Salvador, der Hauptstadt El Salvadors, eine Veranstaltung statt, die im bundesdeutschen Blätterwald kaum Beachtung fand. Auch die Linken rührte sie nicht besonders. Ich meine das 13. Treffen des Forums von São Paulo.

1990 kamen Vertreter der Linksparteien Lateinamerikas und der Karibik das erste Mal zusammen, um Antworten auf die neue Situation nach der Niederlage des Sozialismus in Europa zu finden und über Entwicklungen und Strategien des gemeinsamen Kampfes gegen das USA-Imperium zu beraten. Eingeladen hatte damals die brasilianische Arbeiterpartei (PT). Inzwischen ist aus dem Treffen eine ständige Einrichtung geworden.

Im Januar 2007 beschäftigte sich das São-Paulo-Forum mit dem Thema „Die neue Etappe des Kampfes um die Integration Lateinamerikas und der Karibik“. Darunter versteht man das Erstarken der sozialen Bewegungen von Indios, Gewerkschaften, Landlosen, Arbeitslosen und anderen Verlierern einer proimperialistischen Politik. Sie hat zu aufsehenerregenden Wahlerfolgen linker Kräfte und Parteien geführt. Kein Wunder, daß das Treffen in San Salvador unter dem Eindruck der Amtseinführung von Daniel Ortega in Nicaragua und Rafael Correa in Ekuador stand. Mit der Wiederwahl von „Lula“ da Silva in Brasilien und Hugo Chávez in Venezuela hatte man gerechnet. Die Wahl von Evo Morales in Bolivien lag erst kurze Zeit zurück. Der Eintritt Nikaraguas in die Bolivarianische Alternative Amerikas (ALBA) läßt einen weiteren Linksruck erwarten, der nun auch für Mittelamerika nutzbringend sein könnte. Davon ausgehend hofft man auf einen Sieg der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN bei den Wahlen im März 2009.

Die neue Lage in Lateinamerika ruft Linke und „Linke“ auf den Plan. In einem Interview mit der Zeitung „junge Welt“ äußerte Gregor Gysi u. a., man dürfe Lateinamerika nicht länger den USA überlassen. Was er damals nicht sagte, aber später als seinen bei einer Lateinamerikareise gewonnenen Standpunkt in einem ND-Interview andeutete: Auch nicht Castros Kuba und dem Venezuela von Chávez. Eine äußerst dubiose Haltung! Wie die Entwicklung zeigt, benötigen die Völker Lateinamerikas indes nicht Ratschläge dieses Typs. Ihr Kampf gegen das „Imperium“ findet seit vielen Jahrzehnten statt. Er begann mit der Ablösung der feudalen spanischen Kolonialherren durch die kapitalistischen Markteroberer aus Nordamerika im 19. Jahrhundert. Er wird durch zwei wesentliche Klammern zusammengehalten: Einerseits die gemeinsame Abneigung

gegenüber dem USA-Imperialismus, die bis weit in das bürgerliche Lager hineinreicht; andererseits die gemeinsame Sprache. Wenn die Länder Lateinamerikas über ihre Integrationspläne reden, dann tun sie das auf spanisch oder portugiesisch. Daran hatten die Eroberer nicht gedacht, als sie den Indios das Gold, die Kultur, die Sprache und die Religion nahmen. Auch der gemeinsame Katholizismus hat eine Besonderheit hervorgebracht: die Befreiungstheologie.

Zum Lateinamerika-Wochenende im November vergangenen Jahres im Chemnitz „Rothaus“ sagte die Botschafterin Venezuelas, Blanca Nieves Portocarrero: „Wir durchleben eine hervorragende Zeit. Lateinamerika ist ein Strom der Hoffnungen der einfachen Leute geworden. Wir haben die Würde wiedererlangt.“

Das neuerwachte Interesse verschiedener europäischer Linker an den Bewegungen in Lateinamerika hängt mit deren zunehmender Kursnahme auf sozialistische Ziele zusammen. Gregor Gysi ließ die Öffentlichkeit wissen, er habe schon immer gewußt, daß der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ aus Lateinamerika komme. Gysis Partei streicht den alten Begriff Sozialismus de facto aus ihrem Programm, setzt aber angeblich auf dessen lateinamerikanische Variante. Wie paßt das zusammen? Der lateinamerikanische Sozialismus ist ohne die kommunistischen Parteien der Länder des Subkontinents undenkbar. Entscheidend für deren Teilnahme an den revolutionären Prozessen aber ist die Haltung zu diesen.



Der USA-Bananenkonzern Chiquita (früher United Fruit Company) hat jetzt zugegeben, jahrelang die Todeschwadronen bezahlt zu haben, die in Kolumbien Bauern ermordeten oder von ihrem Land vertrieben.

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Die fortschrittlichen Kräfte Mittel- und Südamerikas kennen sich gut mit dem Werk von Marx, Engels und Lenin aus. Sie verzichten darauf ebensowenig wie auf die Erfahrungen ihrer eigenen historischen Vorbilder. Nennen wir nur Bolívar, Martí, Sandino und Zapata. Nach meiner Auffassung verhält sich die KP Venezuelas vorbildlich. Sie geht davon aus, daß das jetzt vielfach präsentierte Konzept eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ noch nicht das des wissenschaftlichen Sozialismus ist. Dennoch unterstützt sie Chávez und die Bolivarianische Revolution, wobei sie bisweilen Solidarität mit kritischer Distanz verbindet. Die Revolutionen in Lateinamerika sind noch keine sozialistischen, sie können aber in solche hinüberwachsen.

Gysi begeistert sich für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, weil er die Absicht verfolgt, diesen der Marxschen Lehre und den Erfahrungen des realen Sozialismus im 20. Jahrhundert entgegenzustellen. Auch hier ist sein noch verbrämter „linker“ Antikommunismus im Spiel.

Von Lenin wissen wir, daß die Hauptfrage der Revolution die Machtfrage ist. Nach 1990 spielten in den Bewegungen Lateinamerikas die chilenischen und nikaraguanischen Lehren aus Machterlangung und Machterhalt bei allen Debatten eine große Rolle. In Chile kam die Unidad Popular durch Wahlen ans Ruder und wurde von der bewaffneten Konterrevolution weggeputscht. In Nicaragua gelangte die FSLN durch den bewaffneten Aufstand an die Macht und wurde von der Reaktion an den Wahlurnen geschlagen.

Der Unterschied zwischen bestimmten nichtmarxistischen linken Kräften Europas und den antiimperialistischen Kämpfern Lateinamerikas besteht darin, daß die einen sich anbieten, das System zu bewahren und es mittels Reformen zu „verbessern“. Die anderen aber gehen den revolutionären Weg. Sie nutzen den bürgerlichen Parlamentarismus, um die Regierung zu übernehmen und mit deren Hilfe die Gesellschaft umzugestalten. Während viele Linke Europas nach der Niederlage des Sozialismus auf ihrem Kontinent in einem Tal von Tränen und Selbstzerfleischung versanken, sammelten sich die Linken Lateinamerikas in São Paulo und gründeten ihr ständiges Forum für die Kämpfe der Zukunft.

Der ermutigende Aufbruch auf dem Subkontinent hat etwas mit der taktischen und strategischen Klugheit erfahrener revolutionärer Kräfte dort zu tun. Sie verstehen die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung offensichtlich besser als mancher hierzulande.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Wie ein junger Regisseur den Lebensweg des 91jährigen Walter Ruge ins Bild setzte

Potsdamer Erntetag

Ein Architekt oder Baumeister kann stets auf für alle sichtbare Gebäude als Ergebnis seiner Arbeit verweisen; ein Handwerker fertigt Körbe, Tongeschirr oder Schuhe. Da entstehen Maschinen oder Stoffe, Autos, Schiffe, Brücken und Straßen als nutzbares Resultat menschlicher Arbeit. Es erfreut sich der Bauer am Vieh auf der Weide, und der Gärtner verfolgt stolz das Wachsen der gepflegten Stauden und Gehölze. Lehrern ergeht es da ganz anders. Nach viel Engagement und Herzblut für widerborstige oder gut lenkbare junge Leute bleibt schließlich nichts Faßbares, Sichtbares. Das ist neben manchen anderen eine unbefriedigende Seite des Pädagogenberufs. Aber letztendlich stimmt das ja auch gar nicht; man braucht nur richtig langen Atem, um Früchte zu ernten. So ein Erntetag war für mich der 4. März 2007.

Der standhafte Kommunist Walter Ruge, ein Freund der Familie, hatte ins Film-museum Potsdam eingeladen. Sein ereignisreiches, fast 92jähriges Leben war zum Filmgegenstand geworden. Vom Entstehen des Streifens hatte Walter wiederholt berichtet. Wir kannten seine Lebensgeschichte, wußten, daß der 1915 in Berlin Geborene aus politischen Gründen 1933 in die Sowjetunion emigrierte und dort nach acht arbeitsreichen Jahren in verschiedenen Berufen grundlos, für ihn selbst bis heute völlig unverständlicher Weise zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Er hatte immer wieder von der schweren Zeit in Sibirien, aber auch von seiner Liebe zur Sowjetunion und schließlich zur russischen Irina berichtet, die er 1958 als seine Frau mit in die DDR brachte.

Das alles sollte nun auf der Leinwand in dem Dokumentarfilm „Über die Schwelle“ zu sehen sein. Wir waren gespannt und erwartungsfroh, aber auch etwas zweifelnd. Walter hatte immer von einem jungen Filmteam gesprochen und geschrien. Der außerordentlich rüstige Filmheld auf Reisen mit Filmeleven Mitte Zwanzig? Da wird doch heutzutage so viel über Generationsprobleme geredet! Können sich ganz junge Leute in die Gedankenwelt eines Menschen hineinversetzen, der so ein bewegendes Schicksal hinter sich hat? Und dann auch noch eine Produktion der Filmakademie aus Baden-Württemberg! Also, wir warteten voller Spannung auf die Vorführung.

Das ging nicht nur uns so. Das in Potsdam bekannte Urgestein Walter Ruge hatte viel mehr Zuschauer angelockt, als der Kinosaal fassen konnte. Selbst die stapelweise herbeigeholten Stühle reichten bei weitem nicht aus. Viele wollten sich das Filmergebnis trotzdem nicht entgehen lassen und verfolgten die Vorführung und die anschließende Gesprächsrunde im Stehen. Den Zuspruch vorausahnend, waren wir rechtzeitig erschienen und erfreuten

uns eines günstigen Sitzplatzes. Da kam strahlend ein junger, gut aussehender Mann mit schmalen Bärtchen auf mich zu, begrüßte mich herzlich, sprach mich mit Namen an und freute sich sichtlich über mein Erscheinen: Stefan Mehlhorn – der Regisseur des Films, auf den wir so gespannt warteten. Ich hatte ihn etwas blonder in Erinnerung, das 1981 geborene, quicklebendige Kerlchen, das von 1987 bis 1993 die Dr.-Salvador-Allende-Oberschule besuchte und bei mir im Biologieunterricht seine „Zwei“ erarbeitete. Tausende Schüler waren es in gut 40 Jahren; ihn wie manchen anderen hatte ich aus den Augen verloren, aus dem Gedächtnis nicht. Sofort fiel mir seine Klassenleiterin wieder ein und auch der Raum, in dem seine Klasse „wohnte“.

Zum Erinnern blieb nicht viel Zeit. Mit dem markanten Gesicht Walter Ruges in Großaufnahme und einer Einladung an die junge Film-Crew zu Kaffee, Kuchen und Obstsalat begann die Aufführung. Nun – nachdem ich nicht nur den Helden, sondern auch den Regisseur persönlich kannte – war ich noch aufgeregter.

Sechzig Minuten zog mich das Geschehen auf der Leinwand voll in seinen Bann. Wie feinfühlig und freundschaftlich gingen die jungen Leute mit dem alten Kämpfer um, aber in keiner Weise bemitleidend ob des schweren Schicksals oder jugendlich burschikos oder gar überheblich. Nun, Walter machte es ihnen offensichtlich auch nicht allzu schwer, denn „aufs Maul gefallen“ ist er wahrlich nicht, und der Optimismus, ja der hintergründige Humor, mit denen er die schweren Jahre durchstand, waren auch im Film unüberhörbar. Russische Musik, die Walter so gern hat, und das DDR-Kinderlied „Blaue Wimpel im Sommerwind wehn, wo fröhliche Kinder sind“, das Stefan Mehlhorn bei uns in der Schule lernte und so liebt, sind hier mehr als nur Untermauerung.

Mich beeindruckten die Bilder vom übermannshohen Schnee in Sibirien Ende Mai und das Donnerrollen, das den Eingang auf dem Jenissei begleitet. Tief rührte mich die Szene an, als in einem äußerlich barackenhaft anmutenden Museum eine feierlich herausgeputzte Standesbeamten-Walter eine Kopie seiner Heiratsurkunde mit dem dazugehörigen Foto übergab. Seine Augen blitzten spitzbübisch, als er von der Eroberung seiner Irina sprach. Und alle Zuschauer hätten es dem Stefan im Film gleichtun wollen, als er Walter in dem Augenblick tröstend und aufmun-

ternd in den Arm nahm, als er dort im fernen Sibirien über den Tod seiner geliebten Frau vor vier Jahren sprach. In beeindruckender Weise wurden alte Dokumentaraufnahmen, der Reisebericht von der Fahrt zum Jenissei und eine Gesprächsrunde mit Schülern der Steuben-Gesamtschule in Verbindung gesetzt. Wie sehr Walter im Gedankenaustausch mit jungen Leuten den richtigen Ton trifft, war in dieser besonderen „Geschichtsstunde“ zu erleben. Da ist klar, daß er auch mit den Filmschöpfern selbst schwierigste Situationen clever meisterte.

Ich habe selten einen so langanhaltenden Applaus nach einer Filmaufführung erlebt. Immer wieder brandete Beifall auf, als Stefan anschließend sein Team



Walter Ruge (l.) und Stefan Mehlhorn im Filmmuseum

vorstellte, das fast vollzählig erschienen war. Wie Pingpongbälle warfen sich auch in der Gesprächsrunde Walter und Stefan die Worte zu. Respekt vor der Lebensleistung des Älteren und Dank für sein Wirken am und im Film, aber auch fast wortloses Verstehen und echte Freundschaft brachte Stefan nachhaltig zum Ausdruck. Und ich saß in der zweiten Reihe, klatschte und war glücklich. Ich weiß nicht, worüber ich mich mehr freute – darüber, daß das Leben des aufrechten, ungebrochenen Kommunisten so ehrlich und ansprechend gewürdigt wurde, oder darüber, daß mein ehemaliger Schüler für dieses beeindruckende Kunstwerk mit Buch und Regie die Verantwortung trug.

Stefan, der an unserer Schule das Lesen, Schreiben, Rechnen und vieles mehr gelernt hatte, legte erfolgreich das Abitur ab. Zur Ausbildung ging er an die Filmakademie in Ludwigsburg. Zwischenzeitlich studierte er ein Jahr in Moskau.

Für mich war am 4. März 2007 Erntetag, und ich wünsche Stefan für den Studienabschluß viel Erfolg.

Walter Ruge sagte in der Diskussion abschließend: „Es gibt kein Generationsproblem, sondern nur ‚Idioten‘, die sich nicht auf die Jugend einstellen können.“

Prof. Rudolf Sitte – ein Meister der baugebundenen Kunst in der DDR

Am 13. Mai begeht Prof. Rudolf Sitte aus Königsbrück – ein Bruder von Prof. Willi Sitte und wie dieser ein Meister der bildenden Kunst – seinen 85. Geburtstag. Wir haben ihn unlängst in seinem Hermsdorfer Ausstellungspavillon besucht und dort einen energievollen, nach wie vor von schöpferischer Unrast beseelten Menschen angetroffen.

Viele seiner bedeutendsten Arbeiten auf dem Gebiet der baugebundenen Kunst sind durch die mit der Konterrevolution ans Ruder gelangten neuen Machthaber in der ihnen eigenen Arroganz und Ignoranz zerstört worden. Doch das kann Rudi Sitte in seinem ungebrochenen Schaffen nicht aus der Bahn werfen. Der einstige Lehrer an der Dresdner Hochschule für bildende Kunst ist aber

weit mehr als nur ein Mann der Künste. Er ist auch ein Mann der Tat und gehört zu jenen, die von der Rückwärtswende in unserer Gesellschaft nicht niedergedrückt worden sind, die nicht aufgegeben haben. Auch im hohen Alter fühlt er sich der sozialistischen Sache verpflichtet. Wir sind froh, auf dieser Seite zwei seiner Werke vorstellen zu dürfen. Gratulation, lieber, teurer Genosse Rudi!



**Details einer Fassadengestaltung aus handgeformtem Meißner Porzellan
am Lehrlingswohnheim in Langenhennersdorf**



„Der Teufelskreis“ war ihr erfolgreichstes Stück Zum Lebenswerk Hedda Zinner

Die Berliner Schriftstellerin Hedda Zinner hinterließ ein umfangreiches und vielschichtiges Lebenswerk. Dazu zählen Gedichte, Hörspiele, Erzählungen, Romane, Schauspiele und Fernsehspiele, in denen sie sich oft Frauenschicksalen widmete.

Als junge Schauspielerin schrieb sie bereits Ende der zwanziger Jahre für die „Rote Fahne“, so daß allein die Bibliographie ihrer Beiträge von 1930 bis 1940 nicht weniger als 114 Texte umfaßt. In der sowjetischen Emigration begann sie ihren Roman „Fini“ und die Erzählung „Gut Pirkenau“ zu schreiben. Sie schuf auch Nachdichtungen, die in dem Bändchen „Glas und Spiegel“ (1985) vereint wurden.

Zu ihren ersten Stücken in den Nachkriegsjahren zählen unter anderem „Caféhaus Payer“ (1946), „Lützower“ (1955), „General Landt“ (1957), „Was wäre, wenn...?“ (1959) und „Leistungskontrolle“ (1960). In ihrem Schauspiel „Ravensbrücker Ballade“ (1961) rückte sie die Solidarität antifaschistischer Widerstandskämpfer ins Zentrum. Später widmete sich die Autorin hauptsächlich der Epik und der Fernseh-dramatik. Ihr wohl bedeutendstes und erfolgreichstes Drama war „Der Teufelskreis“, das 1953 in der Regie von Fritz Wisten in Berlin uraufgeführt wurde und über viele Bühnen der DDR und auch manche des Auslands ging. Hedda Zinner untersuchte darin vor allem die Ursachen, Begleitumstände und Folgen des Reichstagsbrandprozesses. 1956 verfilmte Carl Ballhaus das Stück für die DEFA. 1982 erlebte es eine Fernsehinszenierung mit Horst Drinda in der Hauptrolle.

Als Epikerin trat Hedda Zinner bereits 1952/63 mit Prosabüchern hervor. Mit der romanhaften Biographie „Nur eine Frau“ (1954) setzte sie der aktiven Kämpferin für die Gleichberechtigung im 19. Jahrhundert Louise Otto-Peters ein literarisches Denkmal. In dem gleichnamigen DEFA-Film spielte Karla Runkehl die Hauptrolle. Mit ihrer umfänglichen Trilogie „Ahnen und Erbe“ präsentierte die

Schriftstellerin ein Alterswerk, das in der DDR-Literatur ohne Beispiel war. In dem Mammut-Epos mit den Bänden „Regina“, „Die Schwestern“ und „Fini“ unternahm sie den Versuch, auf nahezu 2000 Seiten die Emanzipationsbestrebungen der Frauen im 20. Jahrhundert „in der Chronik eines Halbjahrhunderts“ zu gestalten. In ihrem Erinnerungsbuch „Auf rotem Teppich“ (1978) gewährte Hedda Zinner Einblicke in die „Werkstatt“ ihres Schaffens. Mit temperamentvoller Offenheit legte sie Rechenschaft über ihr Wirken ab und hielt Zwiesprache mit zahlreichen Zeitgenossen, denen sie begegnet war. In ihren weiteren Romanen wandte sie sich unterschiedlichen Themen zu. Erfaßte sie in „Die Lösung“ (1981) den Altersgrenzbe-reich einer Frau jener Zeit, so stellte sie in „Katja“ (1980) die Gründe eines Selbstmords in den Mittelpunkt der Handlung. In ihrem Roman „Arrangement mit dem Tod“ (1984), nach dem Siegfried Kühn den erfolgreichen Film „Die Schauspielerin“ mit Corinna Harfouch drehte, wußte sie auf neue Weise in dem ihr wohlbekanntesten Theatermilieu die menschlichen Auswirkungen der „Endlösung der Judenfrage“ beeindruckend zu gestalten. Komplizierte Fragen der jüngeren Geschichte griff sie in ihrer Erzählung „Die große Unschuld“ (1988) auf, die im Zusammenhang mit dem Leben und Tod eines jungen Terrori-sten entstanden waren. Ihre Geschichte als Emigrantin in den Jahren 1935 bis 1945 in der Sowjetunion zeichnete sie in „Selbstbefragung“ (1989) nach. Dabei ging es ihr weniger um ihr eigenes Leben an der Seite ihres Mannes – des Schriftstellers und Theaterkritikers Fritz Erpenbeck – und ihres Sohnes

John Erpenbeck, sondern um die „ganze Wahrheit“ über jenes Jahrzehnt, das sowohl durch Erscheinungen innerer Repression als auch durch die heroische Abwehr des faschistischen Aggressors geprägt war.

Hedda Zinner setzte Maßstäbe für die Fernseh-dramatik der DDR. Zahlreiche Fernsehspiele, darunter „Der Fall Sylvia Karsinke“, „Der Fall Marion Neuhaus“, „Zwei Ärztinnen“ oder „Der Fall der Magdalene Eigner“ wurden von Adlershof ausgestrahlt. In diesen Stücken stellte sie brennende ethische Fragen psychologisch ausgelotet vor und versuchte, soziale Entscheidungshilfen auszulösen und zu provozieren. Sie bildeten nicht nur moralische Stimulanz für mehrere Generationen. In dem Erzählband „Ins Leben entlassen“ (1990) vereinte die Autorin fünfzehn Texte, die sie nach ihren bekanntesten Fernseh-szenarien geschrieben hatte.

Der Buchverlag Der Morgen erwarb sich das Verdienst, zu Beginn der achtziger Jahre „Ausgewählte Werke in Einzelausgaben“ von Hedda Zinner herauszugeben, die in neun umfänglichen Bänden vorliegen. Sie zeugen von dem vielseitigen und stattlichen Lebenswerk der Schriftstellerin. Hedda Zinner, die am 20. Mai 1904 geboren wurde, verstarb am 1. Juli 1994.

Dieter Fechner



Grafik: Heinrich Ruynat



Vielen Dank für den „RotFuchs“. Ich erhalte ihn regelmäßig, lese jede Nummer gründlich und betrachte ihn als eine unschätzbare Quelle an Informationen, Kommentaren und theoretisch-ideologischen Analysen zur deutschen und internationalen kommunistischen und sozialistischen Bewegung. Ich möchte auch die wertvolle künstlerische Mitarbeit – Grafiken, Bilder, Zeichnungen – hervorheben, die politische Inhalte unterstreichen. Das gilt z. B. für die Grafik von Klaus Parche in Nr. 110. In der März-Ausgabe war die Analyse von Dr. Dr. Ernst Albrecht „Zu einigen Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR“ besonders interessant. Sie behandelt viele theoretische, ökonomische und politische Probleme des Marxismus-Leninismus auf neue Art. Ich wünsche dem Verfasser weitere Erfolge und danke der Redaktion sowie den Regionalorganisationen des RF-Fördervereins. Mit Interesse habe ich auch die Rezension des Buches von Holger Michael „Juden in Polen“ gelesen, in dem manche Einschätzungen leider zu oberflächlich sind.

Prof. Dr. sc Zbigniew Wiktor, Wrocław

Der Grundtenor des Marburger Gysi-Vortrags „Ein moderner Sozialismus“ ist nicht neu. Er gibt in meinen Augen nur Gedanken wieder, die bereits im Chemnitzer Programm, davor und danach sowie neuerlich auch im Gründungsdokument der Partei Die Linke zu finden sind. Gysi sagt in seiner Rede zur Eigentumsfrage: „Das Problem ist dabei nicht die Eigentumsfrage, sondern die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle und Teilhabe.“ Im Gründungsdokument kann man lesen: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums. Es ist sozialen Maßstäben zu unterwerfen.“

Das ist „moderner Sozialismus“ ohne Marx. Es kann dabei nicht viel mehr herauskommen als eine Beschneidung der extremen Auswüchse des kapitalistischen Systems, was wiederum seiner weiteren Stabilisierung dient. Ich denke, daß sich die PDS schon vor geraumer Zeit vom wissenschaftlichen Sozialismus, von Marx und Engels, von der Forderung nach Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel verabschiedet hat. Das habe ich reichlich spät bemerkt, allerdings nicht zu spät, um mich nunmehr vom „demokratischen Sozialismus“ zu verabschieden. Ich bin und bleibe Sozialist, wobei ich meine, daß das „Kommunistische Manifest“ immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Karl-Heinz Ebeling, Fürstenwalde

Zu meinem 85. Geburtstag hatte ich die Gäste gebeten, an Stelle von Blumen und Geschenken für Kubas Kinder zu spenden. Ich teile Euch mit, daß dabei 803,50 Euro zusammengekommen sind.

Rudolf Härtl, Strausberg

Zum Artikel von Dr. Dr. Ernst Albrecht (RF 110): Ideologische und politische Phrasendrescherei war allzuoft in der Agitation und Propaganda die praktizierte Realität. Auch ich bediente mich, in meiner Unwissenheit und Halbbildung, häufig dieser unsinnigen „Methode“. Subjektivismus und Pseudomarxismus ersetzen und ersetzen immer noch auch bei „aufgeklärten Linken“ und Kommunisten die wissenschaftliche (marxistische) Analyse. Selbstkritik ist kein Selbstzweck, kein Angebot an den politischen und sozialen Gegner, keine Offerte an die Bourgeoisie oder deren Administration samt ihrer Kollaborateure. Selbstkritik ist kein Defätismus, keine Selbstaufgabe, kein weltanschauliches Zugeständnis. Sie hilft uns, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen, mit ihr theoretisch und praktisch umzugehen, den Klassenkampf in der bestehenden kapitalisti-

schen Gesellschaft und für deren Überwindung zu führen.

Reinhold Schramm, Berlin

Ein paar Bemerkungen zur Debatte „Über unser eigenes Versagen“. Im Falle der DDR steht deren ganze Lebensgeschichte, von Anfang bis Ende, zur Diskussion. Die Krisenlage der letzten Jahren ihrer Existenz war ja nicht vom Himmel gefallen, sondern hatte sich von langer Hand herausgebildet.

Rückblickend kann man feststellen, daß das den historischen Bedingungen angepaßte Gesellschaftsmodell bei der Bewältigung der anstehenden gewaltigen Aufgaben (Beseitigung der vom Faschismus hinterlassenen materiellen und geistigen Verwüstungen, Normalisierung und schrittweise Verbesserung der Lebensverhältnisse, Abwehr der Spaltungs- und Störpolitik des Westens und nicht zuletzt Eröffnung einer Aufstiegsperspektive für alle zur Mitarbeit bereiten Menschen) seine Bewährungsprobe durchaus bestanden hat.

Die Frage ist, ob die in diesem erfolgreichen Übergangsmodell enthaltenen Reserven und Entwicklungspotenzen auch wirklich bis zu Ende ausgeschöpft und ausgereizt worden sind, bevor man es mit der Parteikonferenz von 1952 verabschiedete und unter dem Titel „Aufbau des Sozialismus“ zu einem anderen Entwicklungsmodus übergang. Legt man die Kriterien der klassischen Sozialismustheorie zugrunde, läßt sich darüber streiten, ob für ein derart hochgestecktes Ziel damals bereits die notwendigen ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen in ausreichendem Maße vorhanden waren. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, daß die während der antifaschistisch-demokratischen Periode praktizierte Wirtschaftsverfassung in den wesentlichen Charakteristika mit dem System übereinstimmt, das anfangs der 20er Jahre in der Sowjetunion unter dem Namen „Neue Ökonomische Politik“ auf Initiative Lenins eingeführt worden war. Manches spricht dafür, daß der vorzeitige Abbruch der NÖP ein strategischer Fehler war, dessen Wiederholung in der DDR zu jenen ökonomischen Verwerfungen führte, die – zusammen mit anderen Negativfaktoren – schließlich den Kollaps auslösten.

Manfred Höfer, Leipzig

Im Beitrag von Ernst Albrecht steht u. a. der für mich geschichtlich-wahre Satz: „Der Ausgang des Kampfes beider Weltsysteme hat deshalb auch das Schicksal der DDR besiegelt.“ Es ist schon eine Weile her, da habe ich zu diesem Thema Herrn Schorlemmer in Wittenberg geschrieben: BRD und DDR sind Kinder des kalten Krieges. Die Macht, die den kalten Krieg verliert, nimmt bei ihrer Niederlage auch den Staat mit, der sich in ihrem Machtbereich befindet. Ich habe das deshalb so kraß gesagt, weil man nicht selten entschuldigend hört: Na ja, der Sozialismus der DDR war eben nur ein Versuch. Das klingt gerade so, als wäre es für die DDR möglich gewesen, die Sowjetunion zu überleben, als ob wir Experimentierer auf einer Insel der Seligen gewesen seien, auf der es alles gab, so daß nur noch der Sozialismus erschaffen werden mußte.

Siegfried Spantig, Hagenow

Genosse Timm schlußfolgert in seinem Beitrag, 1989 hätte die Macht eingesetzt werden müssen. Weil das nicht geschah, seien „wir selbst schuld am Untergang der DDR“. Das scheint mir realitätsfern zu sein. (Ich war in jener Zeit ebenfalls 1. Sekretär einer SED-Kreisleitung.) Der Autor müßte wissen, daß dafür in dieser Phase schon keine Voraussetzungen mehr bestanden. Partei und Regierung hatten das Vertrauen und die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung verloren. Es hat mich damals sehr erschüttert zu erleben, daß auch ein beachtlicher Teil unserer Mitglieder nicht mehr hinter uns stand. Nüchtern analysiert, konnte darum angesichts der Aktivitäten der sowjetischen Führung zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse nicht nur im eigenen Lande und der Tatsache, daß die Initiative längst an die Kräfte der Konterrevolution übergegangen war, das

Ende der DDR durch den Einsatz von Machtmitteln nicht mehr verhindert werden. Es wäre doch in jedem Falle ein Einsatz nicht gegen den Feind, sondern gegen eigene Leute gewesen, die allerdings des raffiniert-demagogischen Parolen des Feindes folgten. Und hat sich Genosse Timm nicht die Frage gestellt, was ein solches Vorgehen für Folgen gehabt hätte? Die völlige Diskreditierung von DDR und SED und ergo die Beschleunigung des Endes der DDR wären dabei herausgekommen. Und die Sieger hätten den Vorwand für eine um vieles brutālere Abrechnung geliefert bekommen.

Dieter Itzerott, Torgau

Ich hatte in meinem Berufsleben auch die eine oder andere leitende Funktion inne. Unter anderem war ich Direktor an Instituten für Lehrerbildung, hauptamtlicher Parteisekretär an einer Hochschule, hauptamtlicher BGL-Vorsitzender. Da kam es zuweilen vor, daß ich bei Weisungen übergeordneter Parteiorgane oder eines Ministeriums so meine Bedenken hatte. In einer Rede des Physikers Prof. Steenbeck las ich sinngemäß: Wer eine Weisung „von oben“ als falsch erkennt und sie dennoch durchsetzt, betreibt Sabotage. Mit diesem „moralischen Rückenwind“ habe ich Weisungen, die mir unsinnig erschienen, zu diskutieren versucht. Nicht selten wurde mir dann entgegengehalten: Aber Genosse – willst Du klüger sein als die kollektive Parteiführung? Nein, das wollte ich natürlich nicht. Doch allein die Tatsache, daß ich an einem Parteibeschuß „von oben“ zweifelte, brachte mir den Ruch ein, wahlweise Objektivist, Subjektivist, Liberalist, Reformist, Revisionist usw. zu sein. Und so wie mir erging es nach meiner Kenntnis vielen guten und ehrlichen Genossen.

Helmuth Hellige, Berlin

Ich bin Jahrgang 1963 und wurde als junger Mensch über die sogenannte K-Gruppen-Szene marxistisch sozialisiert. Zur Zeit der „Wende“ habe ich in Westberlin gewohnt und so alles hautnah miterlebt. Schon vorher hatte ich einen „Draht“ zur DDR, nicht zuletzt über ihre Medien, z. B. den exzellenten Radiosender „DT 64“. Der ist wenigstens in Ehren untergegangen.

Es muß einmal verbindlich geklärt werden, was gut und was schlecht an der DDR sowie am gesamten Projekt des real existierenden Sozialismus gewesen ist. Wir Kommunisten sollten heute um „heiße Eisen“ keinen Bogen machen. Da darf es keine Tabus geben. 3,2 Millionen Mitglieder und Kandidaten zählte die SED. Wie viele wahre Genossen blieben davon übrig? In einem der März-Artikel ist von der Entfremdung zwischen Parteibasis und Parteispitze, zwischen Partei und Volk die Rede. Aber ging der Reiß nicht auch durch das Politbüro selbst? Hatte die DDR mit Schabowski nicht ihren eigenen Taschen-Gorbatschow? Honecker hingegen mag man Engstirnigkeit und Realitätsverlust vorhalten. Doch er ist zum Ende seiner Tage anständig geblieben, wie das heute auch sein Amtsnachfolger Egon Krenz beweist. So sieht das jemand, der die DDR in ihren letzten Jahren mit kritischer Sympathie von außen wahrgenommen hat. Es freut mich, daß es in Gestalt des RF eine Monatszeitschrift gibt, die in guter DDR-Tradition steht und zugleich den Blick nach vorn richtet. Dafür meinen Dank.

Ludwig Enderle, Mainz

Gratulation zur März-Ausgabe! Wir diskutieren auf gutem Niveau über Gründe unseres Versagens. Es ist schön, einem Verein anzugehören, dessen Kompetenz in der Theorie und bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte wirklich vorzeigbar ist.

Bernd Fischers Artikel ist Imperialismuskritik vom Feinsten. Und – hier orte ich mich: Nie hätte ich geglaubt, daß wir zu einer so kritischen Binnensicht in der Lage wären, wie sie in der Buchbesprechung „Juden in Polen“ von Ernst Heinz zum Ausdruck kommt.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Das Forschen nach den Ursachen der Niederlage darf nicht mit der Suche nach den Schuldigen verwechselt werden oder sich dar-

auf beschränken. Das wäre nicht tiefgründig, sondern unwissenschaftlich. Egal, ob es sich dabei um Selbstkritik handelt oder um Schuldzuweisungen. Schon gar nicht Ende 1989, als bereits alle Messen gesungen waren. Wenn ich selbst versagt habe, wieso haben dann Hunderttausende andere, die in der gleichen Position waren, ebenfalls versagt? Wenn Leute wie Gorbatschow schuld sein sollen, wie konnten einzelne Persönlichkeiten ein ganzes Weltreich untergehen lassen, in dem doch das Volk die Macht hatte? Und wie es untergegangen ist!

Wolfgang Werth, Neubrandenburg

Ich stimme Genossen Glante zu, daß in der SED die innerparteiliche Demokratie zunehmend durch Formalismus und autoritäres Gehabe, verbunden mit einem unerträglichen Personenkult – bisweilen sogar auf mittlerer und unterer Ebene – geschädigt wurde. Doch das ist, wie man so sagt, „ein weites Feld“.

Aus eigener Erfahrung kann ich – ungeachtet der Mängel – auf lebendige und streitbare Diskussionen in meinen Parteikollektiven, in Brigadeveranstaltungen und im Ausschuß der Nationalen Front verweisen. In mehreren Wissenschaftlichen Beiräten, denen ich angehörte, wurde um Wahrheit und Klarheit gerungen. Nicht zuletzt war für mich als engagierten Leiter eines Kreises, der sich um den Dialog von Marxisten und Christen bemühte, das gegenseitige Bereichern im Gespräch und auch im Streit Selbstverständlichkeit. Natürlich gab es auch Ermahnungen von höherer Stelle, den Akzent allein auf marxistisch-leninistische Weiterbildung zu legen. Trotz bestehender Defizite hatten wir auf dem Weg zur sozialistischen Demokratie einiges erreicht, was angesichts des heuchlerischen Charakters der bürgerlichen Demokratie nicht geringgeschätzt werden sollte. Bestätigt sich doch gegenwärtig die Marxsche Voraussage, daß sich die bürgerliche Demokratie darin erschöpft, einmal in vier oder fünf Jahren darüber zu entscheiden, welche Politiker der herrschenden Klasse die Massen vertreten und zertreten dürfen.

Dr. sc. Fritz Welsch, Berlin

Noch ein Wort zur Timm-Diskussion: Der Ausschluß von Waffengewalt durch den damals noch sozialistischen Staat war nach meiner Ansicht, im nachhinein betrachtet, zwar nicht der einzig mögliche, jedoch der einzig richtige Weg. Lenin sagte sinngemäß, daß eine Revolution nur dann etwas wert sei, wenn sie sich auch zu verteidigen wisse. Die militärische Verteidigung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse besitzt indes nur dann ihre Berechtigung, wenn man sich auch des Rückhalts der Bevölkerung sicher sein kann. Dieser war im Herbst 1989 bereits verloren. In einer solchen Situation auf den Einsatz von Waffengewalt zu setzen, wäre in höchstem Grade verantwortungslos gewesen. Das Ergebnis der weiteren politischen Entwicklung hätte man durch Gewaltanwendung wohl kaum ändern können. Wäre es dazu gekommen, würden heute viele ehrliche und aufrichtige SED-Mitglieder als Gewalttäter abgestempelt.

Torsten Barucki, Halle/Saale

In der März-Ausgabe des RF berichteten auch zwei Autoren aus dem früheren Bezirk Gera, in dem ich die BV des MfS leitete, über eine Zeit, in der Kritik bei uns nicht mehr geschätzt wurde. Genosse Glante aus Gera schrieb, daß wir begonnen hätten, uns selbst und das Volk zu belügen. Und Genosse Günther aus Rudolstadt stellte fest, daß die Warnungen der Sicherheitsorgane durch Leute im Parteiapparat in den Wind geschlagen wurden.

Sicher ist nicht kalendarisch bestimmbar, ab wann in der Partei Kritik und Selbstkritik nicht mehr als Lebensnotwendigkeit angesehen wurden. Es ist aber gewiß nicht falsch, wenn ich behaupte, daß der 1971 erfolgte Wechsel an der Parteispitze daran nicht schuldlos gewesen ist.

Ein Beispiel mag belegen, wie sehr sich manche Genossen in Unterwürfigkeit ergingen. Die Jagdzeitung der DDR Nr. 7/86 stellte die Medaillen-Trophäen des Jahres 1985 vor. Erstmals

sei im Bezirk Gera ein Goldmedaillenhirsch erlegt worden, hieß es da. Als Schütze wurde der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung ausgewiesen. Tatsächlich hatte dieser Hirsch aber nie eine Kugel gesehen. Er wurde auf der Autobahn bei Schleiz von seinen Läufen geholt und verendete dort.

Einige Speichellecker aus dem Parteiapparat steckten hinter diesem unrühmlichen Akt, den der 1. Sekretär über sich ergehen ließ. Hierzu möchte ich August Bebel in Erinnerung rufen: „Da jede Machtstellung in sich die Gefahr des Mißbrauchs enthält, hat die Partei die Pflicht, die Handlungen ihrer Führer unter straffe Kontrolle zu nehmen.“

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Heute lese ich im ND, daß der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei, Dietmar Bartsch, sich dafür ausgesprochen hat, die einstigen „Bürgerrechtler“ Schulz, Poppe und Bohley für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Das nimmt mir förmlich die Sprache. Habe ich da etwas verpaßt? Wie brachten es die Genannten nur zuwege, daß der Anschluß der DDR an die BRD friedlich verlaufen ist?!

Historisch belegt dürfte doch wohl sein, daß die damalige DDR-Führung mit Egon Krenz am Abend des 9. November 1989 vor der Entscheidung stand, Panzer rollen oder die Schlagbäume öffnen zu lassen. In höchster Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in der Welt und getreu ihrer politisch-moralischen Prinzipien entschied sie sich für den Verzicht auf Gewalt. Ich möchte mir nicht ausmalen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn die kapitalistische BRD vor dieser Frage gestanden hätte.

Hildegard Wolff, Halle/Saale

Innere und äußere Kräfte, die auf eine Konterrevolution hinarbeiteten, hat es in der DDR zu jeder Zeit gegeben. Wenn dem nicht so gewesen wäre, hätten wir uns die Schutz- und Sicherheitsorgane, welche im großen und ganzen all die Jahre eine gute Arbeit geleistet haben, in diesem Umfang ersparen können.

Der schmähliche Untergang der DDR ist nicht nur auf die Zeit von 1989/90 einzugrenzen. Leider begann dieser schleichende Prozeß sehr viel früher. Dabei war die Ausschaltung des Genossen Walter Ulbricht Anfang der 70er Jahre ein gravierender Einschnitt.

Hans-Joachim Maaßberg, Magdeburg

Der sowjetische General Nikolai Bersarin war in der kriegszerstörten Stadt Berlin erster Stadtkommandant. Er sicherte die Lebensmittelversorgung der Berliner Bevölkerung und brachte das wirtschaftliche und kulturelle Leben wieder in Gang. Bersarin hat damit vielen Berlinern den Hungertod erspart. Er ist ein würdiger Ehrenbürger unserer Stadt. Aber was hat eigentlich Herr Biermann für Berlin getan? Und wer war Siegfried Berger, für was wurde der geehrt?

Mein ehemaliger Kollege aus dem Funkwerk Köpenick Siegfried Berger wohnte im Ostteil Berlins, war aber im Westteil politisch organisiert. In unserem VEB hatte er eine leitende Stellung inne. Er gehörte zu den Verantwortlichen, die am Morgen des 17. Juni 1953 wiederholt den Strom ausschalten ließen, um die Kollegen am Arbeiten zu hindern. Daraufhin fanden sich etliche von ihnen am Werkort ein, wo sich Gruppen bildeten, in denen zunächst noch mit Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionen sachlich diskutiert wurde. Dann fiel der elektrische Strom endgültig aus. Am Werkort wurde die Lage mit der Zeit unübersichtlich. Herr Berger trat nun auf der dortigen Freitreppe als Redner auf. Er und andere verteuflten die DDR und forderten den Sturz der Regierung. Viele Kollegen fürchteten um die Betriebsanlagen und bildeten eine Schutztruppe. Sie besetzten die elektrische Schaltzentrale, das Kesselhaus und die Telefonzentrale. Als gegen Mittag etwa 100 Kollegen der nahegelegenen Yachtwerft vorbeizogen, von denen einige versuchten, auf das Gelände des Funkwerks zu gelangen, wurden sie vom Betriebsschutz und weiteren Beschäftigten daran gehindert.

Dem Zug schlossen sich auch etliche Leute vom Funkwerk an, u. a. der „Kollege Berger“. In die Dimension als Leitfigur von 2000 Funkwerkern hat sich „Freiheitskämpfer“ Siegfried Berger in seiner zweijährigen Haftzeit möglicherweise hineingeträumt. Oder er hat bewußt gelogen. Der größte Teil der Kollegen hat das Funkwerk erst verlassen, als der Ausnahmezustand ausgerufen wurde. Die Schutztruppe blieb in diesen Tagen im Betrieb. Ihre Mitglieder gingen nur nach Hause, um die Wäsche zu wechseln. Ich selbst war damals 20 Jahre alt. Heute wünschte ich mir, daß die Abgeordneten, die über solche Ehrungen zu entscheiden haben, besser recherchieren würden.

Und was das Abstimmverhalten der Berliner PDS in Sachen Biermann betrifft: Sich im Abgeordnetenhaus der Stimme zu enthalten und die Entscheidung im Senat einfach abzunicken, halte ich für unwürdig. **Eva Schmidt, Berlin**

Dr. Hubertus Knabe aus Hohenschönhausen neigt dazu, der Bigotterie, der Rechthaberei und der Schamlosigkeit Vorschub zu leisten. Er bedient sich dabei einer dubiosen Zeugenschaft, unter der sich auch solche finden lassen, die als Täter oder Helfershelfer des faschistischen Unrechts zu „Opfern“ der DDR wurden. Die Tatsache, daß er keinen Respekt vor den antifaschistischen Leistungen des sozialistischen deutschen Staates und seiner Bürger hat, läßt ihn in die Reihe jener zurückfallen, die anderes Denken nicht akzeptieren können.

Der Sturz der DDR erfolgte, weil viele zwar einen „besseren Sozialismus“ wollten, für die Reformierung des Systems aber keine Zeit mehr war, da andere Kräfte ihre Chance wahrnahmen. Kohl und Gorbatschow schlossen ihren „Deal“ am Kaukasus, womit das Volk zur Eile angetrieben wurde. Es gab preis, was es lieber behalten hätte, und woran die Erinnerung wächst. Das ist es, was Herr Knabe über die Hutschnur geht. Er ist der ausgesuchte Mann zur Fortsetzung des kalten Krieges. Mit seinem jetzt erschienenen Buch wird er zu einer Herausforderung selbst für den bürgerlichen Rechtsstaat. **Horst Joachim, Berlin**

Geschichtskundige Linke wie Stefan Doernberg und Kurt Goldstein hatten der letzten Delegiertenkonferenz der Berliner PDS „Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte“ als Diskussionsthema empfohlen. Der Vorschlag wurde abgeschmettert. Nun wandte sich Klaus Lederer, der Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS, in einem Brief an seine Mitglieder gegen das „Zerrbild“ der DDR-Geschichte, das er – bei wem? – entdeckt haben will. An einer Stelle seines Briefes fragt Lederer: „Ändert das (Geschehen in der übrigen Welt, H.S.) irgend etwas daran, daß im Namen des Sozialismus und durch Sozialistinnen und Sozialisten diszipliniert, verfolgt und unterdrückt wurde?“ Bilden wir aus der Passivform seiner Frage einen Satz im Aktiv: Sozialistinnen und Sozialisten haben „diszipliniert, verfolgt und unterdrückt“.

Haben weibliche und männliche Sozialisten gelegentlich auch etwas anderes getan? Vielleicht Stahlwerke gebaut und Städte aus Trümmern entstehen lassen?

Gab es keine Kulturstätten und Sozialleistungen? Auch keine Arbeiter-und-Bauern-Macht, die als Bastion des Friedens wirkte? Übt sie keine Solidarität mit Befreiungsbewegungen in aller Welt – von Vietnam bis Kuba?

Welche Sozialisten haben wen „diszipliniert, verfolgt und unterdrückt“? Warum haben sie das getan? Aus Jux und Tollerei? Hätte der „reale Sozialismus“ etwa auf die Niederhaltung seiner Gegner verzichten können? Aus der Tatsache, daß es wie in jedem anderen Staat natürlich auch Repression gegeben hat, folgert Lederer: „Was also ist die ‚historische Legitimität‘ des Sozialismusversuchs dann wert?“

Dieser Mann will weiter „linke“ Politik machen. Zwei Anregungen: Erstens könnte Lederer vorschlagen, Hubertus Knabe und Marianne Birlher als Ehrenbürger Berlins zu küren. Was Biermann recht ist, ist den anderen billig. Zweitens müßten Demokraten wie der Berliner PDS-

Vorsitzende dafür eintreten, daß die Haftanstalten Fuhrbüttel und Moabit sowie alle anderen Knäste der BRD sofort aufgelöst werden, weil dort im Namen der Demokratie „diszipliniert, verfolgt und unterdrückt“ wird.

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Walter Ruges Buch „Treibeis am Jenissei“ habe ich mir vor kurzem bestellt und inzwischen durchgelesen. Mich hat dieses Thema immer interessiert. Ich bin 1970 in Dresden geboren, hatte in der Schule also noch Russisch. Für mich waren die Russen lange Zeit nur „die Freunde“. Nicht allein, weil es von oben verordnet war. Ich bin 1986, 1993 und 1994 dort gewesen und habe einiges sehen können. Ich wußte lange Zeit nichts über Stalin. In der Schule wurde das Thema, soweit ich mich erinnern kann, nur kurz angeschnitten. Nach 1989/90 gab es immer nur Gehirnwäsche: Stalin war genauso schlimm wie Hitler. War es wirklich so? Das beschäftigte mich. Ich habe kürzlich erst die Arbeit eines Franzosen über Stalin gelesen. Dazu das Buch von Walter Ruge. Dank ihm und seiner persönlichen Erlebnisse kann ich mir jetzt ein besseres Bild von den damaligen Geschehnissen machen. Bitte übermitteln Sie dem Autor meinen Dank! Sein Buch ist überaus fesselnd! Man kann sehr viel daraus lernen! In einem Interview sagte Walter Ruge, daß sich die Jugend nicht mehr für die alte Zeit interessiert. Ich kann nur sagen, daß es bei mir immer anders gewesen ist. Natürlich gibt es viel zu wenig Menschen, die etwas davon wissen wollen. Aber einige gibt es doch!!

Andrea Morgenstern, Hemmingen

Als heute 88jährige habe ich den Hitlerfaschismus in seiner ganzen Grausamkeit kennengelernt. Bei einem Sonntagsgespräch der Lichtenberger PDS mit Prof. Dr. Heinrich Fink über das Thema „Brauchen wir ein NPD-Verbot?“ ging es auch darum, wie sich die Rechtsextremisten in Halbe aufführen. Ich hatte vor kurzem diesen Friedhof aufgesucht und mich mit einigen Ortsbewohnern unterhalten. Die Leute sind eingeschüchtern und meiden ihn, besonders bei Aufmärschen.

Ich schreibe deshalb darüber, weil ich die mörderische Schlacht um Halbe selbst miterlebt habe. 1945 wohnte ich in Märkisch-Buchholz. Um aus dem Kessel herauszukommen, schloß ich mich einem Soldaten an (er wurde später mein Mann), der bei der faschistischen Wehrmacht war. So geriet auch ich als Zivilistin in sowjetische Gefangenschaft.

Ich bin Zeitzeugin und kann bestätigen, wie die Faschisten in den Wäldern von Halbe und Umgebung gewütet haben. Harri Czepuck hat das in seinem Buch „Die längste Nacht“ beschrieben.

Mein Mann und ich haben seitdem immer aktiv am Friedenskampf teilgenommen. Wir wenden uns gegen jedes Wiederaufleben des Faschismus und unterstützen deshalb das Verlangen, die NPD zu verbieten.

Gertrud Zimmermann, Berlin

Die heute Allwissenden meinen, stets ohne Tadel gewesen zu sein. Doch sie standen abseits und lehnten jede Mitarbeit bei der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ab. Andere hatten nach dem vernichtenden Zweiten Weltkrieg nichts dazu gelernt. Jetzt aber schwingen sich diese Leute zu Rachegeistern auf, die jene verurteilen und richten, welche sich in Betrieben und Hochschulen ehrenamtlich betätigten und in ihrer Freizeit für andere aufopferten. Sie entblöden sich nicht einmal, immer wieder unser vergangenes Tun zu diskreditieren. Alle Medien stehen ihnen offen. Dort wird die Wahrheit über die kapitalistische Ungerechtigkeitsgesellschaft ausgeblendet. Komplexes dialektisches Denken ist verständlicher Weise anstrengender als BILD-Flachmänner. Deren in die Irre führende Absichten gilt es zu durchkreuzen.

Fritz Götte, Potsdam

Nun hat es die Regierung geschafft. Deutschland ist nicht nur Papst und Exportweltmeister,

sondern endlich auch wieder aktiver Kriegsteilnehmer. Wenn mir diese dummen, eitlen Slogans auf die Nerven gingen, dann lief es mir kalt über den Rücken, als ein hoher Militär, der Chef des Bundeswehrverbandes Oberst Gertz, unlängst vom Kriegseinsatz „unserer Tornado“ in Afghanistan sprach. All seine Befürworter sollten mindestens vier Wochen in Kampfgebiete geschickt werden, damit sie Bombenhagel und Kanonendonner selbst erleben können. Ich jedenfalls habe die am 10. Mai 1940 einsetzenden Luftangriffe auf das Ruhrgebiet nicht vergessen. **Marianne Wuschko, Hoyerswerda**

Der erste in Irak gefallene USA-Soldat war ein Lateinamerikaner, dem nach dem Heldentod die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten versprochen worden war. Er hat sie nachträglich erhalten. Kürzlich traf ich einen Ungarn, der lange Jahre seines Lebens als Angehöriger der US-Streitkräfte in verschiedenen Teilen der Welt verbracht hat. Die Tochter einer taiwanesischen Familie ist jetzt in die USA-Armee eingetreten. Es fragt sich: Wieweit ist diese bereits eine Fremdenlegion? Ich erinnere mich an die Remilitarisierung Westdeutschlands, die von den USA nach dem Motto „Not our boys!“ gefördert wurde. **Gerhard Wenzel, Berlin**

Ich halte das ND schon seit einiger Zeit nicht mehr für meine Zeitung, wie ich es lange Jahre davor getan habe. Wichtig ist mir, daß es die „junge Welt“ und den „RotFuchs“ gibt, auch wenn ich, um aktuell informiert zu sein (über Politik hinaus), das ND weiter beziehe. Mein Soli-Abo habe ich gekündigt. Letzter Anlaß dazu war der hässliche Artikel zum 70. Geburtstag von Egon Krenz. Seit der „Wende“ achte ich ihn hoch. Manchen Charakter hat man erst seitdem richtig erkannt.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Die herausragende Rolle der Gewerkschaften (FDGB) wurde bereits durch mehrere Beiträge gewürdigt. Dabei spielten die gewerkschaftlich geleiteten Kulturhäuser und Bibliotheken eine bedeutende Rolle. Die 667 registrierten Gewerkschaftsbibliotheken hatten 1989 mehr als 9,3 Millionen Bestandseinheiten im Angebot. Sie wurden von 772 000 Lesern genutzt. Bis Ende 1989 erzielten 1441 Mitarbeiter eine Ausleihe von 13 Millionen.

Bis zu ihrer Auflösung hatten die Gewerkschaftsbibliotheken maßgebend bei der Durchsetzung der Kultur- und Bildungspläne, bei der Unterstützung der Zirkel Schreibender Arbeiter und der Literaturpreisdiskussionen mitgewirkt. Außerdem erfolgte ständig die fachliche Aus- und Weiterbildung der Bibliothekare. Dabei waren die noch heute aktuellen Erkenntnisse von Prof. Dr. Hermann Duncker bedeutsam: „Die wirkliche Menschheit, die Kultur Menschheit, beginnt erst mit dem Sozialismus, denn die Kultur ist immer da, wo sie von allen erfaßt wird.“

Bibliotheksrat Egon Szamiteit, Dessau

Die Beiträge im März-RF über Kuba erinnerten mich an folgende Begebenheit: Auf einer privaten Autotour von Havanna nach Balabano machten wir Halt an einer Bohio. Es war die mit Palmenblättern überdachte einfache Wohnstätte einer Landarbeiterfamilie. Der „Alte“ – ein Mann in hohem Lebensalter – beeindruckte uns durch seine herzliche Gastfreundschaft. Man reichte uns klares Wasser und forderte uns auf, im „Schaukelstuhl“ auf der Holzterrasse Platz zu nehmen.

Über unseren Dolmetscher erkundigten wir uns nach dem Befinden des „Alten“. Er antwortete: „Niemals in meinem Leben konnte ich schreiben oder lesen. Heute besuchen meine Enkel eine Landschule. Der Älteste studiert sogar in Havanna Medizin. Das verdanken wir Fidel und der Revolution.“

Der „Alte“ zeigte dann auf eine schirmlose Glühbirne, die an einem Draht von den Deckenbalken herabhängt, und meinte: „Solange ich mich erinnern kann, hatten wir nur eine Wachs-

kerze. Wenn das Geld reichte, war es auch ausnahmsweise mal eine Petroleumlampe.“ Die kubanische Revolution hat die Glühlampe und das Radio in die Bohio gebracht. Für diesen Landarbeiter sind das die größten Errungenschaften. **Jürgen Ludwig, Zerbst**

Als ehemaliger Stabsoffizier und Hörer an einer militärakademischen Einrichtung kann ich bestätigen, daß ab etwa Mitte der 80er Jahre ein von Fritz Dittmar in seinem Beitrag über das „Ankommen“ erwähntes militärstrategisches Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Vertrag existierte. Es stellte eigentlich einen Bilanzsaldo dar, weil es innerhalb der einzelnen Komponenten Unterschiede zugunsten der einen oder anderen Seite gab. So besaß der Warschauer Vertrag im Hinblick auf die Anzahl der Panzer ein Übergewicht, während die NATO z. B. bei der Zahl der strategischen Bomber überlegen war. Formal hatte dieses Gleichgewicht eine friedensstiftende Funktion, stellte aber zugleich ein immenses Gefährdungspotential für einen nuklear geführten Weltkrieg dar. Die Herstellung dieses Potentials kostete enorme ökonomische Mittel, welche letztlich für die Produktivkraftentwicklung im realen Sozialismus fehlten. Marschall Ustinow bescheinigte dem Angreifer einen einzigen Vorteil: daß er als Zweiter stirbt. Rüstungswettläufe erhöhen also nicht die Sicherheit.

Karl-Heinz Noack, Mittweida

Kohl, Schneider, Strauß, Esser, Ackermann und Hartz sind Wirtschaftskriminelle, denen es um viel Geld geht – Millionen DM oder Euro, die zur eigenen Machterhaltung bzw. -entfaltung oder zur privaten Konsumtion dienen. Sie werden in den oberen Konzern- und Politikeretagen untereinander hin und her geschoben und dem Steuerfonds vorenthalten. Wenn die kriminellen Akteure diese Gelder aus der Privatschatulle zahlen würden – gut. Aber sie stehlen sie dem wertschaffenden Menschen, indem sie Löhne kürzen, Arbeitszeit lohnfrei verlängern, Beschäftigte entlassen, dem Volk neue Steuern aufhalsen, die Profitrate durch verstärkte Intensivierung der Arbeit steigern. Ohne diesen Mechanismus funktioniert überhaupt nichts. Deshalb ist gespieltes oder ehrliches Erstauntsein reine Ignoranz, ja bewußte Täuschung. Vereinfacht ausgedrückt: Um einen Großauftrag zu sichern, müssen Konkurrenzinteressenten gnadenlos ausgeschaltet werden. Das läuft nur über großzügige Bestechung des Auftragserteilenden.

1990 war ich Geschäftsführer einer Noch-DDR-Firma. Mich überraschte die im KHK-System verankerte offizielle Kostenposition „Schmiergelder“, die steuerlich absetzbar waren. Heute sollte jedem ökonomisch Gebildeten bewußt sein, daß Korruption und Bestechung selbstverständliche Bestandteile der Führungstätigkeit von Unternehmen sind. Daß die Justiz solche Taten nur mit Bagatelstrafen belegt, gehört zum System.

Dietrich Henning, Reimersgrün

Uwe Jens Heuer stellte zu Jahresbeginn sein neues Buch „Marxismus und Religion“ vor. Eine seiner Hauptthesen lautet: Es gibt keinen Beweis, daß es Gott gibt. Es gibt aber auch keinen Beweis, daß es ihn nicht gibt. Warum ist denn bisher keiner auf diesen Gedanken gekommen?

Ich glaube. Aber wie beweise ich mir, daß ich glaube? Indem ich glaube. Aber der Marxismus weiß nichts vom Glauben, er glaubt an Wissen. Und wie beweise ich dann, daß ich nicht glaube? Indem ich glaube, daß ich nicht glaube. Woher weiß ich aber, daß ich nicht glaube? Woher soll ich wissen, daß ich nicht an Glauben glaube, sondern an Wissen glaube?

Das hat der Marxismus nun davon, daß er, wie Heuer sagt, den Glauben nicht so richtig durchforscht hat.

Am besten: Ich glaube, daß es Wichtigeres gibt, als zu glauben, daß es Gott gibt oder daß es ihn nicht gibt. **Gerhard Naumann, Berlin**



G 8 – das große Fressen

Grafik: Klaus Parche

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam,
Vorsitzender des
Marxistischen Forums Sachsen,
spricht am **8. Mai um 18 Uhr** in
Leipzig, Liebknechtthaus, Braustraße 15,
und am **12. Mai um 10 Uhr** in
Zwickau, Hölderlinstraße 1,
über das Thema

Die Programmatistischen Eckpunkte der neuen Linkspartei

Veranstalter sind die
jeweiligen Regionalgruppen.

RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger**
spricht am **11. Mai um 16.30 Uhr**
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Berlin
in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität,
Torstraße 203–205, über das Thema

Perspektiven der revolutionären Weltbewegung

Gäste sind herzlich willkommen.

Auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen
spricht **Wolfgang Mäder**, ehemaliges
Hauptvorstandsmitglied der DDR-CDU
und deren Neubrandenburger
Bezirksvorsitzender, am **2. Juni um 10 Uhr**
in Chemnitz, Rothaus, Lohstraße 2
(Getreidemarkt).

Sein Thema: **Die CDU der
DDR – Gegner
oder Mitgestalter
des Sozialismus?**

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“
ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik
und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobra
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Mätho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“ und
akustische Ausgabe**
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74